

S-4 B Abstimmungen auf der Mitgliederversammlung II

Gremium: Bundesmitgliederversammlung
Beschlussdatum: 02.11.2019
Tagesordnungspunkt: S – Anträge zu Satzung, Ordnungen und Statuten

Antragstext

- 1 Da nur noch eine Mitgliederversammlung im Jahr stattfindet, wird die Zeit auf
2 ihr knapper. Einen nennenswerten Teil dieser Zeit machen schriftliche
3 Abstimmungen aus, von denen jede mehr als eine halbe Stunde in Anspruch nimmt.
4 Da wir in Zukunft auf jeder Mitgliederversammlung den Vorstand wählen, brauchen
5 wir hierfür mindestens 6 Wahlgänge zzgl. Stichwahlen, hinzu kommen andere
6 geheime Wahlen und schriftliche Abstimmungen. Aus diesem Grund wird das Quorum,
7 das zu erreichen notwendig ist, um einen Antrag auf geheime Abstimmung zu
8 beschließen, angehoben.
9
- 10 Dafür wird die allgemeine Geschäftsordnung wie folgt geändert:
- 11 In § 6 wird "min. fünf Prozent" durch "mindestens fünfzehn Prozent" ersetzt.

K-1 B Zweigeschlechtlichkeit überwinden, Menschenrechtsverletzungen beenden: Gleichberechtigung für trans*, inter* und nicht-binäre Personen

Gremium: Bundesmitgliederversammlung
Beschlussdatum: 02.11.2019
Tagesordnungspunkt: K – Feministische Kämpfe

Antragstext

1 Das Bundesfamilienministerium stellte in einer offiziellen Untersuchung fest,
2 dass 3,3 % aller Menschen in Deutschland ein von ihrem Registerdaten-Geschlecht
3 abweichendes soziales Geschlecht haben. 0,2 bis 2 % aller Menschen haben keine
4 Übereinstimmung des augenfälligen Geschlechts mit dem erlebten Geschlecht. Im
5 Rahmen medizinischer Normierung werden heute 49 unterschiedliche Formen
6 körperlicher Entwicklungen diagnostiziert, die mit Intersexualität
7 angesprochen werden. Zwischen 8.000 und 120.000 Menschen in Deutschland werden
8 als intersexuell angesehen.

9 Demnach ist davon auszugehen, dass mehrere hunderttausend Menschen in
10 Deutschland sich nicht mit dem ihnen bei der Geburt zugewiesenen
11 geschlechtlichen Definition von „Mann“ bzw. „Frau“ identifizieren oder
12 biologisch nicht eindeutig einer medizinischen „Normkategorie“ von
13 „männlich“ oder „weiblich“ zugeordnet werden können. Immer mehr
14 Menschen sagen mittlerweile von sich, dass sie sich weder als „männlich“
15 noch „weiblich“ identifizieren und geben stattdessen eine selbstgewählte
16 Bezeichnung für ihre nicht-binäre Identität an. Noch heute erfahren viele
17 Betroffene Ausgrenzung, Diskriminierung und schlimmstenfalls Gewalt.

18 Für uns ist klar: Das muss sich ändern.

Trans*, inter* and non-binary lives matter!

20 2.982 Morde an trans* und geschlechtsdiversen Personen sind zwischen 2008 und
21 2018 weltweit gemeldet worden, zwei dieser Fälle ereigneten sich in
22 Deutschland. Laut Verbänden und Polizeistatistiken finden hierzulande jedes
23 Jahr schätzungsweise hunderte gewaltvolle Übergriffe auf trans*, inter und
24 nicht-binäre Personen statt. Statistiken berichten ebenfalls von erhöhter
25 Arbeitslosigkeit sowie Suizidraten, insbesondere unter Jugendlichen.
26 Geschlechtszuweisende, kosmetische Operationen an inter* Kindern, die
27 medizinisch nicht notwendig sind, wurden in verschiedensten Stellungnahmen zwar

28 als Verstoß gegen das Menschenrecht und die körperliche Unversehrtheit
29 gewertet, aber werden weiterhin in Deutschland praktiziert, obwohl die Folgen
30 für Betroffene irreversibel und oftmals im späteren Leben traumatisierend
31 sind. Problematisch ist das nicht nur, weil die Kinder oft zu jung sind, um
32 überhaupt selbst eine Zu- oder Ablehnung zu einer Operation zu äußern,
33 sondern auch, weil viele Eltern später angeben, schlecht beraten oder von
34 Mediziner*innen unter Druck gesetzt worden zu sein. Medizinisch nicht notwendige
35 genitalverändernde Operationen an Kindern müssen endlich der Vergangenheit
36 angehören.

37 Für uns ist klar: Alle Menschen haben das Recht auf körperliche
38 Unversehrtheit.

39 **Geschlechtliche Selbstbestimmung statt Fremdbestimmung!**

40 Das deutsche Staatswesen ist geprägt von Zweigeschlechtlichkeit. Erst das
41 Transsexuellengesetz von 1981 und die Einführung des dritten
42 Geschlechtseintrags „divers“, der infolge des Urteils von 2017 des
43 Bundesverfassungsgerichts geschaffen wurde, rüttelten an dieser Tradition. Doch
44 das Transsexuellengesetz von 1981 findet heute nur noch in einer
45 eingeschränkten Version Anwendung, da auch hier das Bundesverfassungsgericht
46 2011 Teile des Gesetzes für verfassungswidrig erklärte. Bis zu diesem
47 Zeitpunkt waren trans* Personen, die eine Personenstandsänderung (Änderung des
48 Geschlechtseintrags) anstrebten gesetzlich dazu gezwungen, sich einer „dauernd
49 fortpflanzungsunfähig“ machenden Operation, also einer Zwangssterilisation zu
50 unterziehen. Der UN-Menschenrechtsrat sprach sich daher bei der letzten
51 Überprüfung der Menschenrechtslage in Deutschland dafür aus, einen
52 „Entschädigungsfonds für Personen einzurichten, die sich für eine
53 Anerkennung ihres Geschlechts zwischen 1981 und 2011 zwangsweise sterilisieren
54 lassen mussten oder nicht gewollte geschlechtsangleichende Behandlungen erfahren
55 haben“. Doch CDU/CSU und SPD in der Bundesregierung lehnten diesen
56 Entschädigungsfonds ab. Auch wenn Zwangssterilisationen heute keine Anwendung
57 mehr finden, klagen Betroffene über die noch immer bleibenden langwierigen
58 gerichtlichen Prozesse, deren Kosten sie selbst tragen müssen, sowie die im
59 Rahmen der Vornamens- und Personenstandsänderung (VÄ/PÄ) einzuholenden
60 psychiatrischen Gutachten. Diese Zwangsbegutachtung verstößt unserer
61 Auffassung nach massiv gegen die geschlechtliche Selbstbestimmung. Auch die
62 Antidiskriminierungsstelle des Bundes spricht sich für die Abschaffung der
63 Begutachtung und des gerichtlichen Verfahrens aus, da dieses die Betroffenen
64 psychisch belastet und im Widerspruch zum Selbstbestimmungsrecht von trans*
65 Personen steht.

66 Viele Länder (z. B. Malta, Portugal, Dänemark, Irland) haben mittlerweile
67 fortschrittlichere Regelungen eingeführt, bei denen die Änderung von Namen und
68 Geschlechtseintrag selbstbestimmt durch einen Antrag bei einer Behörde wie

69 bspw. dem Standesamt erfolgt. Der im Frühjahr von der Bundesregierung
70 vorgelegte Reformvorschlag wurde einer lang geforderten fortschrittlicheren
71 Regelung nicht nur nicht gerecht, sondern schlug die Einführung weiterer
72 Hürden wie der Befragung der Ehepartner*innen vor.

73 Auch die Einführung des § 45b PStG in diesem Jahr muss in der jetzigen
74 Ausgestaltung kritisch gesehen werden. Zwar gibt es nun in Deutschland eine sog.
75 „Dritte Option“ beim Geschlechtseintrag, die nach Vorlage eines ärztlichen
76 Attestes über „Varianten der Geschlechtsentwicklung“ beim Standesamt
77 beantragt werden kann, doch so steht dieser Weg nicht allen Betroffenen offen.
78 Wir wollen uns für eine bürokratiearme Lösung einsetzen, die ohne
79 Pathologisierung auskommt und allen Betroffenen offen steht.

80 Für uns ist klar: Alle Menschen haben das Recht auf geschlechtliche
81 Selbstbestimmung.

82 **Darum setzen wir uns für folgende Punkte ein:**

- 83 • Eine selbstbestimmte dritte Option sowie die Option den Geschlechtseintrag
84 leer zu lassen im Personenstandsrecht, die ohne Pathologisierung auskommt
85 und nicht nur inter* Personen, sondern auch z. B. nicht-binären Menschen
86 offensteht. Perspektivisch setzen wir uns für ein Personenstandsrecht
87 ein, das ohne die Kategorie Geschlecht auskommt. Die Sichtbarmachung und
88 Bekämpfung von Diskriminierung aufgrund des Geschlechts bleibt dabei
89 weiterhin eines unserer erklärten Grundziele.

- 90 • Ein Ende der staatlichen Pathologisierung und Gutachtenpflicht

- 91 • Eine auf Selbstbestimmung basierende Vornamens- und
92 Personenstandsänderung (VÄ/PÄ), die als kostenloser Verwaltungsakt
93 vorgenommen werden

- 94 • Zugang zur VÄ/PÄ für Nichtdeutsche, die in Deutschland wohnen

- 95 • Die sozialrechtliche Absicherung trans*-spezifischer Gesundheitsversorgung

- 96 • Die rechtliche „Geschlechtsmündigkeit“ ab 14 (analog zur derzeit
97 gültigen „Sexualmündigkeit“), perspektivisch ab der Geburt

- 98 • Zertifizierte Beratungsstellen

- 99 • Eine geschlechtsneutrale Formulierung zur Regelung der Elternschaft in
100 Gesetzestexten und Dokumenten

- 101 • Die konsequente Umsetzung eines Verbots von geschlechts-
102 bzw. genitalverändernden Operationen an nicht zustimmungsfähigen Kindern
103 (wie sie bspw. häufig an inter* Kindern erfolgen)

- 104 • Eine Aufarbeitung der Verfolgungsgeschichte von trans* Personen in
105 Deutschland

- 106 • Eine angemessene Entschädigung für trans* und inter* Personen, deren
107 Menschenrechte verletzt worden sind, in Form eines Entschädigungsfonds

- 108 • Aufklärungs- und Sensibilisierungsprogramme an öffentlichen
109 Einrichtungen, ein pädagogischer Leitfaden für den respektvollen Umgang
110 mit trans*, inter* und nicht-binären Kindern und Jugendlichen sowie ein
111 institutioneller Leitfaden für den respektvollen Umgang mit betroffenen
112 Kolleg*innen und Angestellten

- 113 • Konsequentes Vorgehen gegen Gewalt

- 114 • Die Unterstützung und Aufbau queerer Jugendberatungen unter Einbeziehung
115 spezifischer trans*, inter* und nicht-binärer Beratung

- 116 • Die Stärkung von trans*, inter* und nicht-binären Perspektiven in
117 Wissenschaft und Forschung, insbesondere der Medizin und der
118 Rechtswissenschaft

Begründung

erfolgt mündlich

K-2 B Eine Frage der Demokratie – Hate Speech effektiv bekämpfen

Gremium: Bundesmitgliederversammlung
Beschlussdatum: 02.11.2019
Tagesordnungspunkt: K – Feministische Kämpfe

Antragstext

1 „Dumme Göre“, „fette Fotze“, „Dich sollte man vergewaltigen!“ –
2 solche Kommentare sind für viele Menschen, gerade solche, die öffentlich
3 Stellung für Menschenrechte oder Klimaschutz beziehen, längst keine
4 Seltenheit, sondern Alltag. **Der Hass im Netz nimmt seit Jahren zu und trifft**
5 **dabei insbesondere junge Frauen.**

6 Hate Speech ist dabei nicht einfach eine Frage des Benehmens oder des
7 zwischenmenschlichen Umgangs – sondern der gezielte, und in vielen Fällen
8 auch organisierte Versuch, Frauen, die klar Stellung beziehen, mundtot zu machen
9 und aus der öffentlichen Debatte zu verdrängen.

10 **Das Ziel ist die Vorbereitung der Gesellschaft auf die anvisierte Abschaffung**
11 **demokratischer Errungenschaften.** Eine alte Strategie der organisierten Rechten
12 ist es, durch gezielte Tabubrüche und die Verschiebung des politischen
13 Diskurses eine gesellschaftliche Hegemonie für ihre antidemokratischen
14 Positionen zu schaffen, die dann zur Grundlage für menschenverachtende Politik
15 werden. Denn die Bedrohung ist längst nicht mehr nur abstrakt. Der Mord an
16 Walter Lübcke oder geheime Todeslisten zeigen, dass den Worten der Rechten auch
17 Taten folgen. Der entfesselte Hass, die Masse an Verachtung und die totale
18 Verrohung der öffentlichen Debatte zielen bewusst darauf ab, Angst zu erzeugen,
19 vermeintliche politische Gegner einzuschüchtern und sie von ihrem Engagement
20 für Demokratie und eine plurale Gesellschaft abzuhalten. Rechtsextreme,
21 rassistische, antisemitische, völkische und frauenfeindliche Gruppen wollen,
22 dass progressive und emanzipatorische Kräfte Angst davor haben, für so etwas
23 Grundsätzliches wie Menschenrechte einzustehen. Ihr erklärtes Ziel ist es,
24 dass sich diejenigen irgendwann rechtfertigen müssen, die finden, dass
25 Frauenrechte wichtig sind oder Menschenleben eben nicht zur Diskussion stehen.
26 Dass sie sich irgendwann nicht mehr trauen, Themen anzusprechen, die nicht in
27 ein rechtsextremes, rassistisches, antisemitische, antifeministisches und
28 autoritäres Weltbild passen. Und dass ihnen dadurch das Spielfeld alleine
29 überlassen wird.

30
31 Ebenfalls zu erwähnen ist der Antisemitismus, den Jüdinnen und Juden im Netz

32 erleben und die antisemitischen Sharepics, die auch von vermeintlich
33 progressiven und emanzipatorischen Bewegungen geteilt werden. Dass noch immer
34 der Holocaust als Maßstab dafür genommen wird, zu erkennen, was Antisemitismus
35 überhaupt ist, führt dazu, dass dieser vor allem im Netz unsichtbar gemacht
36 wird. Auch Jüdinnen und Juden werden durch Hate Speech attackiert.

37 Noch viel zu oft wird Betroffenen geraten, „doch einfach mal das Handy
38 wegzulegen“. Doch das Internet und soziale Netzwerke sind keine virtuelle
39 Parallelwelt, in die man nach Lust und Laune ein- und austreten kann. Sie sind
40 längst Teil unserer Realität, und als öffentlicher Raum ein wichtiger Ort
41 für unser demokratisches Miteinander. Strafrechtlich relevante Angriffe tragen
42 dazu bei, dass bestimmte Gruppen von der Gestaltung dieses öffentlichen Raums
43 ausgeschlossen werden. Der Einsatz gegen Hate Speech ist damit auch eine
44 zentrale Frage für unsere Demokratie. „Die Hälfte der Macht den Frauen“
45 muss endlich auch im Netz gelten!

46 Für uns ist klar, dass sich Hate Speech nicht getrennt von antidemokratischer,
47 frauenfeindlicher und rassistischer Ideologie im Allgemeinen bekämpfen lässt.
48 Wer den Hass im Netz überwinden will, muss sich auch an anderen Stellen, auf
49 der Straße, in den Parlamenten und am Küchentisch, für eine Gesellschaft
50 einsetzen, in der jeder Mensch ohne Angst verschieden sein kann. **Doch es gibt**
51 **konkrete Schritte, um das Netz zu einem gleichberechtigteren und**
52 **demokratischeren Ort zu machen.**

53 **Zeit zu Handeln!**

54 Der Kampf gegen klar strafbare Meinungsäußerungen – ob online oder offline
55 geäußert – muss zwingend intensiviert und dafür Sorge getragen werden, dass
56 das bestehende, seit langem bekannte Rechtsdurchsetzungsproblem entschlossen
57 angegangen und im Zusammenspiel von Bund und Ländern beseitigt wird.

58 Angesichts einer weiter zunehmenden Gefährdung von demokratischem Diskurs und
59 zivilgesellschaftlichem Engagement sind echte Handlungen überfällig.

60 **Wir nehmen es nicht hin, dass das für jede*n offensichtliche Problem, durch die**
61 **Bundesregierung weiter auf die lange Bank geschoben wird.** Es reicht bei Weitem
62 nicht aus, das überhastet vorgelegte und schlecht gemachte
63 Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG), wie angekündigt, erst im Jahr 2020 zu
64 evaluieren. Ebenfalls ist es sehr problematisch, dass vorhandene
65 Strafverfolgungsmöglichkeiten von den Staatsanwaltschaften oftmals nicht
66 genutzt und Verfahren häufig eingestellt werden. Angesichts eines unverändert
67 hohen Handlungsbedarfs brauchen wir echte Verbesserungen jetzt. Dazu gehören
68 für uns u. a. klarere rechtliche Vorgaben an die Unternehmen, effektive
69 Sanktionen bei deren Nicht-Beachtung, verbesserte Meldewege und klare Kriterien
70

71 zur Überprüfung gemeldeter Inhalte, eine verbesserte Zusammenarbeit bei der
72 Strafverfolgung, mehr und besser geschultes Personal bei Polizei und Justiz und
die Stärkung der Prävention.

73 Entsprechende Vorschläge zur Weiterentwicklung gesetzlicher Vorgaben, die auch
74 Sicherheitsmechanismen für die Meinungsfreiheit beinhalten, liegen seit langem
75 im und außerhalb des Parlaments vor – ohne, dass die Bundesregierung sie
76 bislang aufgegriffen hätte. Das NetzDG muss umgehend evaluiert und umfassend
77 überarbeitet und die Strafverfolgung effektiviert werden.

78 **Wir fordern:**

79 – **Ausbau von Beratungsstellen** für die Betroffenen von Hate Speech: In jedem
80 Bundesland soll es mindestens eine Beratungsstelle geben, an die sich Opfer von
81 Hate Speech wenden können. Diese Stellen sollen eine kostenfreie juristische
82 Beratung erfassen, da gerade die hohen Kosten einer anwaltlichen Beratung
83 Betroffene oft davon abhalten, gegen strafrechtlich relevante Hassnachrichten
84 vorzugehen.

85 – **Klagemöglichkeiten im Zivilprozessrecht vereinfachen:** Neben dem Strafrecht
86 bietet auch das Zivilrecht Betroffenen Möglichkeiten gegen Hate Speech
87 vorzugehen. Allerdings werden diese aufgrund der damit verbundenen hohen Kosten,
88 die in Vorkasse geleistet werden müssen, nur wenig genutzt. Das trifft vor
89 allem Privatpersonen, die keine großen Organisationen oder Parteien hinter sich
90 stehen haben. Deshalb brauchen wir kostengünstige und barrierefreie
91 Klagemöglichkeiten.

92 – **Schulungen bei Polizei und Justiz:** Nur Behörden, die das Netz, soziale
93 Medien und die Strategien der Neuen Rechten kennen und verstehen, können
94 Betroffene unterstützen Hate Speech erkennen und verhindern, dass das Internet
95 zum rechtsfreien Raum wird. Zusätzlich zu flächendeckenden Schulungen und
96 Weiterbildungen sollen deshalb Beauftragte für Hate Speech auf den einzelnen
97 Polizeidienststellen eingeführt werden.

98 – **Schwerpunktstaatsanwaltschaften für Hate Speech:** Bei Hate Speech handelt es
99 sich meistens nicht um zufällige Anhäufungen von Hasskommentaren, sondern um
100 gezielte, systematische und koordinierte Angriffe. Als solche werden sie jedoch
101 oft nicht erkannt. Deshalb sollen die Staatsanwaltschaften der Länder Fälle
102 von Hate Speech zentral sammeln und auswerten, um erkennen zu können, wann es
103 sich um systematische Attacken handelt.

104 – **Präventionsprogramme stärken:** Es gibt bereits zahlreiche Programme, die
105 sich für die Stärkung von demokratischen Werten einsetzen und gleichzeitig
106 über die Strategien von Rechten im Netz aufklären. Diese Programme stehen

107 jedoch oft auf finanziell wackligen Beinen, das betrifft besonders linke und
108 antifaschistische Projekte. Wir fordern eine dauerhafte und ausreichende
109 Finanzierung von Präventionsprojekten und eine verpflichtende Aufnahme in die
110 Lehrpläne des Themas Hate Speech.

111 – **Strafverfolgung ins Zentrum stellen:** Die bestehende Gesetzeslage,
112 insbesondere das Netzwerkdurchsetzungsgesetz, zielt vor allem auf eine
113 möglichst schnelle Löschung von Hasskommentaren ab. Das kann jedoch im Fall
114 von strafrechtlich relevanten Fällen eine juristische Verfolgung erschweren.
115 Das Netz darf jedoch kein straffreier Raum sein. Deshalb muss die
116 Strafverfolgung bei Hate Speech priorisiert werden. Dafür muss das
117 Netzwerkdurchsetzungsgesetz schnellstmöglich reformiert werden.

118 Hass im Netz geht gegen uns alle. Deshalb freut es uns sehr, dass sich immer
119 mehr Initiativen bilden, die sich digitaler Gewalt entgegen stellen. Wir setzen
120 uns gemeinsam mit vielen Verbündeten für ein Netz ein, in dem sich alle sicher
121 fühlen können. Deshalb schließen wir uns mit diesem Beschluss dem Aufruf
122 #netzohnegewalt an.

123 Time to fight back.

K-3 B Geschlechterungerechtigkeit im Gesundheitssystem überwinden - gute Gesundheitsversorgung für alle!

Gremium: Bundesmitgliederversammlung
Beschlussdatum: 02.11.2019
Tagesordnungspunkt: K – Feministische Kämpfe

Antragstext

1 I. Gesundheit ist ein Menschenrecht!

2 Der Zugang zu einer guten Gesundheitsversorgung ist ein Menschenrecht –
3 unabhängig von Herkunft, Geschlecht oder der sozialen sowie wirtschaftlichen
4 Lage. So wie in alle Lebensbereiche hat das neoliberale Paradigma jedoch auch in
5 die Sphäre der Gesundheit Einzug gefunden. Die voranschreitende Ökonomisierung
6 des Gesundheitssystems sorgt dafür, dass nicht das menschliche Bedürfnis im
7 Zentrum steht, sondern Profit und Gewinn.

8 Für uns ist klar: Gesundheit ist keine Ware, sondern ein Menschenrecht. Eine
9 gute Gesundheitsversorgung darf keine Frage des Geldbeutels sein!

10 Der Zugang zu angemessener Gesundheitsversorgung ist weltweit jedoch für viele
11 Menschen nicht gegeben. Die Ausschlüsse und Erschwernisse verteilen sich
12 dabei jedoch nicht gleichmäßig, sondern verbinden sich mit bestehenden
13 Strukturen der Ungleichheiten – gerade Frauen, Inter- und Transpersonen sind
14 von geschlechterspezifischen Ausschlüssen betroffen, die sie zu Bürger*innen
15 zweiter Klasse machen:

16 Sei es die Kriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen oder den fehlenden
17 Zugang zu Informationen durch den Paragraphen 219a – immer noch werden
18 Personen mit Gebärmutter und andere Menschen mit Gebärmutter ihre Rechte auf
19 körperliche Selbstbestimmung verwehrt. Auch in der Geburtshilfe gibt es viele
20 Missstände: Hebammen und Pflegepersonal sind überlastet, immer mehr
21 Geburtsstationen schließen, der Bedarf nach Geburtshäusern ist bei Weitem
22 nicht gedeckt, viele Gebärende erleben während der Geburt Gewalt. Eine gute
23 gesundheitliche Versorgung betrifft jedoch nicht nur das Recht auf reproduktive
24 Selbstbestimmung, sondern die Gesundheitsversorgung insgesamt. Sexismus und
25 veraltete Rollenbilder führen dazu, dass Beschwerden bei Frauen eher psychische
26 und bei Männern eher körperliche Ursachen zugeschrieben werden.

27 Krankheitsbilder, die vorwiegend Frauen betreffen, sind meist schlecht
28 erforscht. Symptome wie starker Schmerz werden verharmlost und Krankheiten, von
29 denen vor allem Frauen betroffen sind, werden nicht erkannt oder korrekt
30 diagnostiziert. An vielen Stellen werden teure Behandlungen oder
31 Vorsorgeuntersuchungen nicht oder nur zu Teilen von den Krankenkassen
32 übernommen. In einer patriarchalen Gesellschaft, stellt auch in der Medizin
33 sowohl in der Gesundheitsforschung der Mann die Norm dar: In der Vergangenheit
34 wurden Frauen, Inter- und Transpersonen ausdrücklich aus Arzneimittelstudien
35 ausgeschlossen und geschlechtsspezifische Unterschiede bei Krankheitssymptomen
36 werden ignoriert. Prekäre Verhältnisse in Bereichen, in denen es vor allem um
37 Frauen geht, ist kein Zufall, sondern eine Folge patriarchaler Strukturen.

38
39 Nicht alle Frauen können schwanger werden und nicht alle Menschen, die
40 schwanger werden können, sind Frauen. Auch Transmänner, Inter und Non-Binaries
41 sind von der Einschränkung reproduktiven Rechte massiv betroffen.

42 Der Einsatz für eine gute Gesundheitsversorgung stellt damit einen zentralen
43 feministischen Kampf dar. Um diese Ungerechtigkeit zu bekämpfen, brauchen wir
44 endlich eine feministische Gesundheitspolitik. Die GRÜNE JUGEND fordert darum
45 eine Reihe an Maßnahmen.

46 **II. Über unseren Körper entscheiden wir selbst**

47

48 **Kostenlose Verhütungsmittel und Hygieneprodukte**

49 Wir wollen selbstbestimmt leben und lieben. Deshalb fordern wir einen freien und
50 kostenlosen Zugang zu Verhütungsmitteln für alle – ob zur
51 Schwangerschaftsverhütung oder zum Schutz gegen sexuell übertragbare
52 Krankheiten. Denn sicherer Sex darf keine Frage des Geldbeutels sein. Alle
53 Verhütungsmittel sollen deshalb in Zukunft unabhängig vom Alter von der
54 Krankenkasse übernommen werden. Als ersten Schritt dorthin fordern wir die
55 Kostenübernahme für Menschen mit geringem Einkommen sowie die freie
56 Zurverfügungstellung durch Kommunen, zum Beispiel durch die Gesundheitsämter.
57 Das Angebot soll dabei nicht nur „klassische“ Verhütungsmittel wie Kondome
58 und die Hormonpille, sondern auch weniger bekannte Mittel wie Lecktücher und
59 nicht-hormonelle Präparate umfassen.

60 Auch die Menstruation stellt für viele Menschen eine finanzielle Belastung dar.
61 Die Periode ist jedoch kein Luxus und nichts, wofür man bezahlen sollte.
62 Deshalb unterstützen wir die Bestrebungen die Mehrwertsteuer auf
63 Hygieneprodukte kurzfristig von 19 % auf 7 % abzusenken, fordern aber
64 mittelfristig die kostenlose Zurverfügungstellung von Menstruationsartikeln.

65 **Schwangerschaftsabbrüche entkriminalisieren**

66 Schwangerschaftsabbrüche werden in Deutschland weiterhin kriminalisiert. Das
67 führt in Kombination mit der Hetze von selbsternannten Lebensschützer*innen
68 dazu, dass immer mehr Ärzt*innen sich nicht mehr trauen, Abbrüche anzubieten.
69 Das erschwert insbesondere in ländlichen Regionen den Zugang zu Abbrüchen
70 massiv. Das Recht von Menschen mit Gebärmutter auf reproduktive
71 Gesundheitsversorgung wird durch die bestehende Gesetzeslage eingeschränkt.

72 Das Selbstbestimmungsrecht von Schwangeren darf nicht länger durch das
73 Strafgesetzbuch kriminalisiert werden, wie es die Paragraphen 218 und 219a tun.
74 Der sogenannte „Kompromiss“, der Anfang dieses Jahres rund um den
75 Paragraphen 219a von CDU und SPD beschlossen wurde, reicht uns deshalb bei
76 weitem nicht aus. Wir kämpfen weiter für die Entkriminalisierung eines
77 Abbruchs der Schwangerschaft. Dafür müssen die Paragraphen 218 und 219a StGB
78 abgeschafft werden. Hierbei müssen sowohl medikamentöse als auch operative
79 Abbrüche Kassenleistung werden und ohne Einschränkung von diesen übernommen
80 werden. Der Zugang zu sicheren Schwangerschaftsabbrüchen darf keine Frage des
81 Geldbeutels sein! Selbstbestimmung bedeutet für uns, dass Menschen frei von
82 jeglichem Stigma über ihren Körper und eine mögliche Schwangerschaft
83 entscheiden können.

84 Kanada ist hier mit gutem Beispiel und ausnahmslos positiven Auswirkungen
85 vorangegangen: Hier sind Schwangerschaftsabbrüche legal und man sieht, dass 90
86 Prozent der Abbrüche vor der 12. Schwangerschaftswoche stattfinden. Abbrüche
87 nach Ablauf dieser Frist erfolgen meist aus medizinischen Gründen. Zudem hat
88 Kanada die geringste Zahl an Komplikationen beim Eingriff und die geringste
89 Müttersterblichkeit der ganzen Welt. Hier zeigt sich, dass nur eine
90 Entkriminalisierung wirklich sichere Abbrüche ermöglicht. An diesem guten
91 Beispiel sollte sich Deutschland orientieren und spezifische Regelungen der
92 Berufsordnung der Ärzt*innen überlassen.

93 **Verbesserung der Beratungsangebote**

94 Es ist richtig und wichtig, dass Menschen in einem Schwangerschaftskonflikt
95 fachkundige Beratung wahrnehmen können. Auch nach Streichung der Paragraphen
96 218 und 219a muss ein freiwilliges, ergebnisoffenes, ideologie- und kostenfreies
97 Beratungsangebot gewährleistet sein. Damit stellen wir sicher, dass Schwangere,
98 die einen Abbruch erwägen gute Beratung erhalten, aber auch jene, die
99 möglicherweise gegen ihren Willen zu einem Abbruch gedrängt werden, eine
100 umfangreiche Unterstützung bei der für sie richtigen Entscheidung erfahren.

101 Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass flächendeckend in ganz Deutschland die
102 Finanzierung von ausreichend vielen qualifizierten Beratungsstellen langfristig
103 gesichert ist.

104 **Fundis stoppen**

105 Beratungsstellen, die nachweislich keine ergebnisoffene Beratung anbieten,
106 sollten überprüft werden. Insbesondere Stellen, die mit
107 Schwangerschaftskonfliktberatung werben, aber keine Beratungsscheine ausstellen,
108 solange diese gesetzlich für einen Abbruch erforderlich sind, müssen
109 geschlossen werden. Diese „Beratungsstellen“ sind meist organisierte Stellen
110 von sogenannten „Lebensschützer*innen“, die das Leben der schwangeren
111 Frauen durch diese ideologische Beratung noch verschlimmern und erst Recht nicht
112 ergebnisoffen unterstützen.

113 Des weiteren fordert die GRÜNE JUGEND ein Protestverbot für
114 Lebensschützer*innen im Umkreis von 1 km rund um Praxen und Beratungsstellen,
115 die Schwangerschaftsabbrüche durchführen. Darunter fallen für uns auch
116 angebliche Gebete vor Praxen. Das Stigma und die Verurteilung die diese Menschen
117 auf die Frauen projizieren muss verhindert werden.

118 **III. Für eine selbstbestimmte Schwangerschaft**
119 **und Geburt**

120 **Unterstützung bei Schwangerschaften**

121 Während Schwangerschaftsabbrüche kriminalisiert sind, werden Menschen, die
122 sich für eine Schwangerschaft entscheiden gerade dann, wenn sie wenig Geld
123 haben, oft alleine gelassen. Ein großer Teil der Untersuchungen und
124 medizinischen Angebote, die während einer Schwangerschaft zwar nicht absolut
125 notwendig, aber sehr
126 sinnvoll sind, müssen von gesetzlich versicherten Kassenpatient*innen aus
127 eigener Tasche bezahlt werden. Eine gute Gesundheitsversorgung während der
128 Schwangerschaft darf jedoch nicht vom Geldbeutel abhängen. Deshalb setzen wir
129 uns für eine stärkere finanzielle Unterstützung von Schwangeren mit geringem
130 Einkommen sowie eine Erweiterung des Katalogs der Maßnahmen ein, die während
131 der Schwangerschaft von der Krankenkasse übernommen werden.

132 **Hebammen und Entbindungspfleger*innen stärken**

133 Die Situation von Hebammen und Entbindungspfleger*innen wurde in den letzten
134 Jahren immer wieder diskutiert, auch wenn das Thema in den vergangenen Monaten
135 stark in Vergessenheit geraten zu sein scheint, obschon sich die Lage nicht
136 verbessert hat.

137 Seit 2015 wurden knapp 70 Kreißsäle geschlossen, mehr als weitere 20 sind von
138 der Schließung bedroht oder temporär geschlossen. Eine wohnortnahe Entbindung

139 ist in vielen Regionen bereits nicht mehr möglich, genauso wenig wie eine
140 bewusste und überlegte Entscheidung zwischen verschiedenen Entbindungsorten.
141 Gerade freiberuflich arbeitende Hebammen und Entbindungspfleger*innen, die etwa
142 in Geburtshäusern arbeiten oder Hausgeburten betreuen, haben in den
143 vergangenen Jahren ihr Handwerk aufgegeben, da die hohen
144 Haftpflichtversicherungssummen für sie nicht zu stemmen waren. Darüber hinaus
145 hat es sich für viele Kliniken als nicht wirtschaftlich herausgestellt,
146 Kreißsäle zu betreiben und der Personalmangel hat sein Übriges getan.

147 Auf Landkarten der Unterversorgung können sich werdende Eltern eintragen, wenn
148 sie für die Vor- oder Nachsorge keine Hebamme finden. Besonders eine Betreuung
149 im Wochenbett ist im ganzen Bundesgebiet, und hier besonders in Ballungsräumen,
150 nur noch schwerlich zu gewährleisten, was insofern fatal ist, als dass hier
151 jungen Familien wichtige Unterstützung verwehrt wird, die etwa zur
152 Gewaltprävention im Umgang mit dem Säugling beitragen kann. Auch finden gerade
153 Mütter keine Ansprechpartner*innen außerhalb des privaten Umkreises mehr, wenn
154 sie unter Wochenbettdepressionen leiden, Probleme bei der Versorgung des Kindes
155 entstehen oder Fragen zur Rückbildung auftreten. Dabei ist gerade in dieser
156 emotional zumeist herausfordernden Zeit ein gutes Unterstützungsangebot immens
157 wichtig.

158 Bestrebungen, ein Berufsfeld zum Besseren zu verändern, stehen und fallen nicht
159 nur mit der Frage nach seiner Akademisierung, sondern vor allem auch mit der
160 Frage, was im bereits Bestehenden verändert werden kann. Dies ist besonders
161 insofern wichtig, da sich abzeichnet, dass immer mehr bereits ausgebildete
162 Fachkräfte das Berufsfeld verlassen. Ein besserer Betreuungsschlüssel, mit dem
163 Ziel, in allen Phasen der Geburt eine 1:1-Betreuung zu gewährleisten, sollte
164 oberstes Ziel sein – nur so kann eine qualitative, bedürfnisorientierte
165 Betreuung von Gebärenden ermöglicht werden. Auf der anderen Seite stehen
166 Hebammen so auch nicht mehr unter dem immensen Druck, mehreren Gebärenden
167 gleichzeitig gerecht zu werden. Hierfür müssen nun sehr schnell genügend
168 Studienplätze für Hebammenkunde geschaffen werden, um einer weiteren
169 Verschärfung des Engpasses entgegenzuwirken. Darüber hinaus muss endlich eine
170 Lösung für die Versicherungsproblematik gefunden werden.

171 Eine Möglichkeit wäre die Deckelung der maximalen Schadenssumme im
172 Versicherungsfall. Darüber hinaus zu leistende Zahlungen müssten dann aus
173 einem Haftungsfond beglichen werden. Dann müsste nicht nur die
174 verhältnismäßig kleine Gruppe der freiberuflichen Hebammen für die
175 Schadenssummen aufkommen, sondern die Gemeinschaft wäre an den Kosten indirekt
176 beteiligt und die notwendige und grundlegende Arbeit der Hebammen wäre
177 gesichert. Langfristig brauchen wir allerdings eine Neuordnung der
178 Berufshaftpflicht für alle Gesundheitsberufe.

179 **Gewalt bei der Geburt beenden**

180 Neben der Schwangerschaft und dem Wochenbett, stellt gerade die Geburt eine
181 besonders verletzbare Situation dar, da sich die gebärende Person oft in einer
182 besonderen Hilflosigkeit sowie Abhängigkeit vom medizinischen Personal
183 wiederfindet. Statt einer empathischen Betreuung, die sich an den Bedürfnissen
184 der Gebärenden orientiert, erleben zahlreiche Gebärende Vernachlässigung,
185 aufgezwungene Eingriffe oder Demütigungen. Auf der Ebene der psychischen Gewalt
186 bedeutet dies zudem verbale Gewalt, Vernachlässigung, Ausübung von Druck,
187 Machtmissbrauch, grobe Verletzungen der Intimsphäre oder Diskriminierung, wie
188 sie beispielsweise besonders Jugendliche, Unverheiratete, Menschen mit niedrigem
189 sozialwirtschaftlichem Status, Transpersonen oder People of Color erfahren. Des
190 Weiteren müssen zahlreiche Gebärende körperliche Misshandlung, Eingriffe ohne
191 Einverständnis wie Dammschnitte oder übergriffige Untersuchungen erleiden.

192 Alle Schwangeren haben damit das Recht auf eine würdevolle und wertschätzende
193 Gesundheitsversorgung im Verlauf der Schwangerschaft und während der Geburt,
194 frei von Gewalt und Diskriminierung!

195 Die Ausübung von direkter Gewalt durch das medizinische Personal oder die
196 Verletzung der Autonomie und Freiheiten der Gebärenden hängen dabei eng mit
197 strukturellen Problemen in Geburtshilfe und der medizinischen Sphäre zusammen.
198 Personalmangel, fehlende Raumkapazitäten, überlastete Geburtshelfer*innen und
199 Ärzt*innen, Kreißsalschließungen, mangelnde Verbreitung von Geburtshäusern,
200 fehlende wohnortnahe Versorgung sowie die strukturelle Gewalt an Gebärenden
201 tragen zum Zustandekommen traumatisierender Erlebnisse während der Geburt bei.
202 Auch prekäre Arbeitsbedingungen, wie die Tatsache, dass Hebammen übermüdet,
203 gestresst und unterbezahlt drei oder vier Gebärende gleichzeitig betreuen
204 müssen, macht eine gute Kommunikation über persönliche Wünsche und Grenzen,
205 einen respektvollen Umgang und das zuverlässige Einholen des informierten
206 Einverständnisses bei medizinischen Interventionen fast unmöglich. Die
207 Zwangslage, Gebärende aufgrund einer fehlenden Versorgungsstruktur in
208 Krankenhausabläufe zu integrieren, steht einer fürsorglichen und
209 bedürfnisorientierten Betreuung von Gebärenden entgegen. Um Geburten rentabel
210 zu gestalten, werden Geburtsvorgänge durch Interventionen wie Medikamentengabe
211 beschleunigt oder zum Kaiserschnitt gedrängt, obwohl dies nicht notwendig oder
212 von den Gebärenden gewünscht ist.

213 Nicht Effizienz oder Profit, sondern die Bedürfnisse und Wünsche der
214 Gebärenden müssen im Zentrum stehen, denn alle haben das Recht die Umstände,
215 in denen sie ihre Kinder zur Welt bringt, frei zu wählen!

216 **IV. Daseinsvorsorge als Grundvoraussetzung**

217 Für eine selbstbestimmte Schwangerschaft und Geburt und insgesamt für eine
218 gute Gesundheitsversorgung sind Daseinsvorsorge und eine ausfinanzierte
219 Infrastruktur unerlässlich. Die Ökonomisierung des Gesundheitswesens und aller

220 Bereiche des Lebens hat dazu geführt, dass auch die zentralsten Bereiche der
221 Gesundheitsversorgung vielen Menschen immer schwerer zugänglich werden. Dazu
222 kommt, dass in vielen Regionen der Rückbau der öffentlichen Versorgung weiter
223 voranschreitet.

224 Daraus entstehen massive Probleme bei Geburtenhilfe und
225 Schwangerschaftsbegleitung. So werden immer mehr Kinder in Krankenwägen
226 geboren, weil der Weg zur nächsten Geburtsstation oder zum Geburtshaus zu weit
227 ist. Es darf nicht sein, dass Schwangere für Schwangerschaftsabbrüche,
228 schwangerschaftsbegleitende Maßnahmen und Geburten teils hunderte Kilometer auf
229 sich nehmen müssen. Denn mit weiten Wegen gehen auch deutlich erhöhte
230 Gesundheitsrisiken für alle Beteiligten einher.

231 Ein besonderes Problem gibt es in diesem Zusammenhang bei Abtreibungen. Es gibt
232 ohnehin schon viel zu wenige Ärzt*innen, die Schwangerschaftsabbrüche
233 anbieten. In vielen Regionen, wo sich der Staat zurückzieht, übernimmt dann
234 aber die katholische Kirche die Gesundheitsversorgung, deren
235 Krankenhausleiter*innen und Ärzt*innen sich oftmals kategorisch weigern,
236 Schwangere zu unterstützen und die versuchen, sie mit moralischem Druck zu
237 einer eigentlich ungewollten Geburt zu drängen.

238 Daraus folgen für uns folgende Kernforderungen:

239 • Öffentliche Mittel für Geburtsstationen, Geburtshäuser und Hebammen
240 müssen deutlich erhöht werden.

241 • Ausbildungen in der Fläche müssen stärker vorangetrieben werden, damit
242 es auch in der Fläche langfristig mehr gut ausgebildete Kräfte gibt.

243 • Es bedarf einer breiten Versorgung in allen Ecken des Landes. Die
244 Gesundheit ist auf Usedom, in der Grafschaft Bentheim oder im Bayischen
245 Wald genauso relevant wie in Berlin oder in Hamburg. Dazu bedarf es der
246 gesetzlichen Festschreibung einer Maximalentfernung von Krankenhäusern
247 und Arztpraxen, die auch in den hintersten Ecken Deutschlands nicht
248 überschritten werden darf.

249 • Um flächendeckend umfassende Leistungen anzubieten bedarf es der
250 Schaffung von Frauengesundheits- und Schwangerschaftszentren, die eben
251 nicht nur die Schwangerschaftsbegleitung, Geburtshilfe und
252 Neugeborenenversorgung anbieten, sondern auch Schwangerschaftsabbrüche.
253 Dabei ist für uns klar: Die Kirche und andere Glaubensgemeinschaften
254

255 gehört nicht in den Kreißaal. Die zu schaffenden Frauengesundheits- und
256 Schwangerschaftszentren dürfen nicht unter der Leitung von Kirchen oder
anderen Glaubensgemeinschaften stehen.

257 **V. Frauen in der Gesundheitsforschung**

258 Frauen sind im Bereich der Medizin, insbesondere in der Forschung, stark
259 unterrepräsentiert. Das ist nicht nur in Hinblick der Gleichberechtigung am
260 Arbeitsmarkt ein Problem, sondern hat auch Auswirkungen darauf, woran geforscht
261 wird, wessen Interessen berücksichtigt und für wen Produkte hergestellt
262 werden. Ein männlich gedachtes und strukturiertes Gesundheitssystem
263 reproduziert sich fortwährend selbst. So sind Forschung und Produkte oft an
264 cis-männlichen Körpern erprobt und auf diese ausgerichtet. Das führt dazu,
265 dass Frauen, Transmenschen und Non-Binaries aktiv gefährdet werden. Ein
266 Beispiel dafür sind Frühwarnsysteme für Herzinfarkte. Der Informationsstand
267 und die öffentliche Aufklärung in diesem Bereich erfassen fast ausschließlich
268 Symptome, die Herzinfarkte meistens bei Männern verursachen. Dadurch bleiben
269 sie bei Frauen oft lange unentdeckt, werden erst spät behandelt und das Risiko
270 von Langzeitschäden oder Tod steigt. Wir wollen ein Gesundheitssystem, das
271 alle Körper gleichermaßen in den Blick nimmt und allen eine bestmögliche
272 Versorgung bietet. Ein erster wichtiger Schritt in diese Richtung ist eine
273 gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in der Medizin. Deshalb fordern wir eine
274 paritätische Besetzung und damit eine Frauenquote für Führungspositionen und
275 Entscheidungsgremien des Gesundheitswesens, in den Vorständen der
276 Krankenkassen, Ärztekammern und Kassenärztlichen Vereinigungen. Gleichzeitig
277 müssen Forschungsgelder gerecht verteilt werden. Dabei sollen sowohl Projekte
278 von Forscherinnen als auch Forschungsvorhaben, die sich explizit mit
279 Frauengesundheit oder der Gesundheitsversorgung von Transpersonen beschäftigen
280 besonders berücksichtigt werden.

281 **VI. Gesundheitsversorgung für Transmenschen** 282 **stärken**

283 Transmenschen sind in besonderem Maße von Ausschlüssen im Gesundheitssystem
284 betroffen. Sie leiden sowohl unter der zweigeschlechtlichen Ausrichtung der
285 Gesundheitsversorgung als auch unter der Pathologisierung von Transmenschen, die
286 tief in Wissenschaft und Praxis eingeschrieben ist. Seit den 1950er-Jahren
287 herrschte die Vorstellung, dass es sich bei Transsexualität um eine psychische
288 Erkrankung handle. Auch wenn es hier dank der Arbeit von mutigen
289 Transaktivist*innen in den letzten Jahren Fortschritte gab – so wird
290 Transsexualität in der aktuellen Fassung der [Internationalen Klassifizierung
291 von Krankheiten und verwandter Gesundheitsprobleme](#) (ICD) seit 2018 nicht mehr
292 als Krankheit oder Störung aufgeführt – wirkt die Psychopathologisierung

293 weiter. Dem stellen wir uns entgegen. Denn wir setzen uns für einen
294 gleichberechtigten Zugang von Transmenschen zu einer selbstbestimmten und
295 würdevollen Gesundheitsversorgung ein. Deshalb fordern wir:

- 296 • die sozialrechtliche Absicherung transspezifischer Gesundheitsversorgung;

- 297 • die grundsätzliche Übernahme der Kosten von geschlechtsmodifizierenden
298 oder -angleichenden Behandlungen ohne die Notwendigkeit des Nachweis der
299 medizinischen Notwendigkeit;

- 300 • die Entpathologisierung von Transidentitäten und Umsetzung der Empfehlung
301 des Europarats aus der Resolution 2048 „Discrimination against
302 transgender people in Europe“ vom 22. April 2015, alle Einstufungen als
303 psychische Krankheiten in nationalen Klassifikationen aller EU-
304 Mitgliedsstaaten zu streichen;

- 305 • Umsetzung der S3-Leitlinie zur Diagnostik, Beratung und Behandlung, die
306 vom Bundesverband Trans* in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft der
307 Wissenschaftlichen Medizinischen Fachgesellschaften (AWMF) erarbeitet
308 wurde.

309 Bis 2011 wurden Transpersonen, die ihre Personenstandsänderung beantragt haben,
310 zwangssterilisiert. Noch heute bestehen große Hürden für Transpersonen, die
311 ein Kind bekommen wollen. Transmänner, die ein Kind gebären, werden nach §
312 1592 BGB nicht als „Vater“ des Kindes eingetragen, sondern als „Mutter“.
313 Transpersonen, die Eltern werden oder sind, sind mit ihrem alten, oft
314 ungültigen Namen in die Geburtsurkunde ihres Kindes eingetragen und können so
315 im Alltag nicht beweisen, dass sie das Elternteil des Kindes sind.

316 **VII. Feministische Gesundheitspolitik global** 317 **denken**

318 Der Zugang zu reproduktiver Gesundheit und eine gute Gesundheitsversorgung ist
319 gerade im globalen Kontext für viele Menschen nicht gegeben. Entweder
320 verhindern Armut und eine schlechte wirtschaftliche Lage eine gute medizinische
321 Versorgung, oder autoritäre, frauen- und queerfeindliche Regime produzieren
322 bewusst Ausschlüsse, um Frauen und LGBTIQ zu unterdrücken. Es wird Zeit, dass
323 die Staatengemeinschaft hier endlich Verantwortung übernimmt. Deutschland
324 müsste hier Druck auf Staaten wie die USA ausüben, ist jedoch aufgrund der
325 frauenfeindlichen Gesetzeslage im eigenen Land unglaubwürdig. Die

326 Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen ist also auch die
327 Voraussetzung dafür, sexuelle und reproduktive Selbstbestimmung im globalen und
328 internationalen Kontext voranzutreiben. Der Einsatz für reproduktive Rechte und
329 eine feministische Betrachtung von Gesundheit muss Teil einer feministischen
330 Außenpolitik werden. Dazugehört die ausreichende Finanzierung des
331 Weltbevölkerungsfonds (UNFPA) der Vereinten Nationen, der sich international
332 für eine selbstbestimmte Familienplanung einsetzt, sowie die Finanzierung von
333 Nichtregierungsorganisationen, die sich für reproduktive Rechte stark machen,
334 durch die Staatengemeinschaft, gerade in solchen Ländern, in denen Frauenrechte
335 massiv eingeschränkt und Abbrüche kriminalisiert werden.

336 Außerdem muss der Kampf gegen weibliche Genitalverstümmelung auf
337 internationaler Ebene vorangetrieben werden. Bei weiblicher
338 Genitalverstümmelung handelt es sich um einen schweren Menschenrechtsverstoß
339 und einen groben Verstoß gegen das Recht auf körperliche und seelische
340 Unversehrtheit von Kindern. In 30 Ländern wird der grausame Ritus der
341 Genitalverstümmelung aber immer noch ausgeübt und weltweit sind etwa 200
342 Millionen Mädchen und Frauen betroffen. Nach Schätzungen des EU-Parlaments
343 sind in Europa derzeit mehr als 180.000 Mädchen dem Risiko ausgesetzt, in einem
344 Land der EU oder im Herkunftsland ihrer Eltern Genitalverstümmelung zu
345 erleiden. In Deutschland leben mehr als 20.000 Frauen, die Opfer weiblicher
346 Genitalverstümmelung wurden. Seit einigen Jahren findet sich weibliche
347 Genitalverstümmelung im Strafgesetz wieder und wird als Fluchtgrund anerkannt.
348 Die bisherigen Schutzmaßnahmen greifen jedoch zu kurz. Wir fordern den Ausbau
349 von Präventionsmaßnahmen wie die dauerhafte Förderung von Projekten zur
350 Aufklärung und die gezielte Schulung von Gynäkolog*innen und
351 Kinderärzt*innen. Auch wohnortnahe und niedrigschwellige Angebote müssen
352 geschaffen werden, bei denen betroffene Mädchen und Frauen Hilfe, Beratung und
353 Schutz in Anspruch nehmen können und medizinische sowie psychosoziale
354 Unterstützung erhalten.

355 **VIII. Feministische Kämpfe als Ausgangspunkt** 356 **für ein anderes Gesundheitssystem**

357 Im nächsten Jahr wollen wir verstärkt Kämpfe miteinander verbinden. Eine
358 feministische Gesundheitspolitik muss für uns mit einer grundsätzlichen Kritik
359 an der Ökonomisierung des Gesundheitssystems verbunden werden. Deshalb wollen
360 wir uns als GRÜNE JUGEND verstärkt mit diesem Thema beschäftigen und Visionen
361 für ein Gesundheitssystem der Zukunft entwerfen, dass die Bedürfnisse von
362 Menschen und nicht Profite in den Mittelpunkt stellt. Damit der Spruch
363 „Gesundheit ist keine Ware, sondern ein Recht!“ irgendwann mal kein
364 Anspruch, sondern eine Realität ist.

K-4 B 50% reichen nicht - männliche Dominanz im parlamentarischen Raum zurückdrängen

Gremium: Bundesmitgliederversammlung
Beschlussdatum: 02.11.2019
Tagesordnungspunkt: K – Feministische Kämpfe

Antragstext

1 Als Grüne Jugend begrüßen und unterstützen wir Vorhaben, die zu mehr
2 Repräsentation von Frauen, inter, trans und nicht-binären Personen führen,
3 auch und grade in unseren Parlamenten.

4 Im parlamentarischen Kontext drückt sich Gleichberechtigung nicht allein durch
5 die Anzahl von Mandatsträger*innen aus. Auch die Verteilung von
6 Spitzenpositionen in Präsidium und Fraktionen, Ausschussmitgliedschaften,
7 Redezeiten, thematische Aufteilungen und die grundsätzliche Arbeitsweise von
8 Parlamenten müssen Bestandteil der Debatte um eine tatsächliche Gleichstellung
9 im parlamentarischen Raum sein. Dass mehr Frauen, inter, trans und nicht-binäre
10 Personen im parlamentarischen Kontext vorkommen, ist ein großer Gewinn, denn
11 nur so kann die parlamentarische Realität irgendwann auch die der Gesellschaft
12 abbilden. Maßnahmen um dies zu erreichen müssen allerdings aufgrund der
13 komplexen Problemlage divers sein.

14 Die Grüne Jugend und Bündnis 90/Die Grünen haben eine 50+-Quote. Diese sorgt
15 dafür, dass mindestens 50 % von Amts- und Mandatsträger*innen von Frauen bei
16 Bündnis 90/Die Grünen und mindestens 50 % von Frauen, inter, trans und nicht-
17 binären Personen bei der Grünen Jugend besetzt werden müssen. Mit dieser
18 Regelung sind wir diejenigen, die fast ausnahmslos die meisten Frauen, inter,
19 trans und nicht-binären Personen in Parlamente entsenden. Unsere harte Quote
20 hat bewiesen, wie nötig sie ist und wie dringend alle Parteien sie brauchen
21 würden. Ein Gesetz zur Verbesserung der Geschlechtergerechtigkeit im
22 politischen und parlamentarischen Raum darf also nicht dazu führen, dass
23 50%-Quoten aufgelöst oder aufgeweicht werden müssen.

24 Die Förderung von Frauen in der politischen Sphäre ist notwendig, damit sie
25 den gleichen Zugang zu Entscheidungsprozessen bekommen, wie Männer. Sinkende
26 Frauenanteile in unseren Parlamenten auf Bundes- und Landesebene zeigen, dass
27 sich die gesellschaftlichen Hürden, die Frauen im Patriarachat in den Weg
28 gelegt werden, nicht von selbst beseitigen.

29 Inter, trans und nicht-binäre Personen leiden auch in der politischen Sphäre
30 unter Unsichtbarkeit und Diskriminierung. Um sich an der Erkämpfung eigener
31 Rechte und der Gestaltung der eigenen Zukunft beteiligen zu können ist eine
32 angemessene Repräsentation in unseren Parlamenten ein wichtiger Schritt auf dem
33 Weg zur Gleichberechtigung. Auch der Zwang sich in ein binäres
34 Geschlechtersystem einordnen zu müssen erhöht derzeit die Hürden sich aktiv
35 in der politischen Sphäre einzubringen.

36 Harte Quoten, gezielte Förderung und die explizite Benennung von
37 Kandidaturmöglichkeiten können wirksame Werkzeuge sein, um sowohl Frauen, als
38 auch inter, trans und nicht-binären Personen zu dem ihnen zustehenden
39 politischen Einfluss und der nötigen Wirkmacht für gesellschaftliche
40 Veränderungen zu verhelfen

41 Solange wir keine tatsächliche Gleichberechtigung haben, kann es keine Über-
42 Repräsentation von Frauen, inter, trans und nicht-binären Personen geben! De
43 facto würde in der derzeitigen gesellschaftlichen Realität eine 50/50-Quote
44 eine Männerquote bedeuten. Eine Quote muss gesellschaftlich benachteiligte
45 Gruppen stärken und zu deren Repräsentation führen, statt die Hälfte der
46 Macht für Männer zu reservieren.

47 Für ein Gesetz, das möglichst alle Problemlagen von Repräsentation von
48 Frauen, inter, trans und nicht-binären Personen im politischen und
49 parlamentarischen Raum berücksichtigt und dementsprechend keine binäre 50/50-
50 Quote sein kann, brauchen wir Rechtssicherheit. Unter dem Vorwand der
51 Rechtssicherheit wird allerdings in der derzeitigen Debatte vorrangig ein
52 binäres Rechtsmodell vorgeschlagen.

53 Für eine angemessene Quotierung von Ämtern und Mandaten im politischen und
54 parlamentarischen Raum müssen Gesetze zur Verbesserung der
55 Geschlechtergerechtigkeit im politischen und parlamentarischen Raum in Zukunft
56 sowohl eine Mindestquotierung für Frauen, als auch die klare Benennung für
57 Kandidaturmöglichkeiten von inter, trans und nicht-binären Personen
58 beinhalten. Die vor dem Bundesverfassungsgericht erstrittene dritte
59 Geschlechtseintragung („divers“) ist eine biologistische Kategorie. Diese
60 möchten wir nicht manifestieren, sondern die Geschlechtsidentitäten aller
61 Menschen anerkennen und diese in ihrem Kampf um ihre Rechte stärken.

62 Die Möglichkeit für inter, trans, und nicht-binären Personen auf allen
63 verfügbaren Plätzen zu kandidieren kann dabei sowohl die Hürden zu einer
64 Kandidatur absenken, als auch eine prozentuale Deckelung vermeiden.

65 Wir brauchen einen Prozess hin zu einem intersektionalen Gesetz, das nicht nur
66 die Perspektive von Frauen sondern von allen nicht-männlichen Personen mitdenkt
67 und zur Verbesserung der Repräsentation eben dieser führt. Dabei lassen wir

68 uns nicht gegeneinander ausspielen!

Begründung

Strukturell wurden Frauen in allen gesellschaftlichen Räumen, auch im politischen, lange nicht geduldet und auch nach einer rechtlichen Gleichstellung zeigt sich deutlich, dass eine tatsächliche Gleichstellung nicht existiert. Das erkennt auch das Grundgesetz an und formuliert deshalb: „Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“. Die gesellschaftliche und politische Teilhabe von inter, trans und nicht-binären Personen ist auch im Vergleich dazu noch immer stark marginalisiert und in Parlamenten fast nicht vorhanden.

In Brandenburg und Thüringen wurden Parité-Gesetze beschlossen, um eine Verbesserung der Geschlechtergerechtigkeit in Parlamenten zu erzielen. In vielen weiteren Bundesländern gibt es politische Debatten dazu und auch auf Bundesebene wird das Thema aufgegriffen. Wir brauchen verbindliche Maßnahmen um mehr Frauen, inter, trans und nicht-binären Personen den Weg in politische und parlamentarische Räume zu ermöglichen. Dafür aber ein binäres System zu stärken, welches wir stattdessen aufbrechen müssten kann nicht der richtige Weg sein.

K-5 B Sexwork is Work- Solidarität mit Sexarbeiter*innen!

Gremium: Bundesmitgliederversammlung
Beschlussdatum: 02.11.2019
Tagesordnungspunkt: K – Feministische Kämpfe

Antragstext

1 Wir sind ein queerfeministischer Verband, und die Selbstbestimmungsrechte von
2 allen Menschen haben für uns zentrale Bedeutung, besonders von Frauen und
3 Queers. Gerade in Zeiten, in denen rechte Ideologien in ganz Europa aufflammen,
4 Frauen und Queers die Rechte auf körperliche und sexuelle Selbstbestimmung
5 wieder abgesprochen werden und christliche Fundamentalist*innen ihr streng
6 patriarchales Weltbild auf die Straße tragen, stehen wir für die
7 Selbstbestimmung und Freiheit aller ein. Auch das sogenannte
8 Prostituiertenschutzgesetz zeigt deutlich die Merkmale rechtskonservativer
9 Ideologien, in denen Frauen- und Queerfeindlichkeit eine zentrale Rolle spielen
10 und Ressentiments gegen Menschen geschürt werden, die nicht ihrer Sexualmoral
11 entsprechen.

12 Wir solidarisieren uns deshalb mit Sexarbeiter*innen weltweit und kämpfen für
13 die Entkriminalisierung und Entstigmatisierung von erotischen Dienstleistungen.
14 Unter dem Deckmantel, Frauen vor sexueller Gewalt oder Bedrohungen wie
15 Menschenhandel und Zwangsprostitution schützen zu wollen, werden die Rechte auf
16 körperliche und sexuelle Selbstbestimmung von Frauen und Queers weiter
17 eingeschränkt und Ressentiments gegenüber Sexarbeiter*innen und Migrant*innen
18 geschürt und damit Gewalt unsichtbar gemacht. Doch echter Schutz kann weder aus
19 menschenfeindlichen Ideologien, noch aus restriktiven Gesetzen entstehen. Statt
20 durch Bevormundung, Kriminalisierung und Stigmatisierung muss Sexarbeiter*innen
21 durch angemessene Arbeitnehmer*innenrechte, freiwillige Beratung und den
22 gemeinsamen Kampf gegen Diskriminierung in unserer Gesellschaft das Recht auf
23 körperliche Unversehrtheit und ein selbstbestimmtes Leben garantiert werden.

24 Die GRÜNE JUGEND....

- 25 • erkennt Sexarbeit als Arbeit an und achtet das Selbstbestimmungsrecht der
26 Sexarbeiter*innen;
- 27 • lehnt ein „Sexkaufverbot“ und „Sexverkaufverbot“ ab;
- 28 • setzt sich für die Abschaffung des Prostituiertenschutzgesetzes ein;

- 29 • fordert, dass die vorhandenen, diskriminierenden Zwangsberatungen sofort
30 beendet werden und direkt durch kompetente am Wohl der Sexarbeiter*innen
31 orientierte Beratungen ersetzt werden. Wir setzen uns für kostenlose,
32 flächendeckende und ergebnisoffene Beratungsstellen ein. Gleichzeitig
33 sollen weiterhin „Ausstiegsberatungen“ für Sexarbeiter*innen
34 stattfinden, die sich das wünschen. Auch sollen hier sogenannte
35 „Einstiegsberatungen“ stattfinden, die ergebnisoffen sind und Menschen
36 mit Informationen auf die Arbeit vorbereiten. Sexarbeiter*innen sollen
37 hier unter anderem einen unbürokratischen Zugang zu den Sozial- und
38 Krankenversicherungen erhalten. Auch wollen wir mehrsprachige Kompetenzen
39 in diesen Beratungsstellen zur Verfügung stellen, damit alle
40 Sexarbeiter*innen dort die Hilfestellungen bekommen, die sie angesichts
41 einer gesellschaftlichen Stigmatisierung brauchen. Grundsätzlich muss die
42 Inanspruchnahme dieser Beratungsstellen freiwillig sein.

- 43 • lehnt Abschiebungen migrantischer Sexarbeiter*innen ab;

- 44 • fordert das Recht auf Asyl für migrantische Sexarbeiter*innen, die in
45 ihren Herkunftsstaaten von Stigmatisierung und Kriminalisierung betroffen
46 sind und die Möglichkeit einer geregelten Migration von
47 Sexarbeiter*innen;

- 48 • fordert ein sofortiges Ende der staatlichen Finanzierung von
49 (fundamentalistischen) Anti-Sexarbeitskampagnen;

- 50 • fordert die Bekämpfung der Stigmatisierung von Sexarbeit durch
51 progressive Aufklärungskampagnen, sowie die Thematisierung der aktuellen
52 Stigmatisierung im Schulunterricht nach Möglichkeit in Zusammenarbeit mit
53 Sexarbeiter*innen;

- 54 • lehnt Sperrbezirke für Sexarbeit ab;

- 55 • fordert die Schaffung eines sicheren Umfeldes für Straßensexarbeit;

- 56 • ist gegen Razzien und Kontrollen in Bordellen und erotischen
57 Etablissements durch die Polizei, sondern für Betriebskontrollen durch
58 die Ordnungsämter. Die Ordnungsämter sollen Sensibilisierungstrainings
59 erhalten oder es sollen zusätzliche Stellen mit der alleinigen
60 Zuständigkeit für diese Kontrollen geschaffen werden;

- 61 • fordert eine einfache Registrierung als Selbstständige*r für alle
62 Sexarbeiter*innen;

- 63 • spricht sich gegen eine „Sondersteuer“/„Vergnügungssteuer“ für

64 Sexarbeitende aus;

- 65 • ist für die Beibehaltung des Mindestalters von 18 Jahren für Sexarbeit.;
- 66 • lehnt es ab, dass Sexarbeiter*innen aufgrund ihres Berufes das Sorgerecht
67 für ihre Kinder verlieren können;
- 68 • ist für Beratung und Empowermentsstrukturen für Kinder von
69 Sexarbeiter*innen. Es braucht Räume, in denen sich Kinder von
70 Sexarbeiter*innen frei bewegen können und in denen Probleme, die durch
71 die Stigmatisierung von Sexarbeit in der Gesellschaft entstehen,
72 professionell und altersgerecht begleitet werden können, ohne dass diese
73 Verantwortung allein beim Elternhaus liegt.
- 74 • ist für eine Anzeigepflicht bei der Gewerbebeanmeldung von
75 Prostitutionsstätten nach § 14 der Gewerbeordnung;
- 76 • fordert die Aufnahme von „Sexarbeit“ ins Allgemeine
77 Gleichbehandlungsgesetz (AGG). Sexarbeit darf kein Kündigungsgrund sein;
- 78 • setzt sich dafür ein, dass Sexarbeiter*innen die aus eigener Tasche für
79 die Zwangsberatungen zahlen mussten dieses Geld erstattet bekommen;
- 80 • fordert eine Zusammenarbeit mit Sexarbeiter*innenorganisationen und -
81 netzwerken und Fachberatungsstellen, wenn an neuen Gesetzen und Auflagen
82 für Sexarbeit gearbeitet wird;
- 83 • ist sich bewusst, dass eine pauschale Vermischung von Zwangsprostitution
84 und Sexarbeit weder Sexarbeiter*innen noch den Opfern von
85 Zwangsprostitution hilft. Wir wollen ein Ende dieser Pauschalisierungen
86 und stattdessen echte Hilfe für die Betroffenen von Zwangsprostitution:
87 Dazu gehört, dass Organisationen, die sich gegen Menschenhandel
88 einsetzen, gestärkt werden und staatliche Behörden europaweit gegen die
89 Strukturen des Menschenhandels stärker vorgehen, beispielsweise in einem
90 Ausbau der Ermittlung gegen „Hintermänner“ und der
91 Korruptionsbekämpfung. Betroffene müssen besonderen rechtlichen Schutz
92 erhalten, etwa durch konsequenten Schutz vor einer Abschiebung bei
93 Anzeige. Diese Ermittlungen dürfen die Rechte der Sexarbeiter*innen nicht
94 beschneiden.
- 95 • ist für sexuelle Selbstbestimmung!

96 Das Prostituierten„schutz“gesetz ist im eigentlichem Sinne gelungen, denn
97 ein Schutz von Sexarbeiter*innen im Sinne der Bedürfnisse von Sexarbeiter*innen

98 war nie das Ziel. Die Zwangsregistrierung, die Einführung eines ständig
99 mitzuführenden Ausweisdokuments und die Einschränkung des Grundrechts auf
100 Unverletzlichkeit der Wohnung sorgen für eine Erschwerung bis zu einer
101 Unmöglichkeit einer sicheren Sexarbeit. Sexarbeiter*innen müssen selbst
102 bestimmen können, wer welche Informationen über sie erfassen darf und wem
103 gegenüber sie sich outen wollen. Diese Selbstbestimmtheit wird durch das
104 ProstSchG unmöglich. Es ist eine staatliche Bevormundung unter Vorwand des
105 Schutzes von Sexarbeiter*innen und eine Kriminalisierung jener, die sich ihr
106 nicht unterordnen wollen oder können.

107 Der Bundesvorstand wird beauftragt die Bundestagsfraktion und die Europagruppe
108 GRÜNE mit Nachdruck auf den Beschluss hinzuweisen. Auch wollen wir für eine
109 solche Positionierung in unseren Dachverbänden – wie FYEG – kämpfen.

110 Wir setzen uns konsequent für einen echten Schutz vor sexueller Gewalt und
111 Bevormundung und gegen die Marginalisierung von Sexarbeiter*innen ein.

Begründung

Seit 2001 ist der Kauf und Verkauf von sexuellen Dienstleistungen in Deutschland legal und Sexarbeit ein staatlich anerkannter Beruf. Dienstleistungen wie Sex, erotische Massagen, Tantra, BDSM, Strippen, Pornographie, Cam-sex, Telefonsex und vieles mehr darf in Deutschland einvernehmlich gekauft und verkauft werden. Am 1. Juli 2017 trat das Prostituiertenschutzgesetz (ProstSchG) in Kraft. Keine andere Berufsgruppe wird dermaßen durch das Strafrecht diskriminiert wie Menschen die in der Sexarbeit tätig sind. Nach dem neuen ProstSchG herrscht für Sexarbeiter*innen unter anderem eine Zwangsregistrierung, eine Zwangsberatung und die Pflicht, einen „Hurenausweis“ jederzeit mit sich zu tragen. Dies ist in Deutschland seit 1945 wieder die erste verpflichtende Registrierung einer Berufsgruppe. Wer nicht registriert ist, arbeitet illegal. In Bordellen und ähnlichen Etablissements darf ohne Registrierung nicht mehr gearbeitet werden. Es findet bereits eine flächendeckende Schließung von Bordellen und weiteren Etablissements statt. Viele Sexarbeiter*innen müssen nun unter schlechteren Bedingungen in Privatwohnungen, Hotels oder im Freien arbeiten.

So wie es vor einem Schwangerschaftsabbruch eine Zwangsberatung gibt, gibt es nun für Sexarbeiter*innen die Pflicht, sich alle zwölf Monate (unter 21 Jahren sind es alle 6 Monate) einer gesundheitliche Beratung zu unterziehen. Dies ist jedoch kein Gesundheitscheck. Vielmehr handelt es sich im jährlichem (bzw. halbjährlichem) Rhythmus um den gleichen Vortrag über Verhütung, Schwangerschaft und Drogengebrauch. Dolmetscher*innen werden vom Staat nicht bereitgestellt. Dies ist wiederum nur ein Gesetz zur Einschränkung der sexuellen Selbstbestimmung und eine Bevormundung, die vor allem Frauen betrifft. Bundesweit konnte unter den zwangsberatenen und zwangsregistrierten Sexarbeiter*innen so gut wie keine „Zwangsprostituierte“ gefunden werden.

Sexarbeiter*innen müssen nun die Bescheinigung der Gesundheitsberatung und eine Anmeldebescheinigung jederzeit mit sich führen und sich vor Beamt*innen als Sexarbeiter*in outen. Dieser „Hurenpass“ kann eine*n Sexarbeiter*in ganz leicht ungewollt vor Freund*innen, Familie oder Partner*in outen.

Weiterhin gibt es im ProstSchG starke Einschränkungen für die Wohnungsprostitution und der "Lovemobile", eine Kondompflicht und weitere Auflagen. Die Polizei darf durch dieses Gesetz jederzeit Privatwohnungen betreten, allein zur „Überwachung des Prostitutionsgewerbes“ (§29 ProstSchG). Die „Alternative“ die nun einzelne der SPD und CDU/CSU fordern (ein „Sexkaufverbot“) ist keine Alternative sondern eine Verschlimmerung der Situation. In Schweden, wo dieses Model seit 1999 praktiziert wird, hat es starke Schäden in der Gesundheitsversorgung und eine negative Auswirkung auf die Rechte und Lebensbedingungen von Sexarbeiter*innen gegeben (vgl. Broschüre: *The Real Impact of the Swedish Model on Sex Workers*, Hrsg.: nswp- Global Network of Sexwork Projects). Dies wird durch eine Reihe von Studien belegt. In der GRÜNEN JUGEND treten wir für Menschenrechte ein und nicht für die Einschränkung der Selbstbestimmungsrechte von Frauen und Queers.

Das Prostituierten“schutz“gesetz ist nicht gefloppt. Ein Schutz von Sexarbeiter*innen im Sinne der Bedürfnisse von Sexarbeiter*innen war nie das Ziel des ProstSchG. Es war nur ein Vorwand christlich-fundamentalistischer und rechtskonservativer Kräfte, ein weiteres Polizeigesetz in Deutschland durchzusetzen. Die Zwangsregistrierung, die Einführung eines ständig mitzuführenden Ausweisdokuments (dem „Hurenpass“) und die Einschränkung des Grundrechts auf Unverletzlichkeit der Wohnung spielt ganz klar in die Hände des Polizeistaates. Schon 1993 wünschte man sich in einem Gutachten der BKA eine Wiedereinführung der Erlaubnispflicht (Vgl. *Dona Carmen (Hrsg.), Entrechtung durch Schutz, 2019, S. 192*). Die Kampagnen für ein „Sexkaufverbot“ und die Abschaffung der Prostitution sind Teil der weltweiten rechtspopulistischen Bewegung. Durch Politikerinnen wie Leni Breymaier und Herta Däubler-Gmelin gibt es ganz klare personelle Überschneidungen mit der christlich-fundamentalistischen Szene. Unter dem Vorwand des Kampfes gegen „sexuellen Missbrauch“ und „Menschenhandel“ wird die sexuelle Selbstbestimmung von Frauen und Queers eingeschränkt und Ressentiments gegenüber Migrant*innen geschürt.

A-2 B Arbeitsprogramm 2020 - Potentiale nutzen, Kämpfe verbinden, Zukunft verändern

Gremium: Bundesmitgliederversammlung
Beschlussdatum: 10.11.2019
Tagesordnungspunkt: A – Arbeitsprogramm

Antragstext

1 #AlleFürsKlima – unter diesem Motto gingen am 20.9. allein in Deutschland 1,4
2 Millionen Menschen, weltweit mehr als 4 Millionen, für echten Klimaschutz auf
3 die Straße. Die globale Klimagerechtigkeitsbewegung ist so stark wie nie, die
4 Notwendigkeit, radikal umsteuern zu müssen, um unsere Lebensgrundlage zu
5 erhalten, ist im gesellschaftlichen Bewusstsein angekommen. Gleichzeitig erleben
6 wir eine handlungsunfähige Bundesregierung, die von alldem nichts mitbekommen
7 zu scheint. Mit ihrem Klimaschutzgesetz hat die Große Koalition sich vom
8 Pariser Klimaabkommen verabschiedet und unsere Zukunft aufgegeben.

9 Im Moment dieser Widersprüchlichkeit zwischen dem wissenschaftlich Notwendigen
10 und politisch Möglichen und dem, was tatsächlich getan wird, ist es unsere
11 Aufgabe, den Druck nicht nur aufrecht zu erhalten, sondern zu erhöhen, und die
12 Politisierung unserer Generation zu vertiefen. Die Politik der Sachzwanglogik,
13 für die die Bundesregierung stellvertretend steht, verliert immer mehr an
14 Legitimation. Mehr und mehr Menschen wird bewusst, dass die gesellschaftlichen
15 Verhältnisse nicht in Stein gemeißelt, sondern veränderbar sind. Diesen
16 Menschen wollen wir eine Anlaufstelle für die langfristige politische
17 Organisierung bieten. Dafür müssen wir weiterhin an den Herausforderungen und
18 Potenzialen eines wachsenden Verbandes arbeiten. Denn in den letzten vier Jahren
19 hat sich die Grüne Jugend verdoppelt. Wir waren noch nie so viele, im nächsten
20 Jahr wird es darum gehen, diese Mobilisierung und die damit einhergehenden
21 Chancen in politische Erfolge umzusetzen und die Weichen dafür zu stellen, die
22 veränderten gesellschaftlichen Mehrheiten in andere politische Mehrheiten zu
23 verwandeln. Damit das gelingt, müssen wir die Frage des Klimaschutzes in den
24 Kontext anderer politischer Missstände stellen. Armut, globale Ausbeutung oder
25 die Einschränkung der Rechte von Frauen dürfen nicht als Nebenwiderspruch
26 abgetan werden. Wir wollen politische Kämpfe miteinander verbinden, und sowohl
27 nach innen als auch nach außen klar machen, dass der Einsatz für Klimaschutz,
28 soziale Gerechtigkeit, Selbstbestimmung der Geschlechter und Menschenrechte
29 zusammen gehören, zusammen gedacht und vor allem zu einer gemeinsamen Strategie
30 verbunden werden müssen: eine Strategie, die die kapitalistische Organisierung
31 unserer Welt hinterfragt, und eine Gesellschaft der universellen Freiheit und

32 Gleichheit in den Blick nimmt. Das ist ohne Frage keine einfache Aufgabe, doch
33 die Voraussetzungen innerhalb und außerhalb des Verbandes sind so gut wie
34 selten zuvor. Also nutzen wir die Veränderungen in unserer Gesellschaft, um
35 eine andere Zukunft politisch erreichbar zu machen.

36 **Bildungsarbeit im Jahr 2020**

37 Die Bildungsarbeit ist ein zentrales Instrument unserer politischen Arbeit.
38 Unser Grundverständnis als politisch wirksamer Verband lässt sich nur mit
39 fundierter und kritischer Bildungsarbeit erreichen. Um die Verhältnisse zu
40 verändern, müssen wir lernen, sie zu hinterfragen und die ihnen zugrunde
41 liegenden Zusammenhänge verstehen. Dazu denken wir unsere Bildungsarbeit als
42 Teil einer großen Strategie, die durch das Aufzeigen von politischen
43 Handlungsräumen und Perspektiven einen emanzipatorischen Charakter erhält.
44 Darum wollen wir auch im nächsten Jahr umfassende und kritische Bildungsarbeit
45 leisten.

46 **Die Arbeit mit dem neuen Bildungsteam**

47 Das neu zu wählende Bildungsteam hat im nächsten Jahr erstmals die
48 Möglichkeit, eine gesamtverbandliche Bildungsstrategie auszuarbeiten. In enger
49 Zusammenarbeit mit dem Bundesvorstand und unter Einbezug der Fachforen wollen
50 wir überlegen, wie eine sowohl inhaltlich tiefgehende und stringente, als auch
51 politisch aktuelle Bildungsarbeit aussehen kann. So wollen wir attraktive und
52 vielfältige Orte der Politisierung, des Austausches und der Horizonterweiterung
53 für junge Menschen schaffen.

54 **Höhepunkte unserer Bildungsarbeit**

55 Der erste Höhepunkt im nächsten Jahr soll der allererste Themenkongress der
56 GRÜNEN JUGEND sein. Diesen neuen Kongress wollen wir gemeinsam mit dem
57 Bildungsteam mit Leben füllen und neue Konzepte, Formate und Diskussionsräume
58 erproben, die uns als Verband weiterbringen können. Noch nie war die
59 Klimabewegung auf der Straße so aktiv und divers wie jetzt. Woche für Woche
60 gehen tausende junge Menschen auf die Straße, um für eine lebenswerte Zukunft
61 auf diesem Planeten zu streiken. Bewegungen des zivilen Ungehorsams mobilisieren
62 tausende Menschen in Kohlegruben, auf Straßen oder in den Hambacher Wald. Der
63 Ruf der Gesellschaft ist laut und deutlich: Klimaschutz muss her, und zwar
64 radikal und sofort!

65 Gleichzeitig macht die Klimapolitik keine großen Fortschritte und trotz des
66 Protests von 1,4 Millionen Menschen in Deutschland lässt uns das vorliegende
67 Klimapaket wenig hoffen. Das geht besser: Wir wollen uns damit beschäftigen,
68 wie eine ökologische Transformation unserer Gesellschaft genauer aussehen kann.

69 Wie soll unsere nachhaltig gestaltete Zukunft aussehen? Wie können wir den
70 ökologischen Wandel sozial gerecht gestalten und wie kann ein Klimaschutz
71 aussehen, von dem Menschen aller Schichten profitieren? Wie lassen sich eine
72 Agrar- oder eine Verkehrswende umsetzen? Wie kann ein Systemwandel
73 herbeigeführt werden, der der Ausbeutung von Mensch und Natur ein Ende setzt?
74 Wie kann eine emanzipatorische Klimapolitik die Lebensrealitäten von Frauen,
75 People of Color, Arbeiter*innen und kranken Menschen verbessern? Wie können wir
76 mit radikalem Klimaschutz für globale Gerechtigkeit eintreten?

77 Diese Fragen wollen wir mit dem gesamten Verband auf und um den Themenkongress
78 herum diskutieren und progressive Lösungen finden. Gemeinsam wollen wir
79 deutlich machen, dass solche Lösungen entschiedene Schritte auf dem Weg zu
80 einem Systemwandel darstellen müssen – und nicht in der kapitalistischen
81 Produktionsweise verhaftet bleiben können.

82
83 Dass unser Verband wächst merken wir auch auf unseren Bundeskongressen: Immer
84 mehr Mitglieder kommen jährlich zusammen um sich zu treffen, sich gemeinsam
85 weiterzubilden und miteinander zu diskutieren. Es ist toll, dass wir so
86 Aktivist*innen aus dem gesamten Bundesgebiet zusammen bringen können,
87 gleichzeitig dürfen wir die benötigten Ressourcen die Veranstaltung in dieser
88 Form umzusetzen nicht aus den Augen verlieren. Auch im nächsten Jahr wollen wir
89 uns weiter mit den Formaten und Möglichkeiten bundesweiter Treffen
90 auseinandersetzen und die Erfahrungen und Herausforderungen der letzten
91 Bundeskongresse evaluieren. Dabei wollen wir insbesondere auch die stark
92 gestiegene Teilnehmer*innenzahl der letzten beiden Bundeskongresse
93 berücksichtigen, die den Trend des gesteigerten Mitgliederwachstums
94 widerspiegelt.

95 Die Wirtschafts- und Sozialpolitik der letzten Jahre war geprägt von
96 Anstrengungen zur Restabilisierung des Kapitalismus. Die Austeritätspolitik hat
97 profitables Wirtschaften wieder ermöglicht und so die Krise für das Kapital
98 beendet. Doch wie steht es um die Lebenssituation der Lohnabhängigen in unserer
99 Gesellschaft? Die von der Sparpolitik geschwächten Sozialsysteme können lange
100 nicht mehr alle Menschen auffangen. Die Jugendarbeitslosigkeit in Italien,
101 Spanien und Griechenland liegt immer noch bei ca. 30 %. Auch in Deutschland
102 leiden wir unter den Maximen der schwarzen Null. Wo gearbeitet wird, werden
103 Menschen immer häufiger in prekäre Verhältnisse der Teilzeit- oder Leiharbeit
104 gezwungen. Trotz sinkender Arbeitslosenquote sind immer mehr Menschen auf
105 Sozialleistungen angewiesen, um über den Monat zu kommen. Wer einmal in der
106 Arbeitslosigkeit oder Armut angekommen ist, findet nur schwer einen Weg wieder
107 hinaus, und insbesondere Frauen müssen sich vor einer Zukunft in Altersarmut
108 fürchten. Die neoliberalen Prinzipien von Eigenverantwortung und freiem
109 Arbeitsmarkt wollen wir nicht unbeantwortet lassen: Die Sommerakademie wollen
110 wir nutzen, um uns mit grundsätzlichen Fragen der Arbeit auseinanderzusetzen.
111 Eine Ausweitung der Sommerakademie kann uns ermöglichen, noch tiefer und
112 intensiver in Debatten innerhalb des Themenfeldes einzusteigen. Wie funktioniert

113 die Ausbeutung der Arbeiter*innen im Kapitalismus? Wie kann Arbeit
114 gesellschaftlich organisiert werden, ohne auf dem Prinzip der Ausbeutung zu
115 basieren? Welche Rolle kann ein starker Sozialstaat dabei spielen? Wie kann ein
116 modernes revolutionäres Subjekt zum Umsturz der Verhältnisse aussehen? Wie
117 können wir den Herausforderungen von globalen Ungleichheiten innerhalb der
118 Arbeiter*innenklasse begegnen? Welche Perspektiven bietet antikapitalistische
119 Politik für den gesellschaftlichen Bezug zur Arbeit? Über die Sommerakademie
120 hinaus wollen wir einen Lesekreis nutzen, um diese Debatten im ganzen Verband
121 führen zu können.

122

123 Auf dem 54. Bundeskongress wollen wir uns vertieft mit unserem Verhältnis zum
124 Kapitalismus und Strategien zu dessen Überwindung beschäftigen und die Frage
125 klären, wie wir zu möglichen Alternativen, unter anderem dem Sozialismus,
126 stehen. Denn eine andere Welt ist möglich!

127 **Vielfältige Seminararbeit**

128 Gemeinsam mit dem Bildungsteam wollen wir unser Seminarangebot an den
129 Bedürfnissen des Verbands und der aktuellen politischen Lage ausrichten. In
130 Kooperationen mit unterschiedlichen Landesverbänden wollen wir unsere Kräfte
131 und Ressourcen bündeln, um möglichst viele Aktivist*innen der GRÜNEN JUGEND
132 zu erreichen. Hier können wir die thematische Vielfalt unserer politischen
133 Arbeit zum Ausdruck bringen und sie durch die Zusammenarbeit unterschiedlicher
134 Ebenen gleichzeitig an einer gesamtverbandlichen Bildungsstrategie ausrichten.
135 So kann ein vielfältiges Seminarangebot zu unterschiedlichen Themen auf die
136 Beine gestellt werden. Das neu gewählte Bildungsteam wird sich auch dem Setzen
137 wichtiger Themen der Bildungsarbeit des Verbands widmen, so dass ein breites und
138 attraktives Angebot entsteht.

139 Einige Seminarangebote, deren Relevanz wir in der aktuellen politischen Lage
140 sehen, möchten wir darüber hinaus auf den Weg bringen:

141 Die letzten Monate haben gezeigt, dass die internationale Zusammenarbeit vieler
142 Staaten vor großen Herausforderungen steht. Das Anzweifeln multilateraler
143 Lösungen und das Rütteln an international gefassten Abkommen verleihen den
144 Debatten um internationale Sicherheitspolitiken eine neue Brisanz. Ein
145 Seminarangebot zu Internationalem und Außenpolitik soll die Möglichkeit
146 linker, internationaler Strategien in unsicheren Zeiten aufzeigen und
147 diskutieren.

148 Die Situation von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transsexuellen, Transgender,
149 Intersexuellen (LSBTI) und queeren Personen ist immer noch geprägt von
150 Unsicherheiten und vielfältigen Diskriminierungsformen. Gemeinsam wollen wir an
151 einem Seminarwochenende nachvollziehen, welche historische Entwicklung queere
152 Rechte durchlaufen haben, welche gesellschaftlichen Hintergründe es für die

153 anhaltende Diskriminierung gibt und welche politischen Gegenstrategien wir
154 nutzen können, um Menschenrechte für alle zu garantieren. Die sexuelle
155 Orientierung von Menschen oder ihre geschlechtliche Identität darf hierbei
156 keine Rolle spielen.

157 Rassistische Einstellungen sind in unserer Gesellschaft weit verbreitet. Als
158 Teil menschenfeindlicher Ideologien sind sie Ursprung von Diskriminierung in
159 Alltag und politischem Handeln. Welche Ursprünge Rassismus in unserer
160 Gesellschaft hat, wie rassistische Einstellungen sich in unserer Gesellschaft
161 ausbreiten und wie eine progressive, antirassistische Politik und Praxis
162 aussehen kann, möchten wir gemeinsam diskutieren.

163 Um mehr Mitglieder der GRÜNEN JUGEND mit unseren Seminarangeboten zu erreichen,
164 wollen wir an Wegen arbeiten, wie unsere Bildungsarbeit den Verband besser
165 durchdringen kann. Eine Möglichkeit kann dabei sein, ein ausgearbeitetes
166 Seminar zu verschiedenen Zeitpunkten an unterschiedlichen Orten durchzuführen,
167 um so die Schwelle zur Teilnahme zu erniedrigen und Debatten mit dem ganzen
168 Verband führen zu können. Außerdem wollen wir uns in Zusammenarbeit mit dem
169 Bildungsteam mit unterschiedlichen Möglichkeiten der Wissenssicherung und
170 Wissensweitergabe nach Seminaren beschäftigen und ein entsprechendes Angebot
171 einrichten. So kann erarbeitetes Wissen weiterhin sowohl von Teilnehmer*innen
172 aber auch darüber hinaus genutzt und in der politischen Arbeit eingesetzt
173 werden.

174 **Die Rolle der Fachforen**

175 Als Teil der neuen Bildungsstrategie haben auch die Fachforen neue Perspektiven,
176 ihre Rolle im Verband auszufüllen. Als fest verankerte Diskussionsräume im
177 Verband können hier Expert*innen und Interessierte zu politischen Themenfeldern
178 zusammengebracht werden, um an inhaltlichen Positionen im Verband zu arbeiten.
179 Die neu geschaffenen Freiräume können jetzt genutzt werden, um neue Formate
180 und Wege dieser Arbeit auszuprobieren. Einen Schwerpunkt wollen wir dabei darauf
181 legen, das in Fachforen existierende Fachwissen mit existierenden Strukturen
182 zusammen zu bringen. Kooperationen mit Landesverbänden oder Ortsgruppen können
183 aktuelle Debatten in den Verband bringen oder neue anstoßen. Dies kann
184 beispielsweise durch gemeinsame Veranstaltungen wie Diskussionsformaten zu
185 spannenden Debatten im Fachbereich oder Lesekreise gelingen. Digitale Formate
186 wie Webkonferenzen und Webseminare bieten weitere Möglichkeiten interessierte
187 Aktivist*innen zu einzelnen Themen zusammen zu bringen.
188 Auch die Mitgestaltung am Themenkongress oder an Aktionstagen wollen wir
189 gemeinsam ausprobieren und Expert*innen aus dem Verband weiterhin aktiv
190 einbinden.

191
192 So Fachforen in Schreibprozesse für Anträge involviert sind, nutzen sie
193 vielfältige Debattenformate im Verband, so dass Antragsdebatten auf dem
194

195 Bundeskongress ihr Ende finden, statt dort zu beginnen.

196

197 Gemeinsam mit den Fachforen wollen wir die Kommunikationswege prüfen, die einen
198 engen Kontakt zwischen den Fachforen und dem Verband ermöglichen. Dabei wollen
199 wir auch die Einrichtung und transparente Benennung offizieller
200 Kommunikationswege erarbeiten, um den Zugang zu diesen Informationen für alle
201 Mitglieder möglichst einfach zu gestalten. Darüber hinaus sollen auch die
202 Ergebnisse von Debatten gesichert und allen Mitgliedern barrierearm zugänglich
gemacht werden.

203 **Methodische Bildungsarbeit**

204 Über methodische Bildungsarbeit können wir die Werkzeuge für unsere
205 politische Arbeit lernen. Gerade in einem wachsenden Verband ist es wichtig,
206 unsere methodischen Kompetenzen auszubauen und weiter zu streuen. Deshalb
207 brauchen wir zielgruppenorientierte Schulungen für die unterschiedlichen Ebenen
208 und Akteur*innen.

209 Für den neu gewählten Bundesvorstand soll die methodische Bildung für die
210 Gestaltung der Vorstandsarbeit weiterhin stattfinden. Auch gemeinsam mit den
211 Landesvorständen sollen methodische Kompetenzen weiter erarbeitet und erlernt
212 werden und passende Bildungsangebote in die Treffen der Landesvorstände und des
213 Bundesvorstands integriert werden.

214 Das Train-the-Trainers-Programm läuft im nächsten Jahr weiter und schafft so
215 Weiterbildungsmöglichkeiten für Mitglieder, die als Multiplikator*innen
216 inhaltliche und methodische Kenntnisse an Ortsgruppen, Vorstände oder
217 Verantwortliche für Bildungsarbeit weitergeben können. Mit dem Abschluss des
218 Programms können wir den Pool an möglichen Teamer*innen deutlich verstärken
219 und so in Zukunft mehr intern organisierte, hochwertige Workshops ermöglichen.

220 Um schon vorher die vielen neu entstandenen und entstehenden Ortsgruppen zu
221 stärken, wollen wir sie im nächsten Jahr mit einem Workshop zu linker
222 Organisation dabei unterstützen, sich selbst gute Strukturen zu geben. Dabei
223 können wir von linken Projekten aus der Vergangenheit lernen und wichtige
224 Erkenntnisse für den Verband mitnehmen.

225 Gemeinsam mit ein paar Landesverbänden wollen wir darüber hinaus ausprobieren,
226 wie Ortsgruppen in ihrer jeweiligen Situation zu unterstützen sind. Ein in
227 Kooperation zwischen Bundes- und Landesvorstand ausgearbeitete und zentral
228 durchgeführtes Training soll die Ortsgruppen im nächsten Jahr abholen und in
229 ihrer konkreten Arbeit unterstützen.

230

231 Eine gute Vorbereitung ist für Ortsgruppen und Aktivist*innen ein wichtiger
232 Schritt auf dem Weg zu gelungenen Demos oder Aktionen. Aktionstrainings können

233 durch die Bereitstellung nötiger Informationen, das Erproben konkreter
234 Situationen und den Austausch von Erfahrungen dazu beitragen einen sicheren
235 Einstieg in politischen Aktivismus zu finden. Die in diesem Jahr ausgebildeten
236 Aktionstrainer*innen wollen wir als Multiplikator*innen zur Vorbereitung auf
237 Demos und Aktionen verstärkt sichtbar machen und gerade auch bei bundesweiten
238 Veranstaltungen, Kongressen und auf Landesmitgliederversammlungen einsetzen.
239 Sowohl zentral als auch dezentral durchgeführte Workshops im Verband und die
240 Bereitstellung von Kontaktdaten (beispielsweise auf der Homepage) soll das
241 erworbene Wissen im nächsten Jahr weiter in den Verband tragen. Die Hürden zur
242 Teilnahme an Aktionen wollen wir so effektiv abbauen.

243 **Öffentlichkeitsarbeit im Jahr 2020**

244 Wir haben was zu sagen, und das werden wir auch 2020 wieder über Pressearbeit
245 genauso wie unsere Social Media-Kanäle in die Öffentlichkeit tragen. Wir
246 wollen hier die erfolgreiche Arbeit des letzten Jahres fortsetzen und unsere
247 Reichweite weiter ausbauen, um unsere politischen Anliegen in die Gesellschaft
248 zu tragen.

249 Im nächsten Jahr wollen wir die Themen unserer Öffentlichkeitsarbeit flexibel
250 setzen können. Dafür wollen wir auch wieder eigene Kampagnen und Aktionen in
251 den Fokus rücken: Einerseits wollen wir sie eng an die verbandliche
252 Bildungsarbeit koppeln, andererseits wollen wir gemeinsam mit den
253 Landesverbänden überlegen, welche Themen gemeinsam im ganzen Verband gesetzt
254 werden können, beispielsweise durch die Arbeit zu Aktionstagen. Einen
255 besonderen Fokus wollen wir dabei unter auch wieder auf den internationalen
256 Frauentag am 08. März, den Internationalen Tag gegen Homo-, Bi-, Inter-
257 und Transphobie (IDAHOBIT) am 17. Mai und natürlich die zahlreichen Demos und
258 Blockaden der Klimabewegung legen. Vermehrt einsetzen wollen wir zentral
259 vorbereitete Aktionsformate, die dezentral von Landesverbänden und Ortsgruppen
260 angepasst und durchgeführt werden können. Dabei wollen wir eine enge Absprache
261 mit Landesverbänden und Ortsgruppen ausbauen und gemeinsam an frühzeitigen
262 Mobilisierungsstrategien arbeiten.

263 Unsere Präsenz in den Sozialen Netzwerken konnten wir im letzten Jahr deutlich
264 verbessern. Die Professionalisierung der Social Media-Arbeit wollen wir weiter
265 ausbauen.

266 **Verbandsarbeit im Jahr 2020**

267 Durch den Perspektivenprozess haben wir uns als GRÜNE JUGEND stark
268 weiterentwickelt und Beschlüsse gefasst, die uns dabei helfen die bestehenden
269 Potentiale auszunutzen: Wir werden immer noch mehr und finden neue Wege der
270 Mobilisierung und Einbindung neuer Mitglieder. Im nächsten Jahr wollen wir neu

271 geschaffene Gremien und Teams mit Leben füllen und ausprobieren, wie eine enge
272 Zusammenarbeit mit dem Bundesvorstand ablaufen kann. Und auch über die
273 Umsetzung der neuen Beschlüsse hinaus wollen wir weiter an den Potentialen in
274 der GRÜNEN JUGEND arbeiten:

275 **Der Länderrat**

276 Im nächsten Jahr nimmt der Länderrat erstmals seine Arbeit auf. Gemeinsam
277 wollen wir Wege finden, dieses Gremium gut zu nutzen, um als Verband weiter
278 zusammenwachsen zu können. Die Aufgaben des Länderrats – beispielsweise in
279 der Überprüfung des Arbeitsstandes zum aktuellen Arbeitsprogramm oder der
280 gemeinsamen Diskussion von Strategien – wollen wir gemeinsam festigen. Die
281 Funktion als zweithöchstes beschlussfassendes Gremium nach der
282 Mitgliederversammlung kann bei vorgezogenen Neuwahlen oder, im Verlauf des
283 Prozesses zum Grundsatzprogramm, zur nächsten Bundesdelegiertenkonferenz der
284 Partei zum Tragen kommen.

285 **Eine enge Zusammenarbeit zwischen den Ebenen**

286 Wir sind im letzten Jahr besser darin geworden, uns zwischen den Ebenen
287 abzustimmen und als Verband eng und gut zusammenzuarbeiten. Das ist wichtig,
288 denn wir wollen viel erreichen – das gelingt uns nur, wenn wir an einem Strang
289 ziehen.

290 Den Kontakt zwischen dem Bundesvorstand und den Landesvorständen wollen wir
291 weiter intensivieren und die Häufigkeit erhöhen. Hierbei können uns
292 beispielsweise Treffen und Besuche in Landesvorstandssitzungen, aber auch
293 regelmäßige, gemeinsame Vernetzungsgespräche und neue Wege der Kommunikation
294 helfen. Um die Strategiefähigkeit auf allen Ebenen zu stärken wollen wir neu
295 gewählte Landesvorstände mit Strategieworkshops dabei unterstützen, eine
296 gemeinsame politische Stoßrichtung zu finden. Über strategische Absprachen
297 hinaus wollen wir die Zusammenarbeit auch in der konkreten Ausgestaltung der
298 Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit vertiefen. Gemeinsam wollen wir auch weiter
299 an Kommunikationswegen arbeiten, die den Verband komplett durchdringen und über
300 die Landesebene auch die Ortsgruppen erreichen kann.

301 Die Vernetzung der Sprecher*innen aus den Landesvorständen und dem
302 Bundesverband wollen wir weiterführen. Auch der Kontakt und die Vernetzung
303 zwischen den Geschäftsführer*innen der Landesverbände und der Politischen
304 Geschäftsführung des Bundesverbands wollen wir verstetigen.

305 **Leitlinien für die Zukunft**

306 Als GRÜNE JUGEND wollen wir unsere inhaltlichen Grundsätze, Positionen und

307 Projekte auch in möglichen Regierungsverhandlungen einbringen, gerade da für
308 uns klar ist, dass Regieren kein Selbstzweck ist, sondern nur dann Sinn macht,
309 wenn wir damit unsere Inhalte umsetzen zu müssen. Dabei wollen wir den Verband
310 mitnehmen und programmatische Wandlungen in den letzten Jahren berücksichtigen.
311 Deshalb soll der Bundesvorstand zum nächsten Bundeskongress 2020 ein Konzept
312 vorlegen, wie wir unter Einbeziehung der Landesverbände und Ortsgruppen im
313 Frühjahr und Sommer 2021 Leitlinien, Priorisierungen und Rote Linien für
314 mögliche Regierungsverhandlungen im Herbst 2021 festlegen.

315
316 Dieser Prozess ist der erster Schritt hin zu einem neuen Selbstverständnis, das
317 darauf aufbauend nach der Bundestagswahlen 2021 weiterentwickelt wird.

318 **Verbandsfinanzen**

319 Dass in einem wachsenden Verband das Thema Finanzen einen immer größeren
320 Stellenwert einnimmt, hat sich in den vergangenen Monaten eindrücklich gezeigt.
321 Auch im kommenden Jahr müssen wir über Geld sprechen – und Wege finden,
322 unsere Einnahmen zu vergrößern. Dafür müssen wir verschiedene Maßnahmen
323 ergreifen: Zum einen werden wir im Jahr 2020 einen großen Fokus darauf legen,
324 Spenden einzuwerben. In diesem Jahr konnten wir ein Stundenkontingent für
325 Fundraising in unserer Bundesgeschäftsstelle schaffen und wollen 2020 so
326 richtig durchstarten!

327 Zum anderen müssen wir weitere Maßnahmen diskutieren, die dazu beitragen
328 können, unsere Eigeneinnahmen zu erhöhen. Darunter fällt auch eine mögliche
329 Erhöhung des Mitgliedsbeitrags, die bis zur nächsten Mitgliederversammlung im
330 Bundesfinanzausschuss besonders unter dem Aspekt der sozialen Verträglichkeit
331 ergebnisoffen diskutiert werden soll.

332 Auch im nächsten Jahr wollen wir mit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN über unsere
333 Finanzsituation im Gespräch bleiben. Nach einer deutlichen Zuschusserhöhung
334 für 2020 wollen wir vor allem im Blick behalten, die Bundestagswahl 2021 auf
335 finanziell sichere Füße zu stellen.

336 Weiter ausbauen wollen wir im kommenden Jahr auch unsere Zusammenarbeit mit
337 Landesverbänden, besonders im Bereich der Bildungsarbeit. Kooperationen haben
338 sich hier als sehr bereichernd für alle Seiten herausgestellt und deswegen
339 wollen wir im kommenden Jahr frühzeitig Planungen zu gemeinsamen Projekten
340 aufnehmen.

341 2020 wollen wir das wiederaufgenommene Genderbudgeting als Instrument der
342 Analyse von Machtstrukturen im Haushalt - und somit auch im Verband –
343 weiterführen und noch ausbauen. Erste Landesverbände haben bereits eigene
344 Genderbudgetings durchgeführt. Ziel ist es, dass sich durch vertiefenden
345 Austausch im Rahmen der Bundesfinanzausschusssitzungen noch weitere

346 Landesverbände anschließen und Material und Anleitungen ausgetauscht werden
347 können.

348 **Die Gleichstellung und Förderung von Frauen, Inter- und** 349 **Transpersonen**

350 Im letzten Jahr haben wir in unserer Geschlechterstrategie die Grundsätze der
351 Frauenförderung der GRÜNEN JUGEND festgehalten. Um die Steine, die Frauen,
352 Inter- und Transpersonen von der Gesellschaft in den Weg gelegt werden, durch
353 Instrumente in der GRÜNEN JUGEND so gut es geht aus dem Weg räumen zu können,
354 wollen wir unsere Strategien weiterentwickeln, neue Mechanismen und Angebote zur
355 Förderung von Frauen, Inter- und Transpersonen entwickeln und ausprobieren.

356 Das neu gewählte Team wird gemeinsam mit der Beauftragten für Frauenförderung
357 und Geschlechterstrategie und in enger Zusammenarbeit mit dem gesamten
358 Bundesvorstand die weitere Ausgestaltung der Geschlechterstrategie der GRÜNEN
359 JUGEND erarbeitet. Die Ergebnisse aus der in diesem Jahr durchgeführten
360 Evaluation mit dem gesamten Verband und den Evaluationsgesprächen mit den
361 Landesvorständen dienen hierbei als gute Grundlage für die Weiterarbeit. Die
362 Frauenförderung wollen wir weiter professionalisieren und insbesondere über
363 die Förderung von Inter- und Transpersonen Neues lernen, um hier gezielter auf
364 Bedürfnisse eingehen zu können.

365 Für viele neue junge Frauen, Inter- und Transpersonen ist der Einstieg in die
366 GRÜNE JUGEND nicht leicht zu bewältigen. Ein Weitersteiger*innenprogramm für
367 Interessierte soll Orientierung verschaffen, Beteiligungsmöglichkeiten
368 aufzeigen, die bundesweite Vernetzung ermöglichen und grundlegende Kompetenzen
369 und Fähigkeiten für die politische Arbeit aufbauen und stärken. Das Programm
370 wollen wir in Kooperation mit mehreren Landesverbänden gestalten.

371 Einen erfolgreichen Einstieg in die politische Arbeit mit linker
372 Gesellschaftstheorie konnten das im letzten Jahr erstmalig durchgeführte
373 Theorieseminar für einige Frauen im Verband leisten. Die GRÜNE JUGEND soll ein
374 Ort sein, an dem alle Aktivist*innen an politischer Bildungsarbeit teilhaben
375 können, sich an Diskussionsrunden beteiligen können und Mädchen und Frauen
376 nicht aus der Text- und Theoriearbeit ausgeschlossen werden. Um den
377 internalisierten Unsicherheiten entgegenzuwirken, wollen wir an den Erfolg des
378 letzten Theorieseminars anknüpfen. Auch wollen wir prüfen, ob sich das Seminar
379 erweitern lässt, um diesen Einstieg mehr interessierten Frauen und anderen von
380 dieser Diskriminierung Betroffenen zu ermöglichen.

381 Außerdem soll die Vernetzung der frauen-, inter-, trans- und genderpolitischen
382 Sprecher*innen im kommenden Jahr durch einen regelmäßigen Austausch und ein
383 Treffen auf dem Bundeskongress weitergeführt werden. Darüber hinaus sollen
384 verstärkt Angebote zur Weiterbildung von Landes- und Ortsgruppenvorständen im

385 Bereich Frauenförderung und Geschlechterstrategie zur Verfügung gestellt
386 werden.

387 **Ein neues Mitgliedermagazin**

388 Das Redaktionsteam des Mitgliedermagazins wird nach diesem Bundeskongress die
389 Aufgabe haben, die erste Ausgabe des neuen Mitgliedermagazins der GRÜNEN JUGEND
390 zu konzipieren und zu gestalten. Inhaltlich soll die erste Magazinausgabe die
391 Schwerpunkte unserer Bildungsarbeit im nächsten Jahr aufgreifen und sich
392 dementsprechend etwa mit der Frage beschäftigen, welchen Einfluss das
393 Wirtschaftssystem, in dem wir leben, auf die Klimakrise hat und wie eine
394 ökologische Transformation unserer Gesellschaft aussehen kann. Mit unserem
395 Mitgliedermagazin wollen wir im kommenden Jahr möglichst viele Menschen
396 ansprechen und zur tiefgehenden inhaltlichen Auseinandersetzung mit
397 verbandsrelevanten Themen motivieren. Wie das neue Mitgliedermagazin konkret auf
398 den Weg gebracht und im kommenden Jahr umgesetzt wird, hat die 53.
399 Mitgliederversammlung in einem separaten Beschluss festgelegt. In den kommenden
400 Jahren wird die inhaltliche und organisatorische Grundlage für das
401 Redaktionsteam immer im Rahmen des Arbeitsprogramms geschaffen.

402 **Corporate Design**

403 Durch die Arbeit zur Europakampagne haben wir gemerkt, welche Möglichkeiten
404 eine Aktualisierung des Corporate Designs bietet. Für den Erfolg unserer
405 Kampagne haben Aussehen und Wirkung der Materialien eine große Rolle gespielt.
406 Diesen Erfolg mit den Neuerungen wollen wir nicht einfach hinter uns lassen. Im
407 nächsten Jahr möchten wir das bestehende Corporate Design auffrischen und die
408 neuen Elemente auf eine Verwendung mit Open-Source-Software anpassen, sodass
409 eine aktuelle Version des Corporate Design vom ganzen Verband genutzt werden
410 kann. Durch die Open-Source-basierte Bereitstellung des gesamten Corporate
411 Designs inklusive der neuen Elemente kann im Verband wieder Klarheit über die
412 Nutzung hergestellt werden. Landesverbände und Ortsgruppen werden bei der
413 Nutzung des Designs mit Schulungen unterstützt.

414 **Webkonferenzen und Webinare**

415 In einem größer werdenden Verband wollen wir nach neuen Möglichkeiten suchen,
416 gemeinsam zu arbeiten, zu debattieren und zu lernen. Dafür können Formate wie
417 Webkonferenzen oder Webinare eine niedrighschwellige und interaktive Möglichkeit
418 sein. Zusätzlich stellen sie eine Chance dar, Vorstände und Verantwortliche in
419 Landesverbänden und Ortsgruppen für die Umsetzung dezentraler Angebote zu
420 schulen und sie dabei zu unterstützen. Diese Möglichkeiten wollen wir im
421 nächsten Jahr verstärkt nutzen und gemeinsam herausfinden, wie sich digitale
422 Treffen gut in der gemeinsamen politischen Arbeit nutzen lassen.

423 Die Bewerbungen (beispielsweise für Ämter, Teams oder Voten) auf dem
424 Bundeskongress werden zukünftig als einfache Anträge eingereicht, anstatt
425 selbsterstelle pdf-Dokumente einreichen zu lassen.

426 **Wahlen im Jahr 2020**

427 Die Sichtbarkeit junger Menschen und junggrüner Themen wird auch bei den
428 kommenden Wahlen eine große Rolle spielen.

429 **Bürgerschafts- & Kommunalwahlen in Hamburg, Bayern & NRW**

430 Die kommunale Ebene hat einen großen Einfluss auf die Lebensrealität junger
431 Menschen. Für uns als Organisation bietet sich die Chance weiter zu wachsen,
432 bestehende Strukturen auszubauen und zu stärken. Aus den letzten GRÜNE-JUGEND-
433 Kampagnen zur Europa- und Bundestagswahl konnten wir viel lernen. Damit die
434 Erkenntnisse und Erfahrungen nicht verloren gehen, wollen wir die
435 Landesvorstände in enger Zusammenarbeit unterstützen und
436 Vernetzungsmöglichkeiten zum Erfahrungsaustausch über kommunale Themen und
437 Kampagnen anbieten. Eine enge Zusammenarbeit aller Ebenen, vom Bundesvorstand
438 über die Landesvorstände bis zu den Ortsgruppen und der Kandidat*innen vor Ort
439 soll dabei helfen, voneinander zu lernen und Ressourcen zu bündeln.

440 **Bundestagswahlen 2021**

441 Für uns ist klar, dass sich unsere Gesellschaft radikal und grundlegend
442 verändern muss. Die Bundestagswahlen im übernächsten Jahr wollen wir nutzen,
443 um unsere Themen und Ideen in die Gesellschaft zu tragen und insbesondere junge
444 Menschen mit linker, grüner Politik zu begeistern. Damit dies gut gelingen
445 kann, wollen wir im nächsten Jahr mit der Vorbereitung beginnen. Aufbauend auf
446 der #weltaendern-Kampagne der letzten Bundestagswahl und der
447 #jugendaenderteuropa-Kampagne zur Europawahl soll eine detaillierte Auswertung
448 die Grundlage für eine eigenständige, dezentrale Kampagne schaffen.

449 Damit die konkrete Arbeit frühzeitig beginnen kann, sollen auf dem 54.
450 Bundeskongress die Grundlinien der Kampagne beschlossen, sowie ein Kampagnenteam
451 gewählt werden, das die Kampagne weiter ausarbeiten kann. Gemeinsam mit den
452 Landesverbänden wollen wir schon in diesem Jahr erarbeiten, wie sich der
453 Verband insgesamt auf die Bundestagswahl vorbereiten kann, so dass eine neue
454 Kampagne auf gestärkte Strukturen trifft und der Verband gemeinsam und
455 schlagkräftig nach außen wirken kann.

456 Bereits getroffene Vorbereitungen, beispielsweise im organisatorischen und
457 finanziellen Bereich, wollen wir aktuell halten, um bei vorgezogenen Neuwahlen
458 agieren zu können. Um möglichst gut darauf vorbereitet zu sein, halten wir die

459 politische Lage eng im Blick.

460 **Vernetzung junggrüner Mandatsträger*innen**

461 Die Erfolge der letzten Wahlen haben dafür gesorgt, dass wir auf allen Ebenen
462 junggrüne Mandatsträger*innen in den Parlamenten haben. Diese Entwicklung
463 bietet eine tolle Chance dafür, junge, linke und grüne Ideen direkt in die
464 Parlamente zu tragen und dort mit starken Stimmen zu vertreten.

465 Um verstärkt davon profitieren zu können, von den Erfahrungen der anderen zu
466 lernen und um für junggrüne Interessen an einem Strang zu ziehen, wollen wir
467 die Vernetzung der Mandatsträger*innen untereinander, auch über ihre
468 jeweiligen Ebenen hinaus, verstärken und eine enge Zusammenarbeit mit dem
469 Bundesvorstand weiter etablieren. Gemeinsam wollen wir hier, von den
470 Gemeinderäten bis ins Europaparlament, neue Formate und Wege finden. Nachdem
471 zwischen Mai 2019 und September 2020 in zwölf Ländern neue kommunale Gremien
472 gewählt wurden und werden, möchten wir im kommenden Jahr einen besonderen
473 Schwerpunkt darauf legen, gemeinsam mit den Landesverbänden
474 Vernetzungsstrukturen für junggrüne kommunale Mandatsträger*innen zu
475 entwickeln, die sowohl auf Bundesebene funktionieren, als auch die
476 Landesverbände bei ihrer Vernetzungsarbeit unterstützen.

477 **Internationales im Jahr 2020**

478 Unser Engagement hört nicht an der Grenze auf. Auch in Europa und in der ganzen
479 Welt wollen wir uns weiter vernetzen, gemeinsam gegen jegliche Diskriminierung
480 kämpfen und neue Perspektiven mit in den Verband bringen.

481
482 Zu Beginn des Jahres 2020 wollen wir zusammen mit dem Europaabgeordneten
483 Reinhard Bütikofer und dem Büro von Jamila Schäfer eine Kopenhagen-Fahrt für
484 junge Kommunalpolitiker*innen planen. Wir werden uns zusammen die
485 Fahrradinfrastruktur, Klimakonzepte und Energiekonzepte ansehen, uns austauschen
486 und Inspiration für unsere eigene Kommunalarbeit in den Gemeinderäten finden.

487 Ebenfalls wollen wir uns im Jahr 2020 um einen internationalen Austausch
488 bemühen, der nicht an den europäischen Grenzen Halt macht. Dafür wird das
489 nächste Jahr entscheidend in der Planung und Weiterentwicklung sein. Ein
490 mögliches Zielland, das wir besuchen möchten, ist Israel; zusammen mit Young
491 Meretz (einer uns nahestehenden Organisation) wollen wir diesen Austausch im
492 nächsten Jahr voranbringen und planen.

493 Ein weiteres Projekt, das bereits begonnen hat, ist European Match. Im Rahmen
494 dieses Programmes ermutigen wird Landesverbände und große Ortsgruppen oder
495 Ortsgruppenverbände, eine Regionenpartnerschaft zu einem Landesverband einer

496 anderen europäischen Region aufzunehmen. Dazu bietet das Internationale Team
497 Workshops und einen Reader zur Vorbereitung an. Ziel ist es, im Jahr 2020 vier
498 solcher Regionenpartnerschaften aufzubauen.

499 Das Internationale Team wird nach dem Bundeskongress von den Mitgliedern des
500 Bundesvorstandes zusammengestellt und dann vom Länderrat bestätigt. Ziel ist
501 es, die Arbeit im Internationalen Team projektbezogener durchzuführen, damit
502 mehr Menschen eingebunden werden können und eigenständiger mit Unterstützung
503 des*der Internationalen Sekretär*in arbeiten können.

504 **Bündnisse 2020**

505 Als GRÜNE JUGEND spielen wir eine Schlüsselrolle bei der Aufgabe, die Kämpfe
506 für echte Veränderung zusammen zu bringen: Wir sind das Scharnier zwischen
507 Partei und Bewegung. Auch 2020 werden wir alles geben, um den Einsatz für eine
508 gerechte Gesellschaft auf der Straße und in den Parlamenten gleichermaßen
509 voranzutreiben.

510 *Ende Gelände, Hambi bleibt, Sand im Getriebe* – und allen voran *Fridays for*
511 *Future*: Die Klimabewegung hat innerhalb des letzten Jahres mit nie dagewesener
512 Entschlossenheit Raum für echte Veränderung erkämpft, und die GRÜNE JUGEND
513 ist ein fester Bestandteil dieser Bewegung. Wenn Ende Gelände vom
514 29.11.–02.12. in die Lausitz ruft, werden wir da sein und alles tun, um die
515 Kraftwerke stillzulegen. Die nächsten Monate und Jahre entscheiden über unsere
516 Zukunft auf diesem Planeten, und so werden wir auch 2020 laut, wütend und
517 ungehorsam für Klimagerechtigkeit streiten – Seite an Seite mit
518 Klimaaktivist*innen auf der ganzen Welt. Und dabei haben wir gerade erst
519 angefangen: *By 2020 we rise up!*

520 Gleichzeitig beschränkt sich unser Einsatz für das gute Leben natürlich nicht
521 auf Klimafragen:

522 Im ganzen Bundesgebiet unterstützen wir *antifaschistische Bündnisse*, um uns
523 mit Rechtsruck und autoritärem Umbau anzulegen: Für die Liebe, für das Leben
524 – Nazis von der Straße fegen! Dazu gehen wir gegen den „Tag der deutschen
525 Zukunft“, alle Heßmärsche und die voraussichtlich am 3. Oktober
526 stattfindenden Nazi-Demos auf die Straße und arbeiten mit den Landesverbänden
527 daran, nachhaltig viele Aktivist*innen gegen Nazi-Demos auf die Straße zu
528 bekommen. Aufklärung über die extreme Rechte und die Mobilisierung zu
529 Gegendemonstrationen soll deswegen auch in unsere Öffentlichkeitsarbeit
530 einfließen. Alerta!

531 Wenn Antifeminist*innen unsere Rechte angreifen, bekommen sie beim „Marsch
532 für das Leben“ unseren entschlossenen Widerstand. Im *Bündnis für sexuelle*
533 *Selbstbestimmung* kämpfen wir für unser Recht am eigenen Körper. Solange uns

534 echte Gleichberechtigung verwehrt wird, müssen wir mehr werden: Der
535 Frauenkampftag (08. März) ist hierzulande noch in zu vielen Städten eine
536 Randerscheinung, während in anderen Ländern oft Massen mobilisiert werden. Wir
537 wollen versuchen, das mit neuen Schulterschlüssen und breiten Bündnissen zu
538 ändern und gemeinsam am Patriarchat zu sägen.

539 Warm anziehen können sich auch die Landesregierungen, die ihre Polizeigesetze
540 weiter verschärfen wollen. Dabei ist es egal, wer das Polizeigesetz
541 verschärfen will. Ob in Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, NRW oder Baden-
542 Württemberg, wir machen klar: Überwachung, Militarisierung und
543 Extremismustheorie haben in unserer Gesellschaft keinen Platz.

544 Gleichzeitig sind wir dabei, wenn sich neue Zusammenschlüsse bilden, etwa für
545 bezahlbare Mieten für alle oder das Jugendwahlrecht. Es gibt viel zu tun,
546 vielleicht mehr als jemals zuvor. Doch gemeinsam mit unseren Mitstreiter*innen
547 und euch allen können wir Gesellschaft verändern – und das werden wir auch.

A-3 B Ein neues Mitgliedermagazin für die GRÜNE JUGEND

Gremium: Bundesmitgliederversammlung
Beschlussdatum: 03.11.2019
Tagesordnungspunkt: A – Arbeitsprogramm

Antragstext

1 Im Rahmen des Perspektivenprozesses haben wir uns darauf verständigt, das
2 Format und die Zielsetzung unseres Mitgliedermagazins genauer auszuformulieren,
3 damit das neugebildete Redaktionsteam seine Arbeit aufnehmen kann. Besonders in
4 einem wachsenden Verband ist es unerlässlich, Debatten breit zu führen und
5 zugänglich zu machen – unser Mitgliedermagazin kann hierfür ein wichtiges
6 Instrument sein.

7 Das Redaktionsteam erhält die Aufgabe, ein Magazin zu entwickeln, das Debatten
8 innerhalb des Verbandes abbildet und voranbringt, Impulse setzt sowie zur
9 inhaltlichen Weiterbildung aller Mitglieder beiträgt. Als Instrument unserer
10 Bildungsarbeit soll unser Mitgliedermagazin zum Hinterfragen der
11 gesellschaftlichen Verhältnisse anregen und dazu beitragen, die eigenen
12 Positionen zu schärfen. Unser Magazin ist Teil unserer Bildungsstrategie und
13 soll möglichst viele unserer Aktivist*innen und Mitglieder erreichen. Darüber
14 hinaus ist es aber auch unser Ziel, mit unserem Magazin Ehemalige, Verbündete
15 und Interessierte anzusprechen, die anhand der Lektüre ebenfalls einen Einblick
16 erhalten können, welche Debatten die GRÜNE JUGEND gerade beschäftigen.

17 Die inhaltlichen Schwerpunktthemen des Mitgliedermagazins ergeben sich aus dem
18 Arbeitsprogramm für den Bundesverband, das jährlich auf dem Bundeskongress
19 beschlossen wird. Darüber werden die Mitglieder bei der Themenwahl
20 miteinbezogen. Das Magazin soll auch Platz dafür bieten, vielfältige
21 Ortsgruppenaktivitäten und tolle Aktionen vorzustellen.

22 Innerhalb des Redaktionsteams, das nach den Regelungen für Arbeitsbereiche
23 zusammengesetzt wird und im Winter seine Tätigkeit aufnimmt, können, um eine
24 bessere Strukturierung der Arbeit zu ermöglichen, Arbeitsgebiete unter den
25 Teammitgliedern vergeben werden. Darunter fallen etwa die Konzeptionierung der
26 jeweiligen Ausgabe, d. h. die Entwicklung eines roten Fadens für die
27 Gesamtausgabe auf Grundlage der inhaltlichen Beschlüsse der
28 Mitgliederversammlung, inklusive der Recherche zu konkreten Themen und
29 geeigneten internen wie externen Autor*innen, das Magazinmarketing oder die

30 Koordinierung des Layouts und Drucks. Teil der Redaktion wird auch ein Mitglied
31 des Bundesvorstandes sein, um eine Schnittstelle zwischen den Ebenen zu haben.
32 Die Redaktion wird nach ihrem Zusammenfinden bestmöglich auf ihre Arbeit
33 vorbereitet, was etwa, im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten, durch eine
34 Schulung erfolgen kann.

35 Das Mitgliedermagazin finanziert sich durch ein neu eingeführtes
36 Abonnementsystem. Es wird einerseits die Möglichkeit geben, sich das
37 Mitgliedermagazin per Post in Printform nach Hause liefern zu lassen. Für
38 Mitglieder wird es dafür einen möglichst niedrigen Freundschaftspreis geben,
39 für Externe werden die Kosten etwas höher sein. Angestrebt ist ferner auch ein
40 Verkauf am Rande unserer Großveranstaltungen und bei Interesse auch ein
41 Weiterverkauf über Landesverbände. Auch an Ortsgruppen kann das Angebot gehen,
42 einen gedruckten Satz des Magazins zur Verteilung an Mitglieder vor Ort
43 käuflich zu erwerben.

44 Wer Ressourcen sparen möchte, kann das Magazin per Mail in PDF-Form zugesandt
45 bekommen. Im Jahr 2020 ist diese Option für Mitglieder kostenlos. Damit das so
46 bleiben kann, setzen wir uns im kommenden Jahr damit auseinander, wie wir das
47 Magazin so finanzieren können, dass Mitglieder dieses grundsätzlich ohne
48 Zusatzkosten erhalten können und die langfristige Finanzierung des Magazins
49 sicherstellen. Außerdem soll das Redaktionsteam im Laufe des nächsten Jahres
50 evaluieren, wie ein zusätzliches Audioformat umsetzbar ist.

51 Nicht nur ein Abonnementsystem soll neu eingeführt werden, das
52 Mitgliedermagazin soll zusätzlich einen neuen, möglichst selbsterklärenden
53 Namen und das Design eine Aktualisierung erhalten.

54 Ziel ist es langfristig, dass die GRÜNE JUGEND ein gemeinsames
55 Mitgliedermagazin hat. Mit den Landesverbänden mit eigenem Magazin soll der
56 Dialog hierüber weitergeführt werden und die Möglichkeit einer Einlage
57 geprüft werden, die landesspezifisch mit eigenen, ergänzenden Inhalten
58 beigelegt werden könnte.

L-2 B Wasser-, Klima-, Artenschutz: für eine zukunftsfähige Landwirtschaft!

Gremium: Bundesmitgliederversammlung
Beschlussdatum: 03.11.2019
Tagesordnungspunkt: L – Landwirtschaft und Ökologie

Antragstext

1 Die Klimakrise stellt die Landwirtschaft vor enorme Herausforderungen:
2 erodierende Böden, sinkende Grundwasserspiegel, ganz allgemein
3 Ertragsausfälle. Gleichzeitig ist die industrielle Landwirtschaft
4 Mitverursacherin der Klimakrise und vieler weiterer Umweltprobleme:
5 Nitratbelastung des Grundwassers, Tierquälerei, Artensterben, Bodendegradation
6 und Erosion, Eutrophierung der Gewässer und weitere Umweltbelastungen entstehen
7 durch die Art, wie heute Lebensmittel produziert werden. Außerdem hat die
8 industrielle Landwirtschaft durch Tierhaltung und Tierernährung sowie durch
9 Produktion und Nutzung synthetischer Dünger massive Auswirkungen auf das Klima.
10 Die momentan wachsende Klimagerechtigkeitsbewegung muss darum
11 landwirtschaftliche Produktion in den Blick nehmen und Visionen für ein
12 klimaneutrales und gerechtes Ernährungssystem entwickeln! Ohne die
13 Landwirtschaft mitzudenken, können wir das 1,5-Grad-Ziel von Paris nicht
14 einhalten. Dieses Jahr gab es mit Free The Soil bereits eine große Aktion
15 zivilen Ungehorsams in Deutschland, die sich explizit gegen die industrielle
16 Landwirtschaft richtete. Dabei wurde eine Fabrik des Synthetikdüngerherstellers
17 YARA besetzt. Die GRÜNE JUGEND ist solidarisch mit den Aktivist*innen der
18 Klimagerechtigkeitsbewegung und von Free The Soil. Eine fehlgeleitete
19 Agrarpolitik und kapitalistische Wachstumszwänge sind verantwortlich dafür,
20 dass die heutige Nahrungsproduktion droht, unsere Lebensgrundlage zu zerstören.
21 Dabei wäre es möglich, die Menschheit zu ernähren, ohne Klima, Böden und
22 Ressourcen auszubeuten. Wir wollen ein System schaffen, das klimaschützende
23 Landwirtschaft zum Standard macht.

24 Wir wollen diese fehlgeleitete Agrarpolitik ändern. Wir stehen für eine
25 Agrarpolitik, die Menschen, Tier und Ökosysteme in den Mittelpunkt stellt, und
26 deshalb Landwirt*innen, Klima, Tiere, Böden und Grundwasser schützt, ohne
27 einen davon auf der Strecke zu lassen – denn eine zukunftsfähige
28 Landwirtschaft wird nur mit allen gelingen. Gemeinsam gegen die Klimakrise und
29 für Veränderung.

30 Das bedeutet: In der Landwirtschaft müssen Konzepte angewendet werden, die
31

32 sowohl CO² einsparen und binden – und damit positiv auf den Klimaschutz wirken
33 – als auch mit steigenden Temperaturen zurecht kommen. Die neuen Konzepte
34 müssen aber auch und gerade die Landwirt*innen ansprechen – ohne sie und ihre
35 Tatkraft wird der Wandel nicht gelingen. Wir müssen Jungbäuer*innen
36 Perspektiven aufzeigen anstatt steigender Schulden bei der Bank. Wir müssen
37 Landwirtschaft so fördern, dass Anreize geschaffen werden, das Klima zu
38 schützen und mit Tieren sorgsam umzugehen. Biodiversität darf nicht länger
39 ein nettes Fremdwort sein, für das sich nach dem Volksbegehren Artenvielfalt in
40 Bayern plötzlich alle einzusetzen scheinen. Artenvielfalt ist die Grundlage des
Lebens: sie muss zurück auf den Acker – und zwar schnell!

41 Die Probleme liegen seit langem auf der Hand. Die Kritik an der aktuellen
42 Agrarpolitik wurde bereits vielfach formuliert. Lösungen müssen jetzt auf den
43 Tisch. Denn die Klimakrise wartet nicht und es geht mit der Zukunft der
44 Landwirtschaft auch um unsere Zukunft.

45 **Landwirtschaft braucht Biodiversität**

46 Das massive Artensterben unserer Zeit ist, unter anderem, Folge verschiedener
47 Praktika in der Landwirtschaft und Folge der voranschreitenden Klimakrise, durch
48 die sich Umweltbedingungen rapide verändern und mit denen viele Arten nicht
49 zurecht kommen. In der Landwirtschaft sind vor allem die Überdüngung, die
50 Flurbereinigung und der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln schuld an der Abnahme
51 der Artenvielfalt.

52 Nährstoffarme Ökosysteme zeigen eine besonders hohe Vielfalt der Arten. Die in
53 der Landwirtschaft eingetragenen Nährstoffe bleiben aber nicht nur auf dem
54 Acker, sondern verteilen sich in der Umwelt und zerstören so diese Ökosysteme.
55 Dies zeigt sich beispielsweise an den eutrophierten (nährstoffangereicherten)
56 Gewässern, welche dadurch sauerstoffarm sind und nur noch Lebensraum für
57 wenige Tiere und Pflanzen bieten.

58 Auch durch den erhöhten Einsatz von Pestiziden wie z. B. Neonikotinoiden in
59 der Landwirtschaft gibt es eine starke Abnahme in der Biomasse und Artenvielfalt
60 von Insekten in Deutschland. Vor allem sind bestäubende Insekten stark in ihrem
61 Bestand gefährdet, dabei stellen sie eine sehr wichtige
62 Ökosystemdienstleistung dar, weil sie durch das Bestäuben von Blüten
63 elementar für den Anbau von landwirtschaftlichen Kulturpflanzen sind.

64 Durch alternative Konzepte wie der Permakultur und dem Agroforst kann man eine
65 Förderung der Artenvielfalt fördern, durch den Verzicht auf die
66 Flurbereinigung, Schaffung neuer Ökosysteme und den Verzicht auf
67 Pflanzenschutzmitteln (siehe Alternativen: Permakultur und Agroforst).

68 Daher fordern wir ein Verbot des Einsatzes von Insektiziden wie Neonikotinoiden,

69 welche tödlich für Bienen und weitere Insektenarten sind. Der Einsatz
70 ökologischer Alternativen, um Ernteauffälle durch Schädlinge vorzubeugen,
71 soll gefördert werden.

72 **Landwirtschaftliche Tierhaltung und Klimakrise**

73 Vor allem die industrielle Tierernährung und Tierhaltung steht immer wieder im
74 Fokus der Debatte um Landwirtschaft und Klimaschutz. Sie ist verantwortlich für
75 80 % der landwirtschaftlichen Treibhausgas-Emissionen. Der Anbau von vor allem
76 Soja und Weizen zur Futterproduktion sorgt für einen immer weiter ausufernden
77 Flächen- und Wasserverbrauch, Entwaldung und Landnutzungsänderungen, die sich
78 auf das Klima und auf die Artenvielfalt auswirken. Ein riesiger Anteil des
79 Potenzials der Böden als Kohlenstoffspeicher geht somit verloren. Bezieht man
80 die Auswirkungen von Landnutzungsänderungen auf das Klima mit ein, ist die
81 Nahrungsproduktion in Europa Ursache für ebenso viele Treibhausgas-Emissionen
82 wie alle anderen Sektoren zusammen. Tierproduktion ist keine effiziente Form der
83 Nahrungsmittelproduktion, denn nutzt man dieselben Flächen für direkte
84 Ernährung für Menschen, ist sehr viel weniger Land und Wasserverbrauch nötig,
85 um sehr viele Menschen mehr zu ernähren. Eine klima- und umweltfreundliche
86 Agrarwende muss daher mit einer drastischen Reduzierung der Tierhaltung und des
87 Konsums von Tierprodukten einhergehen.

88 Wir fordern die Reduzierung des Stickstoffeintrags und die flächengebundene
89 Tierhaltung mit Bioland-Standard von 1,6 Großvieheinheiten je Hektar bis 2030.

90 Eine Großvieheinheit (GV oder GVE) dient als Umrechnungsschlüssel zum
91 Vergleich verschiedener Nutztiere auf Basis ihres Lebendgewichtes. Eine
92 Großvieheinheit entspricht dabei 500 Kilogramm (etwa so viel wiegt etwa ein
93 ausgewachsenes Rind). Aktuell haben wir zum Beispiel in der Region Cloppenburg-
94 Vechta Viehbesatzdichten bis 8 GV/ha. Bis 2030 fordern wir eine
95 flächengebundene Tierhaltung mit Bioland-Standard von 1,6 Großvieheinheiten je
96 Hektar. Dies entspricht einer Fläche, von der die Tiere direkt ernährt werden
97 können und der Mist schonend und gleichzeitig anbaufördernd ausgebracht werden
98 kann.

99 Dies bildet die Grundlage für eine artgerechte Tierhaltung, einen gesunden
100 Boden und eine Absenkung des Nitratüberschusses. Es werden zwangsläufig die
101 Viehbestände und so auch die industrielle Massentierhaltung reduziert.

102 Zugleich setzen wir uns für einen Ausbau der Weidehaltung ein, welche
103 artgerecht und biodiversitätsfördernd ist. Diese Haltung muss über die
104 Einführung einer Weidetierprämie begünstigt werden.

105 **Mit Humusaufbau bringen wir das CO₂ unter die Erde**

106 Humus ist der abgestorbene organische Teil des Bodens. Diese organischen
107 Bestandteile des Bodens sind für die Versorgung der Pflanzen mit Nährstoffen
108 wichtig und als Wasserspeicher und Wasserfilter für unser Grundwasser
109 unabdingbar. Abgesehen davon beinhaltet der Humus den Großteil der Bodenlebens.

110 Dieser Humus wird in der industriellen Landwirtschaft durch Monokulturen und
111 falsche Anbauweisen abgebaut. Humus ist aber nicht nur die fruchtbarste der
112 Bodenschichten, sondern besteht aus im Boden gespeicherten Kohlenstoff. Ein
113 jährlicher Humusaufbau, der global gesehen jährlich vier Promille beträgt,
114 würde ausreichen, um alle neu hinzukommenden CO₂-Emissionen zu kompensieren.
115 Das bedeutet: eine regenerative, globale humusaufbauende Landwirtschaft könnte
116 einen Wendepunkt der Klimapolitik darstellen!

117 Humusaufbau ist also eine der wichtigsten Klimaschutzmaßnahmen, die die
118 Landwirtschaft leisten kann. Denn wo Humus aufgebaut wird, verschwindet CO₂ in
119 den Boden und kommt von dort bei guter Bewirtschaftung auch so schnell nicht
120 zurück in die Atmosphäre. Humusaufbau gelingt auf vielfältige Weise in Form
121 von regenerativer Landwirtschaft, wie Agroforstwirtschaft, Permakultur oder mit
122 entsprechenden Fruchtfolgen, die humusmehrend sind. Ein anderes Beispiel für
123 Humusaufbau ist die Weidetierhaltung. Hierdurch wird bei geeigneter
124 Bewirtschaftung zum einen die Bodenfruchtbarkeit erhöht, zum anderen stellen
125 lebendige Pflanzen-Wurzel-Netzwerke unter Grünland ein enormes Potenzial zur
126 Kohlenstoffspeicherung dar und bauen langfristig Humus im Boden auf. Die
127 Umstellung auf Weidetierhaltung und die Bewirtschaftung humusfördernder
128 Fruchtfolgen sind genau wie die Agroforstwirtschaft oder Permakultur von einer
129 entsprechenden Förderung mit staatlichen Mitteln abhängig. Sie dürfen nicht
130 wie momentan noch zum Teil von Agrarförderung und Forschung ausgeschlossen
131 werden.

132 **Gentechnik kann nicht die Lösung sein!**

133 Innerhalb der Gesellschaft, der GRÜNEN JUGEND und der Partei BÜNDNIS 90/DIE
134 GRÜNEN wird seit dem letzten Jahr wieder intensiv über die Anwendung
135 gentechnischer Verfahren in der Landwirtschaft („Grüne Gentechnik“)
136 diskutiert. Anlass dafür ist das Aufkommen neuer gentechnischer Methoden,
137 insbesondere CRISPR/Cas9, die daraus resultierenden theoretischen Möglichkeiten
138 und die enormen Herausforderungen, vor der die globale Landwirtschaft angesichts
139 der Klimakrise steht.

140 Wir lehnen bestimmte Verfahren nicht aus Prinzip ab, sondern finden es wichtig,
141 ihre Auswirkungen im politischen und gesellschaftlichen Kontext einzuordnen und
142 mögliche Vorteile und Risiken abzuwägen. Trotz der Schwierigkeit des
143 Nachweises handelt es sich auch bei CRISPR-Methoden um Gentechnik. Das EUGH-
144 Urteil vom 25.07.2018 stellte dies eindeutig klar. Die aktuelle Praxis der
145 Nutzung und des Vertriebs von Gentechnik führt zu erheblichen Risiken und

146 stärkt bestehende Machtkonzentrationen. Das zeigt sich an der in der
147 Landwirtschaft vorherrschende Realität. Über 99 Prozent der momentan
148 angebauten genmodifizierten Nutzpflanzen sind entweder gegen ein Herbizid
149 resistent, produzieren selbst ein Insektizid (BT-Pflanzen) oder tragen beide
150 Modifikationen in sich. Herstellung und Vertrieb dieser Pflanzen konzentrieren
151 sich auf wenige Großkonzerne. Die Pflanzen werden im industriellen Maßstab in
152 Monokulturen ohne jeglichen ökologischen Wert angebaut. Die größtenteils
153 gegen Glyphosat resistenten Pflanzen werden häufig mit einem Mittel behandelt,
154 welches die Artenvielfalt auf dem Acker mindert und inzwischen auch resistente
155 Unkräuter erzeugt, sodass der Einsatz weiterer Herbizide nötig ist.

156 Bei den neuen gentechnischen Methoden (Genome-Editing) zielen weniger als ein
157 Zehntel der marktorientierten Anwendungen auf eine Herbizid-Toleranz ab. Bis
158 jetzt sind die meisten Sorten an öffentlichen Universitäten entwickelt worden.
159 Doch auch hier besteht die Gefahr, dass große Konzerne die Technologie
160 einsetzen, um ihre Monopolstellung auszubauen. Die höhere Präzision dieser
161 Methoden ändert somit nichts an den umweltschädlichen Anbausystemen und an den
162 Konzern- und Vermarktungsstrukturen dahinter. Zusätzlich wird das Potenzial der
163 Technologie im Kontext des Klimawandels überhöht. Die verfügbaren Methoden
164 können einzelne Gene oder Gensequenzen verändern. Komplexe Eigenschaften, wie
165 Ertrag, Trockenheitsresistenz oder die Toleranz gegenüber höheren Salzgehalten
166 sind aber auf dem Pflanzengenom verteilt und nicht einfach durch einen einzigen
167 Genabschnitt kodiert. Moderne, konventionelle Züchtungsmethoden, wie die
168 markergestützte Selektion, sind dieser Aufgabe gewachsen, werden jedoch kaum
169 diskutiert. Außerdem wurden die Heilsversprechen wie das Ende des Welthungers
170 der konventionellen Gentechnik nicht erreicht. Auch wenn die Verfahren der neuen
171 Gentechnik im Labor jetzt schnell und präziser geworden sind, ist der Anbau
172 dieser Pflanzen auf dem Feld unter natürlichen Bedingungen das, woran die
173 konventionelle Gentechnik in vielen Feldern gescheitert ist und dieser Verlauf
174 ist auch für die neue Gentechnik wahrscheinlich. Außerdem betonen wir als
175 GRÜNE JUGEND, dass in offenen ökologischen Systemen eine Rückholbarkeit nicht
176 gegeben ist. Wir nehmen kommenden Generationen damit die Möglichkeit der
177 Gestaltung ihrer Umwelt. Außerdem können nicht alle Risiken abgeschätzt oder
178 vermindert werden, die in komplexen Ökosystemen entstehen können.

179 In der Abwägung von Chancen und Risiken und vor allem in Anbetracht der
180 Potenziale, die risikoärmere Maßnahmen, wie die regenerative Landwirtschaft
181 bieten, um die Klimakrise zu stoppen, kommen wir zum Schluss, dass auch bei der
182 Grünen Gentechnik die negativen Aspekte überwiegen. Das aktuell sichtbare
183 Potenzial der Technologie rechtfertigt keine zeitintensiven Bemühungen um eine
184 Änderung des Patent- und Sortenrechts, die notwendig wäre, um gentechnische
185 Methoden und Konzerninteressen voneinander zu entkoppeln. Wir fordern
186 stattdessen die Förderung der Agrarökologie, die sinnvolle Maßnahmen zur
187 Überwindung ökologischer und landwirtschaftlicher Probleme bereit hält. Der
188 Einsatz dieser gentechnischen Methoden ist nur Symptombekämpfung eines
189 kränkelnden landwirtschaftlichen Systems, das gegen die Natur wirtschaftet.

190 Deshalb brauchen wir eine Agrarwende und müssen auch die neue Gentechnik
191 weiterhin im Sinne des Vorsorgeprinzips regulieren.

192 **Unsere Alternativen: Agroforst und Permakultur**

193 In Anbetracht der häufigen und länger anhaltenden Extremwetterlagen sind
194 Alternativen zu den jetzigen, durch Rein- und Monokulturen geprägten Systemen
195 immer wichtiger. Die Anpassung an die sich verändernden Umweltbedingungen muss
196 schnell, nachhaltig und dauerhaft geschehen.

197 Für landwirtschaftliche Betriebe ist eine Möglichkeit der Einstieg in die
198 Agroforstwirtschaft. Agroforstwirtschaft meint die landwirtschaftliche Nutzung
199 von Flächen, die mit Gehölzen, also Bäumen und Sträuchern, bestanden sind.
200 Diese Strukturen sind durch die langjährigen (nichtexistenten)
201 Förderbedingungen und Flurbereinigungen weitgehend verschwunden.

202 Die Bäume sorgen für Wind- und Sonnenschutz, sie schaffen damit ein feuchteres
203 Klima, weniger stark erodierte Böden und bauen Humusschichten im Boden auf, die
204 als Kohlenstoffspeicher der Atmosphäre CO₂ entziehen. Von Agroforstwirtschaft
205 wird also zum einen der Ertrag der Ackerfrüchte durch nährstoffreichen und
206 feuchten Böden begünstigt und zum anderen der Klimaschutz durch die Bindung
207 von Kohlenstoff im Boden. Gleichzeitig lässt sich das Holz der Bäume als
208 Energieholz oder Wertholz verwerten und die Baumfrüchte wie Obst oder Nüsse
209 regional vermarkten. Durch diese zusätzlich erzeugten Produkte können sich
210 landwirtschaftliche Betriebe diversifizieren und sind weniger stark von einem
211 Produkt abhängig. Durch die neu entstehenden kleinräumigen Strukturen wird die
212 Biodiversität gefördert und Biotope können vernetzt werden.

213 Die GRÜNE JUGEND fordert die Förderung der Pflanzung von 100.000 ha Agroforst-
214 Flächen in den nächsten 5 Jahren. Die Risiken der Umstellung durch Förderung
215 von Pflanzmaterial, Arbeitsstunden und Ausgleichszahlungen abzufangen, ist
216 Grundvoraussetzung für das Gelingen klimaschützender und klimaangepasster
217 Agrarkonzepte wie der Agroforstwirtschaft.

218 **Permakultur endlich sinnvoll fördern und erforschen**

219 Wie das Wort Permakultur schon sagt handelt es sich um permanente
220 Landwirtschaftliche Systeme. Es wird mit und in der Natur und deren Vielfalt an
221 Nahrungs- und Lebensräumen gewirtschaftet, also auch achtsam und sparsam mit
222 Ressourcen gehandelt, indem der Natur nachempfundene Ökosysteme angebaut und
223 genutzt werden. Somit können die natürlichen positiven ökosystemischen
224 Wechselwirkungen, in kleinen stabilen Ökosystemen mit geschlossenen
225 Stoffkreisläufen, genutzt werden. Gleichzeitig begrenzt Permakultur sich dabei
226 nicht auf Landwirtschaft alleine. Die Erzeugung von landwirtschaftlichen Gütern

227 ist viel mehr als nur das. Das Prinzip der Permakultur ist ein ganzheitliches,
228 denn es werden ökologische, soziale und ökonomische Aspekte und deren Folgen
229 ganzheitlich betrachtet.

230 Das alles führt dazu, dass diese Art der Landwirtschaft großteils postfossil
231 ist, also mit kaum oder keinen Maschinen auskommt. Dieses System findet ohne
232 chemische Zusätze statt und hat nichts mehr mit von Monokulturen geprägter
233 Landwirtschaft gemeinsam. Dabei werden aber hohe Erträge produziert und
234 hummusemehrend, aber mit viel handarbeit gewirtschaftet.

235 An diesem und weiteren regenerativen landwirtschaftlichen Konzepte müssen
236 endlich auch in Deutschland stärker geforscht werden!

237 **Ohne Tierschutz keine Landwirtschaft!**

238 Landwirtschaft zum Wohle der Umwelt bedeutet neben dem Erhalt unserer
239 Lebensgrundlagen auch und gerade den Tieren, die in der Landwirtschaft als
240 Nutztiere gehalten werden, eine angemessene und schmerzfreie Lebensgrundlage und
241 Schlachtung zu bieten. Einige der oben skizzierten Maßnahmen tragen auch zu
242 weniger Tierleid bei. Beispielsweise bedeutet die Förderung von silvopastoralen
243 Agroforstsystemen (d. h. Bäumen auf Grünland), von Weidetierprämien und von
244 Flächenbindung ein Leben mit deutlich mehr Platz außerhalb von engen Ställen.
245 Wir müssen aber die positiven Nebeneffekte von Klimaschutzmaßnahmen um klare
246 Anforderungen an Tierschutz ergänzen.

247 Dass es der Bundesregierung nicht einmal gelungen ist, das Kastrieren von
248 Ferkeln nur unter Betäubung zuzulassen, ist ein Armutszeugnis deutscher
249 Tierschutzpolitik und offenbart den Stellenwert, den Tierschutz innerhalb der
250 Bundesregierung genießt. Die GRÜNE JUGEND fordert, dass derartige schmerzhaft
251 Eingriffe sofort eingestellt werden. Das gilt auch für das Verstümmeln von
252 Ringelschwänzen und Geflügelschnäbeln, das Schreddern von Küken und dem
253 Einsatz von Spaltenböden, sowie für Amputationen ohne tierärztliche
254 Anweisung.

255 Der Antibiotika-Einsatz in der industriellen Tierhaltung ist unverantwortlich.
256 Durch den massenhaften Einsatz auch von Reserveantibiotika ist neben der
257 tierischen auch die menschliche Gesundheit durch multiresistente Keime, die
258 inzwischen in immer mehr Grundwasserproben nachgewiesen werden können, akut
259 gefährdet. Antibiotika dürfen deshalb nicht länger nach dem
260 Gießkannenprinzip und prophylaktisch verfüttert werden, sondern lediglich dann
261 dem Futter zugeführt werden, wenn eine entsprechende individuelle Anordnung von
262 Veterinärmediziner*innen nach einer Behandlung vorliegt. Natürlich darf der
263 Tierschutz nicht unter dem reduzierten Einsatz von Antibiotika leiden.

264 Da die Ursache für den massenhaften Einsatz von Antibiotika in der
265 industriellen Tierhaltung selbst liegt, fordert die GRÜNE JUGEND einen
266 umfassenden Systemwechsel in der Tierhaltung ein. Ab 2030 muss der Bioland-
267 Standard von 1,6 sogenannten Großvieheinheiten eingehalten werden. Das
268 bedeutet einen radikalen Wechsel weg von nicht artgerechter Stallhaltung hin zu
269 Freiland- und Weidetierhaltung. Tiere, die auch den Winter über draußen
270 problemlos leben können - z. B. bestimmte Rinderrassen, sollen unbedingt ohne
271 Stall und ständig im Freien leben können. Tiere, denen dies nicht möglich
272 ist, müssen auch im Winter ausreichend Platz und Auslauf im Stall erhalten.
273 Eine Erhöhung des bisherigen Platzes, der jedem Tier in einem Stall zur
274 Verfügung steht, muss in den nächsten 5 Jahren verdreifacht werden.

275 Außerdem darf Tierwohl nicht länger in nationalen Grenzen und freiwilligen,
276 selbstauferlegten „Tierwohl-Labeln“ gedacht werden, sondern muss endlich
277 Thema auf europäischer und internationaler Ebene werden. Wer nicht nachweisen,
278 kann, dass die Tiere unter Bedingungen gehalten wurden, die den deutschen
279 Standards genügen, darf keine Tierprodukte in den deutschen Markt einführen
280 oder aus ihm ausführen. Ziel muss es sein, hohe Tierschutzstandards möglichst
281 schnell auf allen staatlichen Ebenen zu verankern.

282 Für großes Tierleid sorgt meist auch das Ende des Lebens in den
283 Schlachthöfen. Viel zu weite Strecken zu den Schlachthöfen, die am billigsten
284 schlachten, teilweise über Ländergrenzen hinweg, sorgen für massiven Stress
285 und Anstrengungen der Tiere, die mit Schmerz und Leid verbunden sind. Deshalb
286 fordert die GRÜNE JUGEND, die maximale Strecke, die für Schlachtungen
287 zurückgelegt werden darf, auf 50 Kilometer zu begrenzen. Weiterhin muss immer
288 der nächstgelegene Schlachthof in Anspruch genommen werden. Tiertransporte
289 sollten höchstens vier Stunden lang dauern dürfen, mit Be- und Entladung sechs
290 Stunden. Schlachthöfe dürfen nicht länger kommerzielle Tötungsanstalten
291 sein, sondern staatlich kontrollierte und geführte Betriebe, die nicht den
292 Profit, sondern eine weniger leidvolle Schlachtung an oberste Stelle setzen.
293 Deshalb fordert die GRÜNE JUGEND ein Förderprogramm des Bundes für
294 Schlachthöfe in kommunaler Hand ein, also den Aufbau einer flächendeckenden
295 Schlacht-Infrastruktur, die Tiertransporte auf ein Minimum verkürzt und
296 möglichst stressfreie Schlachtung in gemeindeeigenen Betrieben ermöglicht.
297

298 Insgesamt müssen die Tierschutzregeln in der Landwirtschaft deutlich
299 verschärft werden. Die GRÜNE JUGEND fordert daher, dass die Standards der EU-
300 Ökoverordnung zu Mindeststandards in der landwirtschaftlichen Tierhaltung
301 werden. Auch mobile und dezentrale Schlachtung, sodass vor Ort geschlachtet
302 werden kann, soll gefördert werden. Die Kontrollverfahren für die Einhaltung
303 des Tierschutzes und arbeitsrechtlicher Regeln an Schlachthöfen müssen besser
304 werden. Betäubungslose Schlachtung soll verboten werden. Verstöße gegen den
305 Tierschutz in der Landwirtschaft, bei Tiertransporten und auf Schlachthöfen
306 müssen konsequent verfolgt und bestraft werden.

307 Nur wenn Landwirt*innen von ihren Produkten gut leben können, kann nachhaltig
308 eine gute Haltung gewährleistet werden. Artgerechtere Haltung muss auch die
309 einzig wirtschaftlich attraktive sein. Leid darf sich finanziell nicht lohnen!
310 Entsprechend fordert die GRÜNE JUGEND, dass es seitens der Bundesregierung
311 nicht länger bei hübschen „Tierwohl“-Kampagnen bleibt, durch deren
312 „Tierwohl-Label“ Landwirt*innen möglicherweise für etwas bessere
313 Haltungsbedingungen etwas mehr Geld verdienen können. Es braucht konkrete
314 finanzielle Förderzusagen von staatlicher Seite für konkreten Tierschutz. Wer
315 Tiere besser hält, muss dafür gefördert werden – nicht nur von den
316 Konsument*innen mit Hilfe eines Labels, sondern konkret aus den EU-
317 Fördermitteln.

318 Die zunehmende vegane Lebensweise vieler Menschen begrüßen wir. Sie ist für
319 uns eine Bestärkung und Anlass für politisches Umdenken in der Förderung
320 landwirtschaftlicher Betriebe geben. Es macht weder aus Sicht des Tier- oder
321 Klimaschutzes Sinn, durch staatliche Förderung die bisherige Produktionsmenge
322 von Fleisch rentabel zu gestalten. Nur wer tierschonende und klimaschützende
323 Viehzucht betreibt, sollte Anspruch auf staatliche Förderung erhalten.
324 Industrielle Tierhaltung darf nicht länger staatlich gefördert werden.
325 Vielmehr müssen diese Fördergelder in den Umbau viehhaltener Betriebe hin zu
326 Ackerbaubetrieben investiert werden. Weiterhin müssen regionale sowie vegane
327 Lebensmittel besonders gefördert werden: durch Steuervorteile, durch Förderung
328 entsprechender Essensangebote in Kantinen und durch die Thematisierung
329 tierschonender und klimaschützender Ernährung in den Schulen sowie durch eine
330 verpflichtende Kennzeichnung entsprechender Lebensmittel.

331 **Umgestaltung der Förderkriterien**

332 Seit 1962 werden über die Gemeinsame Agrarpolitik der EU (GAP)
333 landwirtschaftliche Betriebe gefördert.

334 Die GAP ist mit fast 40% des Budgets der zweitgrößte Kostenpunkt im Haushalt
335 der EU und eine ihrer Kernzuständigkeiten. Seit dem Beginn der Förderpolitik
336 haben Bäuer*innenverbände und Agrarkonzerne großen Einfluss auf ihre
337 Ausgestaltung ausgeübt, sodass vor allem große Höfe und Agrobusiness von ihr
338 profitieren. In Deutschland erhalten zum Beispiel 1,7% aller Betriebe ein
339 Viertel aller Direktzahlungen. Dies hat maßgeblich zur Monopolisierung auf der
340 einen Seite und zum Höfesterben und der Marginalisierung bäuerlicher
341 Landwirtschaft auf der anderen Seite beigetragen. Umweltschäden werden also
342 durch die GAP nicht bekämpft, sondern herbeigeführt. Die früheren Export- und
343 heutigen Direktsubventionen verbilligen zudem die landwirtschaftliche
344 Produktion, sodass europäische Agrarprodukte auf den internationalen Märkten
345 die Preise nach unten drücken und für ein allgemeines Preis- und Lohndumping
346 in der Landwirtschaft sorgen. Durch die Subventionspolitik wird etwa Fleisch zum
347 Billigprodukt. Die massiven Umwelt- und Klimaauswirkungen der

348 landwirtschaftlichen Tierhaltung und Fleischproduktion werden im Preis nicht
349 abgebildet. In vielen Ländern des globalen Südens verloren Kleinbäuer*innen
350 durch Landraub ihre Lebensgrundlage, und lokale Ernährungssysteme wurden durch
351 Importe von stark subventionierten Lebensmitteln aus Europa zerstört. Auch in
352 Europa sorgen die Direktzahlungen der GAP für Landraub, da kleine Betriebe
353 aufgeben müssen, und Landwirtschaft durch die Subventionen für große
354 Investor*innen erst rentabel wurde. Dies alles ist aber keine Sackgasse und
355 keine Situation ohne Alternative. Wir fordern, dass die GAP ihrem Potential zur
356 Umgestaltung der Landwirtschaft in Europa gerecht wird. Der Schutz öffentlicher
357 Güter wie Wasser, Böden und Klima muss belohnt werden, während externe
358 Kosten, die durch zum Beispiel Pestizideinsatz oder industrielle Tierhaltung
359 entstehen, in den Preisen für Lebensmittel erkennbar sein müssen.

360 Die GAP besteht heute aus zwei Säulen: Als erste Säule, die die Stützung der
361 Märkte zum Ziel hat, werden die flächenbezogenen bzw. bei Tierhaltung
362 stückbezogenen Agrarsubventionen bezeichnet. Die zweite Säule beinhaltet
363 Förderprogramme zur ländlichen Entwicklung und Maßnahmen für den Umwelt- und
364 Naturschutz, wobei in der zweiten Säule deutlich weniger Mittel/Geld zur
365 Verfügung stehen.

366 Es gilt das Prinzip „wachsen oder weichen“. Die flächenbezogenen Prämien
367 fördern diese Entwicklung zu noch größeren Betrieben noch, statt mit ihr und
368 den zerstörerischen Folgen für den ländlichen Raum und die Umwelt zu brechen.

369 Wir fordern eine Umstrukturierung der GAP ab 2021. Die Direktzahlungen pro
370 Hektar fördern nur immer größere Betriebe und immer weitergehende
371 Intensivierung und Industrialisierung. Die GRÜNE JUGEND fordert daher für die
372 GAP ab 2021 die Abschaffung der Flächenprämie. Subventionen müssen
373 stattdessen an Leistungen im Bereich Umwelt- und Tierschutz geknüpft werden.
374 Möglich ist das beispielsweise durch ein Punktesystem wie es etwa die
375 Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft fordert. Die Exportorientierung
376 der Landwirtschaft in Europa muss zugunsten der Förderung regionaler Strukturen
377 und Versorgungssysteme beendet werden. Industrielle Tierhaltung darf
378 perspektivisch keine Subventionen mehr erhalten.

379 Auch langfristige Maßnahmen wie die Pflanzung von Gehölzen zur Schaffung von
380 Agroforstsystemen, Aufforstung von Mischwald sowie Pflanzung und Pflege von
381 Hecken soll dadurch unterstützt werden. Die Umstellung auf Ökolandbau muss
382 finanziell unterstützt und bürokratisch erleichtert werden.

383 Diese Maßnahmen müssen zur jetzigen Reform umgesetzt werden. Wir haben keine
384 Zeit, dass eine klima- und artenschützende Landwirtschaft erst in einem
385 Jahrzehnt bei einer weiteren GAP-Reform umgesetzt und honoriert wird. Die
386 momentan verhandelten Überbrückungsszenarien bieten die Chance, eine
387 ambitionierte Landwirtschaftspolitik als Ziel in die GAP zu setzen. Es ist noch

388 nicht zu spät. Wir müssen jetzt ambitioniert handeln und dürfen eine
389 Kehrtwende in der Agrarförderung nicht nach hinten verschieben! Dafür muss
390 sich auch die deutsche Bundesregierung innerhalb der Institutionen der EU
391 einsetzen.

392 Außerdem sehen wir es als Pflicht der Bundesländer an, die Möglichkeiten der
393 Umschichtung von der ersten auf die zweite Säule vollkommen auszuschöpfen.

394 **Unsere Vision: Ernährungssouveränität statt Agrarkapitalismus!**

395 Im Laufe des 20. Jahrhunderts stiegen die Erträge der Landwirtschaft in Europa
396 massiv an, da technische Innovationen, Spezialisierung, Automatisierung und der
397 Einsatz synthetischer Düngemittel dies möglich machten. Die erhöhten Erträge
398 ließen die Preise für Lebensmittel und damit die Einkommen kleiner Betriebe
399 weltweit dramatisch fallen. Die Überschüsse führten zur Exportorientierung
400 der europäischen Landwirtschaft und machten die industrielle Tierhaltung erst
401 rentabel.

402 Die intensive und industrielle Nahrungsproduktion wird immer wieder mit dem
403 Stichwort „Ernährungssicherheit“ gerechtfertigt.

404 Produktivitätssteigerungen der industriellen Landwirtschaft werden als
405 notwendig für die Welternährung dargestellt. Dabei wird heute schon über 1,5
406 mal so viel Nahrung produziert wie nötig wäre. Die Ursachen für Hunger und
407 Mangelernährung sind Armut und Verteilungsungerechtigkeit. Die Verwendung von
408 Millionen Hektar der begrenzten Ressource landwirtschaftlicher Flächen für
409 Tierfutter und Biokraftstoffe ergibt aus einer Perspektive der Welternährung
410 keinen Sinn, sondern folgt aus der Nachfrage des globalen Nordens nach Fleisch
411 und Kraftstoffen.

412 Unsere Vision ist eine Landwirtschaft, die statt Erträgen allein ganze
413 Ökosysteme sowie die Kontrolle der Bewirtschaftenden über die lokalen
414 natürlichen Ressourcen und die Art der Produktion in den Blick nimmt.
415 Agrarökologie als ein ganzheitliches, an die örtlichen Gegebenheiten
416 angepasstes System nachhaltiger Produktion ist ein wichtiger Teil davon. Ebenso
417 wichtig sind dezentrale und lokale statt globaler Versorgung, die gemeinsame und
418 öffentliche Nutzung von Technologien und Wissen, Zugang zu Land und Nahrung
419 unabhängig von Kaufkraft und vieles mehr. Dies alles lässt sich unter dem
420 Begriff der Ernährungssouveränität fassen. Er ist keine Utopie, sondern
421 Notwendigkeit!

422 Öffentliches Geld soll für öffentliche Güter, und nicht für die Zerstörung
423 unserer Lebensgrundlagen ausgegeben werden.

424 **Konkret fordern wir folgende Maßnahmen:**

- 425 • Wir bringen die Wälder auf die Felder: Förderung der Pflanzung von
426 100.000 ha Agroforst-Flächen in den nächsten 5 Jahren.

- 427 • Wir beenden die industrielle Tierhaltung mit der flächengebundenen
428 Tierhaltung und sparen dadurch massive Methanemissionen ein: Bioland-
429 Standard von 1,6 Großvieheinheiten bis 2030. Insgesamt müssen
430 Fleischproduktion und -konsum im Sinne von Klima- und Ressourcenschutz
431 drastisch reduziert werden. Dafür machen wir pflanzliche Ernährung
432 standardmäßig verfügbar in öffentlichen Kantinen, stellen sie
433 steuerlich besser und klären mit Bildungsarbeit über Umwelt- und
434 Klimafolgen von Tierproduktion und -konsum auf.

- 435 • Wir bringen das CO₂ unter die Äcker und unterstützen die Betriebe beim
436 Umbau ihrer Fruchtfolgen: Wir fördern den Humusaufbau in
437 landwirtschaftlichen Böden und von Flächen mit bereits hohem
438 Humusgehalt. Dies gelingt mit der Vorgabe einer standort- und
439 betriebsgerechten Mindestfruchtfolge, die auch humusmehrende Feldfrüchte
440 verwendet und der finanziellen Unterstützung bei der Umsetzung.

- 441 • Wir bringen das CO₂ unter die Weide: Wir fördern den Humusaufbau unter
442 Grünland durch die weidebasierte Tierhaltung und der Erhaltung lebendiger
443 Pflanzen-Wurzel-Netzwerke als Kohlenstoffspeicher und zur Erhöhung der
444 Bodenfruchtbarkeit.

- 445 • Wir stoppen die Freisetzung von klimaschädlichen Gasen durch
446 Überdüngung und schützen damit auch das Grundwasser: Reduzierung des
447 Stickstoffüberschusses im Boden, Verpflichtung zum vorrangigen Einsatz
448 von Wirtschaftsdüngern (z. B. Gülle) in der Ausbringung mit
449 anschließendem, gezielten und geregelten Mineraldüngereinsatz
450 (Kunstdünger) bis zu einer von den Landwirtschaftsämtern bodenabhängig
451 festgelegten und jährlich kontrollierten maximalen Stickstoffmenge in kg
452 je Hektar und Jahr bis 2025.

- 453 • Wir besteuern Treibhausgasemissionen in der Landwirtschaft und fördern
454 kurze Transportwege: Anwendung der CO₂-Bepreisung auch auf den Transport
455 in der Landwirtschaft.

- 456 • Wir dämmen die Lebensmittelverschwendung ein und beurteilen nach
457 Qualität, nicht nach Optik der Lebensmittel: Abgabe abgelaufener
458 Lebensmittel in gekennzeichneten Regalen (französisches Modell) und
459 Mindesthaltbarkeitsdatum durch Verzehrdatum ersetzen, sofortige
460 Novellierung der Handelsklassenordnung. Das sogenannte Containern soll
461 legalisiert werden.

- 462
- 463
- 464
- 465
- 466
- 467
- 468
- Wir machen aus Mist Energie und stoppen Maismonokulturen. Wir bauen die Biogasanlagen um, sodass bis 2030 100 % der energetischen Leistung durch die Vergärung von Wirtschaftsdüngern (z. B. Gülle) bzw. Reststoffen gewonnen wird. Dies dient der Förderung der ressourceneffizienten Kaskadennutzung zur Energiegewinnung in Biogasanlagen. Ausnahmen: humusmehrende Pflanzen wie Klee gras, die in der Fruchtfolge benötigt werden, aber keine andere Verwertung im Ackerbau zulassen.
- 469
- 470
- 471
- 472
- 473
- 474
- 475
- 476
- 477
- 478
- Wir fördern Klimaschutz statt Hektar und entlasten die Landwirt*innen bei der Beantragung von Fördermitteln: Wir ersetzen die Flächenprämien durch eine leistungsgebundene Förderung von Umwelt- und Naturschutzleistungen mit langfristig wirkenden Maßnahmen wie Agroforstpflanzung, Mischwald-Aufforstung, Pflanzung und Pflege von Hecken und anderen Landschaftselementen. Wir unterstützen Landwirt*innen, die den Klimaschutz voranbringen wollen und bauen die Förder-Bürokratie um hin zu den Bedürfnissen engagierter Landwirt*innen. Das muss mit der Einführung der neuen Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP) 2021 geschehen.
- 479
- 480
- 481
- 482
- 483
- Wir retten die Moore als natürliche Klimaschützer: Renaturierung und Wiedervernässung der Moore als einer der größten Kohlenstoffspeicher der Erde und Beendigung der landwirtschaftlichen Nutzung von Mooren bis 2030 mit entsprechenden Entschädigungszahlungen an die Landwirt*innen. Ausgenommen ist die CO₂-neutrale Nutzung, z. B. durch Paludikulturen.
- 484
- 485
- 486
- 487
- 488
- Wir machen Tierschutz zur zentralen Aufgabe der Landwirtschaft, verbieten grundlose schmerzhaft e Behandlungen von Tieren, beenden die industrielle Tierhaltung und setzen stattdessen auf Weidetierhaltung sowie eine damit verbundene drastische Reduktion der Anzahl gehaltener Tiere und die Förderung veganer Ernährung.

Begründung

erfolgt mündlich

L-3 B Perspektiven für eine gerechte Landwirtschaft!

Gremium: Bundesmitgliederversammlung
Beschlussdatum: 03.11.2019
Tagesordnungspunkt: L – Landwirtschaft und Ökologie

Antragstext

1 Die konventionelle Landwirtschaft steht vor der Herausforderung, sich fit für
2 die Zukunft zu machen. Den Weg der Industrialisierung ihrer ursprünglich
3 kleinbäuerlichen Betriebe, der vielen Landwirt*innen durch die Förderpolitik
4 von EU und Bundesregierung zu Recht wirtschaftlich rentabel erschien, steht
5 quasi vor dem Aus. Der Preis von Lebensmitteln ist in den letzten Jahren und
6 Jahrzehnten ins Bodenlose gefallen und Großinvestitionen, die für die
7 Erhöhung der Erträge getätigt wurden, haben nicht zu den versprochenen
8 Mehreinnahmen geführt. Denn gegen große Investoren, die in der Bewirtschaftung
9 von Ackerflächen nichts weiter als eine Geldanlage sehen, hat kaum ein kleiner
10 landwirtschaftlicher Betrieb eine Chance. Aber genau die gilt es zu stärken und
11 sich dem Höfesterben im ländlichen Raum entschieden entgegenzustellen. Die
12 Landwirtschaft sichert unsere Ernährungssouveränität; wir sollten sie also
13 auf möglichst viele breite Schultern verteilen anstatt sie der Spekulation mit
14 Bodenpreisen auszusetzen. Um das Höfesterben aufzuhalten, gilt es nun v. a.
15 Perspektiven an die jungen Generationen in der Landwirtschaft aufzuzeigen. Der
16 schlechte Ruf der Landwirtschaft, die Risiken der Klimakrise und der Kredit bei
17 der Bank, der notwendig wäre, um im derzeitigen landwirtschaftlichen System
18 wettbewerbsfähig zu bleiben, sind nur der Anfang einer langen Reihe von
19 Problemen, denen sich Jungbäuer*innen gegenübersehen.

20 Als Gesellschaft sind wir die Profiteur*innen einer ökologischen,
21 klimastandhaften, tierschützenden und artenreichen Landwirtschaft. Wir müssen
22 also auch unseren Beitrag dafür leisten, den Wechsel hin zu eben diesen
23 Ansprüchen an landwirtschaftliche Betriebe sozial gerecht und lohnenswert für
24 die Landwirt*innen zu gestalten.

Höfesterben bekämpfen - Perspektiven schaffen

26 Für die Erzeugung hochwertiger Lebensmittel, die nach ökologischen Standards
27 in der Region und damit mit kurzen Transportwegen, also auch klimafreundlich und
28 letztlich für die Konsument*innen als solche kontrollierbar, hergestellt
29 werden, braucht es Perspektiven für die kleinbäuerliche Landwirtschaft in

30 Deutschland und Europa. Kleinbäuerliche Landwirtschaft muss besonders
31 gefördert werden, indem man Förderkriterien so umbaut, dass sie kleinen
32 Betrieben besonders zu Gute kommen. Die flächengebundene Förderung aus der
33 ersten Fördersäule der Europäischen Union spielt vor allem den großen
34 Grundbesitzer*innen in die Hände. Deshalb setzen wir uns für eine
35 leistungsgebundene Förderung ein, die kleine Betriebe beim Umbau hin zu
36 Qualität statt Masse unterstützt, sodass später im Verkauf für regionale und
37 ökologische Produkte eine höherer Preis erzielt werden kann. Außerdem braucht
38 es Unterstützung für die Übernahme eines Hofes für Jungbäuer*innen. Der
39 Staat muss hier als günstiger Kreditgeber auftreten und die Aussicht darauf
40 stellen, auf Anteile des Kredites später zu verzichten, wenn die Zukunft des
41 Betriebes gesichert ist und landwirtschaftliche Konzepte umgesetzt wurden, die
42 ökologisch sinnvoll sind und Klimawandel- und Artensterben entgegenwirken.

43 **Saisonarbeit regulieren**

44 Jährlich kommen 315.000 Saisonarbeiter*innen aus dem europäischen Ausland nach
45 Deutschland zum Arbeiten in der Landwirtschaft. Diese Zahl entspricht etwa 60
46 Prozent der Menschen, die in Deutschland in der Landwirtschaft beschäftigt
47 werden. Zu den Tätigkeiten zählen v. a. das Stechen von Spargel sowie das
48 Ernten von Obst und Erdbeeren, aber auch die Arbeit in Schlachtbetrieben. Die
49 Arbeiter*innen kommen v. a. aus Polen, Bulgarien und Rumänien, zum Teil aber
50 auch aus Kroatien, Ungarn, Serbien und seit neuestem auch aus der Ukraine. Die
51 großen Lohnunterschiede innerhalb der Europäischen Union ermöglichen dabei,
52 dass häufig zu menschenunwürdigen Bedingungen und niedrigsten Löhnen
53 gearbeitet wird, weil die Saisonarbeitskräfte häufig bereit sind, schlechte
54 Lebens- und Arbeitsbedingungen in Kauf zu nehmen. Wir als GRÜNE JUGEND wollen
55 diese Menschen aber nicht länger alleine lassen, sondern machen uns für ihre
56 Rechte und Ansprüche auf soziale und hygienische Arbeitsbedingungen stark. Es
57 darf keine Arbeiter*innen zweiter Klasse geben. Die Probleme liegen v. a. in
58 nicht vorhandenen schriftlichen Arbeitsverträgen, in der intransparenten
59 Aufzeichnung von Arbeitszeit und Lohn, den unklaren Gehaltsabzügen für Essen
60 und Unterkunft sowie im fehlenden Arbeits- und Gesundheitsschutz. Diese Probleme
61 sind politisch lösbar. Deshalb setzen wir uns für die Schaffung eines
62 flächendeckenden kostenlosen Beratungsangebotes für Saisonarbeitskräfte ein.
63 Außerdem muss die aufsuchende Arbeit stärker gefördert werden, um gerade die
64 mobilen Beschäftigten im ländlichen Raum erreichen zu können. Zwischen den
65 Beratungsstellen und den staatlichen Behörden, die die Zahlung des Mindestlohns
66 kontrollieren, muss ein viel engerer Austausch stattfinden, und die Umgehung des
67 Mindestlohns muss umgehend geahndet werden. Dafür muss allen Beschäftigten ab
68 dem ersten Arbeitstag ein Arbeitsvertrag in der Herkunftssprache ausgehändigt
69 werden. Außerdem muss der Lohnzettel transparent ausgefüllt und den
70 Arbeitskräften einmal monatlich ausgehändigt werden, nicht erst am Ende der
71 Saison. Kontrollierende Behörden müssen endlich grenzüberschreitend
72 zusammenarbeiten und auch die Beratungsstellen verschiedener Länder eine
73 gemeinsame europäische Strategie für die soziale Absicherung von

74 Saisonarbeitskräften entwickeln. Diese Strategie muss umgehend in die
75 gemeinsame Agrarpolitik der EU (GAP) aufgenommen und in ihren Förderkriterien
76 verankert werden: Wer nicht gemäß europäischen Vorschriften legal
77 beschäftigt, bekommt auch keine Direktzahlungen mehr. Außerdem müssen die
78 Arbeitgeber*innen verpflichtet werden, die geltenden Arbeitsrechte den
79 Arbeiter*innen in ihrer Herkunftssprache zugänglich zu machen und sie in ihren
80 Rechten zu belehren.

81 **Arbeitsrechte in der Landwirtschaft 4.0 sichern**

82 Die Digitalisierung und Mechanisierung in der Landwirtschaft hat das Potenzial,
83 anstrengende körperliche Arbeit, die bislang gering entlohnt wird und kaum bis
84 zum Ende des Arbeitslebens geleistet werden kann, durch moderne Technik auf
85 Maschinen automatisiert zu übertragen und dem Menschen nicht länger monotone
86 Arbeitsschritte zuzumuten. Im Gegenteil verbessert die Fortbildung von
87 Fachkräften hin zu digitalen Fachkräften deren Qualifikation und damit auch
88 ihr Gehalt. Das passiert aber keinesfalls von selbst; der Staat muss
89 entsprechende Fortbildungen finanzieren und ermöglichen und dabei auch klar die
90 Rechte der Arbeitnehmer*innen in den Mittelpunkt stellen. Digitalisierung darf
91 nicht zur Mehrbelastung von Arbeitnehmer*innen mit digitaler Arbeit führen,
92 ohne dass die analoge Arbeit abnimmt. Die Digitalisierung sollte als Chance für
93 Arbeits- und Gesundheitsschutz in der Landwirtschaft betrachtet werden;
94 gleichzeitig muss aber auch immer klar sein, dass die Digitalisierung und
95 Maschinisierung nicht zu Lasten von Klima- und Artenschutz stattfinden kann,
96 indem immer größere Maschinen mit immer mehr Gewicht zu einer immer stärkeren
97 Belastung der Böden führen. Die Landwirtschaft 4.0 stellt Chance und Risiko
98 für Beschäftigte und Natur gleichermaßen dar. Deshalb muss sie jetzt
99 politisch angegangen und diskutiert werden.

100 Moderne Landwirtschaft ist nämlich das, was man daraus macht. Die Solidarische
101 Landwirtschaft (SoLaWi) ist eine Organisationsform der Landwirtschaft, bei der
102 eine Gruppe von Verbraucher*innen mit einem oder mehreren Landwirt*innen
103 kooperiert und die als positives Vorbild dienen kann. Die Verbraucher*innen
104 geben eine Abnahmegarantie für die Produktion und erhalten im Gegenzug
105 Einblick/Einfluss auf die Produktion. In der Regel zahlt jede*r Verbraucher*in
106 einen festen monatlichen Betrag. Dabei ist der*die Landwirt*in abgesichert und
107 im Fall eines Ernteausfalls, dessen Auftreten mit den Folgen der Klimakrise
108 zunimmt, nicht in ihrer*seiner Existenz bedroht. Genau diese Form
109 gemeinschaftlicher Verantwortung für die soziale Absicherung von Landwirt*innen
110 und die Transparenz für Verbraucher*innen über die konsumierten Lebensmittel
111 wollen wir viel stärker unterstützen und sehen in ihr großes Potenzial als
112 zukunftsfähiges landwirtschaftliches Konzept. Die GRÜNE JUGEND macht sich für
113 mehr Räume in den Städten für Solidarische Landwirtschaft ein. Denn anders
114 als Lebensmittelketten stehen der Solidarischen Landwirtschaft kaum leistbare
115 Räume für Abgabe und Verkauf der erzeugten Lebensmittel zur Verfügung. Diese
116 Räume wollen wir mit staatlichen Mitteln fördern und in Kooperation mit den

117 Kommunen den Genossenschaften zur Verfügung stellen.

118 **Bürokratieabbau voranbringen**

119 Wir setzen uns für eine Reform der Förder-Bürokratie mit der Einführungen
120 der neuen GAP im Jahr 2020 ein – denn diese ist mehr als überfällig.
121 Landwirtinnen und Landwirten zuzumuten, für vorbildliche ökologische und
122 klimaschützende Landwirtschaft vom Blühstreifen über Lerchenfenster bis hin
123 zur Pflanzung von Bäumen, in ihrer auch so schon geringen Freizeit eine
124 derartige Bürokratie mit unzähligen Formularen auf sich nehmen zu müssen, ist
125 nicht länger tragbar. Auch angesichts der Dringlichkeit der Umsetzung
126 zukunftsfähiger landwirtschaftlicher Konzepte ist das alles andere als
127 sinnvoll.

128 Künftig müssen landwirtschaftliche Betriebe nach umfangreicher kostenloser
129 Beratung ihre Vorhaben lediglich noch bei den zuständigen Stellen anmelden
130 müssen – den Papierkram erledigt dann die Behörde. Denn zu
131 leistungsgebundener Förderung zählt nicht nur die Leistung der Landwirtinnen
132 und Landwirte, sondern auch die Leistung des Staates, die für den Erfolg der
133 Förderprojekte unabdingbar ist. Dafür brauchen die Landwirtschaftsämter
134 endlich das notwendige Personal, um die Förder-Bürokratie im Sinne einer
135 ökologischen Landwirtschaft und gleichermaßen im Sinne der Landwirt*innen
136 erledigen zu können. Ohne eine wirksame, zugleich aber auch maßvolle Kontrolle
137 können keine öffentlichen Mittel fließen. Denn öffentliches Geld gibt es nur
138 für öffentliche Leistungen.

139 **Regionalität und Infrastruktur fördern**

140 Die landwirtschaftlichen Betriebe müssen, um tier- und umweltgerecht sowie
141 nachhaltig handeln zu können, auf eine gute, lokale Infrastruktur
142 zurückgreifen können. Kurze Transportwege und eine lokale Vermarktung fördern
143 die Wertschöpfung vor Ort und halten die Transportemissionen so gering wie
144 möglich. Regionale Wirtschaftskreisläufe bieten zusätzlich Perspektive für
145 viele Arbeitsplätze und soziale Strukturen im ländlichen Raum. Es müssen
146 ebenfalls lokale Absatzmöglichkeiten für die Rohstoffe aus den Fruchtfolgen,
147 wie beispielsweise Hanf und Ackerbohnen, gewährleistet werden.

148 Um Regionalität wieder mehr Aussagekraft zu ermöglichen, setzen wir uns für
149 ein Regionalitätssiegel ein, das vom Futter/Dünger bis zum Endprodukt alle
150 Erzeugungsschritte berücksichtigt und honoriert. Zurückgelegte Kilometer und
151 der dadurch erzeugte CO₂-Ausstoß stellen dabei die Klimabilanz des jeweiligen
152 Produktes dar.

153 Um regional erzeugte Lebensmittel auch zu regional erzeugten Endprodukten

154 fertigen zu können und nicht noch für die letzten Arbeitsschritte hunderte
155 oder tausende Kilometer fahren zu lassen, müssen wir regionale Infrastruktur
156 fördern: Beispielsweise gehen lokale Mälzereien, Mühlen, Molkereien,
157 Metzgereien oder das Backhandwerk vielerorts zurück, ihre Produkte werden an
158 zentralen Orten möglichst günstig produziert. Das schadet aber dem regionalen
159 Wirtschaftskreislauf wie auch dem Klima. Deshalb fordert die GRÜNE JUGEND, aus
160 Bundes- und Landesmitteln ein Förderprogramm für regionale Lebensmittel-
161 Infrastrukturprojekte ins Leben zu rufen, mit dem Regionalität für den
162 ländlichen Raum, das Klima und mit Blick auf regionale Schlachthöfe auch das
163 Tierwohl vorangebracht wird.

164 **Weiterbildung und Ausbildung in der Landwirtschaft**

165 Die Bildung im landwirtschaftlichen Bereich ist ein Schlüsselpunkt, denn nur
166 durch Eigenermächtigung kann konsequent nachhaltig gehandelt und bewirtschaftet
167 werden. Es müssen in der Lehre und im Studium konventionelle und ökologische
168 Praktiken gelehrt werden, um die eigenständige Umstellung von Betrieben zu
169 erleichtern.

170 Das Angebot an Weiterbildungsmaßnahmen muss stark ausgeweitet werden und vor
171 Ort verfügbar sein. Anpassung an den Klimawandel, Tierwohl, nachhaltige und
172 langfristige Betriebswirtschaft und Boden sind die Hauptschwerpunkte, auf die
173 sich die Bildungsprogramme im konventionellen und ökologischen Bereich
174 konzentrieren sollen. Fächer wie Bodenbiologie, -physik und -chemie müssen
175 umfassender gelehrt werden – sowohl in der universitären Ausbildung an den
176 Hochschulen, als auch in der landwirtschaftlichen Ausbildung. Der Ökolandbau
177 muss in vollem Umfang in die Lehre an Hochschulen und in die landwirtschaftliche
178 Ausbildung aufgenommen werden. Darüber hinaus sollen sowohl ökologische als
179 auch konventionelle Ansätze an alle Lernenden vermittelt werden, um Platz für
180 Diskurs und Wissensaustausch zu bieten. Dafür muss auch die Forschung im
181 Bereich klimapositiver und klimaresilienter Landwirtschaft stark ausgebaut und
182 entsprechend staatlich gefördert werden.

183 Die Bäuer*innen sind diejenigen, die die Nahrung produzieren, die Landschaft
184 gestalten, und Klima und Biodiversität schützen können. Diese wichtige Rolle
185 muss Anerkennung finden. Wir stehen Seite an Seite mit denen, die sich für
186 Arten- und Klimaschutz einsetzen. Gleichzeitig muss der Beruf der Landwirt*innen
187 attraktiver gemacht werden. Die künftigen Änderungen können nur mit
188 Sachverstand umgesetzt werden. Das Bild der Landwirt*innen muss sich in der
189 Öffentlichkeit ändern und dafür wollen wir uns auch einsetzen. Um
190 Attraktivität des Berufsfeldes zu steigern, müssen sich aber auch Bedingungen
191 ändern, die hier beschrieben werden.

192 **Fairer Handel statt Mercosur-Freihandelsabkommen**

193 Freihandelsabkommen sind derzeit fester Bestandteil der Außenpolitik der
194 Europäischen Union. Oft sind, wie beispielsweise bei Mercosur oder TTIP, auch
195 landwirtschaftliche Güter Teil dieses geplanten Freihandels. Landwirtschaft ist
196 aber vor allem global sehr unterschiedlich organisiert und strukturiert.
197 Außerdem findet die Einfuhr landwirtschaftlicher Güter, wenn diese aus
198 Schwellen- und Industrienationen kommen, meist aus industrieller Landwirtschaft
199 statt. Diese Landwirt*innen sind oft viel weniger strengen Reglementierungen
200 unterworfen und betreiben eine klimaschädlichere Landwirtschaft als die
201 europäischen Bäuer*innen. Vor allem der günstige Preis der importierten
202 Güter, die zu Lasten des Klimas entstehen, kann kleinstrukturierte, bäuerliche
203 und ökologische Landwirtschaft stark unter Druck setzen. Außerdem kann das
204 dazu führen, dass sich auch in Europa eine industrielle und ökologisch
205 schädliche Landwirtschaft weiter durchsetzt, da nur diese dem neu erstarkten
206 Preisdruck durch die billige Importware standhält. Mit dem Freihandelsabkommen
207 Mercosur mit den Staaten Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay soll die
208 weltweit größte Freihandelszone geschaffen werden. Auch hier sind
209 landwirtschaftliche Güter betroffen.

210 Es sollen 99.000 Tonnen Rindfleisch und 25.000 Tonnen Schweinefleisch zu einem
211 sehr niedrigen Zollsatz und 180.000 Tonnen Geflügel und Reis, Honig,
212 Zuckermais, Käse, usw. Zollfrei nach Europa importiert werden. Diese Produkte
213 werden mit extrem hohem Spritzmitteleinsatz und in Monokulturen angebaut und
214 gleichzeitig der Regenwald gerodet. Die Importmengen von beispielsweise
215 Rindfleisch werden die klima positive und artgerechte Tierhaltung EU-
216 Mutterkuhhaltung/Weidehaltung extrem unter Druck setzen. Dabei ist dies die
217 Haltung, die Artenschutz unterstützt und Humus aufbaut.

218 Wir müssen den globalen Anbau und Transport von Fleisch drastisch reduzieren.
219 Freihandelsabkommen wie Mercosur sind dazu absolut nicht förderlich und in
220 Zeiten des Klimawandels und eines brennenden Regenwalds nicht vertretbar! Ein
221 Freihandelsabkommen, das bäuerlicher und klimaschonender Landwirtschaft im Wege
222 steht darf nicht durch Deutschland befürwortet und beschlossen werden. Wenn
223 Klimaschutz betrieben werden soll, muss die Landwirtschaft mitgedacht werden und
224 dem Mercosur-Abkommen in dieser Form darf nicht zugestimmt werden.

225 **Konkret fordern wir:**

- 226 1. Wir gehen gegen das Höfesterben vor, indem wir Jungbäuer*innen und die
227 kleinbäuerliche Landwirtschaft finanziell unterstützen.

- 228 2. Wir setzen uns für die Rechte von Saisonarbeitskräften ein und beenden
229 die prekären Arbeitsverhältnisse auf Feldern und in Schlachtbetrieben.

- 230 3. Wir sehen in der Landwirtschaft 4.0 sowohl Chance als auch Risiko. Wir
231 wollen Arbeitnehmer*innen in der Landwirtschaft harte körperliche Arbeit
232 erleichtern, gleichzeitig aber auch ihre Rechte schützen und den
233 digitalen Umbau für mehr soziale Teilhabe, den Klima- und den Artenschutz
234 nutzen.
- 235 4. Wir fördern Klimaschutz statt Hektar und entlasten die Landwirt*innen bei
236 der Beantragung von Fördermitteln: Wir ersetzen die Flächenprämien
237 durch eine leistungsgebundene Förderung von Umwelt- und
238 Naturschutzleistungen mit langfristig wirkenden Maßnahmen wie
239 Agroforstpflanzung, Mischwald-Aufforstung, Pflanzung und Pflege von Hecken
240 und anderen Landschaftselementen. Wir unterstützen Landwirt*innen, die
241 den Klimaschutz voranbringen wollen und bauen die Förder-Bürokratie um
242 hin zu den Bedürfnissen engagierter Landwirt*innen. Das muss mit der
243 Einführung der neuen Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP) 2020 geschehen
- 244 5. Wir bringen den Klimaschutz in die Ausbildung: Maßnahmen des
245 Klimaschutzes und der Klimaanpassung in die landwirtschaftliche Aus- und
246 Weiterbildung aufnehmen, z. B. durch vertiefende Lehre in der
247 Bodenbiologie; Ökolandbau in vollem Umfang in die Lehre an Hochschulen
248 und in die landwirtschaftliche Ausbildung aufnehmen und Forschung an
249 klimapositiver Landwirtschaft fördern.
- 250 6. Wir bringen die Landwirtschaft in die Lehrpläne: Aufnahme
251 landwirtschaftlicher Bildung in die Lehrpläne der Sekundarstufe I bis
252 2025 im Rahmen einer umfassenden Klima- und Umweltbildung.
- 253 7. Die Ablehnung des Mercosur-Freihandelsabkommens.

L-5 B Das 1,5 Grad-Ziel von Paris endlich umsetzen! Für effektiven Klimaschutz und Sektorkopplung.

Gremium: Bundesmitgliederversammlung
Beschlussdatum: 03.11.2019
Tagesordnungspunkt: L – Landwirtschaft und Ökologie

Antragstext

1 **Klimaziele müssen endlich an den Pariser Klimavertrag**
2 **angepasst werden**

3 Seit Jahren bekämpft die Große Koalition die Energiewende. Sie deckelt und
4 bremst den Ausbau erneuerbarer Energien im Strombereich massiv und schafft es
5 bis heute nicht, die Nutzung von Überschussstrom für die Wärme- und
6 Verkehrswende zu ermöglichen. Allein im Jahr 2017 gingen 27.000 Arbeitsplätze
7 in der Windenergiebranche verloren – so viele Menschen, wie in der
8 Kohlebranche arbeiten. Dieses Jahr gingen jeden Freitag weltweit Schüler*innen
9 auf die Straße, um für eine bessere Klimapolitik zu streiken. Die
10 Vertreter*innen der Großen Koalition sagen uns: Ihr könnt wieder nach Hause
11 gehen, wir haben verstanden. Gleichzeitig haben sie dafür gesorgt, dass in
12 diesem Jahr der Ausbau an Windkraftanlagen um 82% zusammengebrochen ist. Die
13 Solarindustrie in Deutschland ist schon unter Schwarz-Gelb zerstört worden –
14 das gleiche Schicksal soll nun offenbar die Windbranche ereilen. Und all das,
15 während die Klimakrise immer drängender wird, wo wir selbst in Deutschland
16 jetzt schon Rekorddürren erleben. Unser Haus steht in Flammen und die Feuerwehr
17 darf nicht löschen.

18 Wir fordern dagegen: 100 % Erneuerbare Energien bei Strom, Wärme und Verkehr
19 bis spätestens 2035, in Deutschland und Europa. Nach den Forderungen von
20 Fridays for Future und den Berechnungen des Klimawissenschaftlers Prof.
21 Rahmstorf darf Deutschland dabei noch ein Budget von achtmal den Emissionen des
22 letzten Jahres ausstoßen (ca. 7200 Mt CO₂ äq). Wir wollen dieses Budget
23 gesetzlich festlegen.

24 Dementsprechend halten wir auch die derzeitigen Ziele von BÜNDNIS 90/DIE
25 GRÜNEN, in Deutschland mit allen Sektoren außer dem Strom, und in Europa
26 generell erst 2050 klimaneutral zu werden, für unzureichend. Wir werden in
27 Bund, Ländern und Kommunen Anträge einreichen, um diese Ziele zu verschärfen.

28 **Niemand denkt an die Wärmewende**

29 50 % des deutschen Energiebedarfs fallen auf den Sektor Wärme. Gleichzeitig hat
30 der Anteil erneuerbarer Energien an der Wärmeerzeugung in den letzten 7 Jahren
31 nur um 1 % zugenommen. Nicht nur haben Heizungen und Gebäude sehr lange
32 Investitionszyklen, weshalb die Wärmewende schon jetzt in Angriff genommen
33 werden muss. Sie ist ebenso nötig, wenn wir bis 2025 aus der Kohle aussteigen
34 wollen. Denn Kohlekraftwerke produzieren Abwärme, die ersetzt werden muss.

35 Trotzdem verschenkt der Bund noch immer Geld für den Neubau von Öl- und
36 Gasheizungen. Alle fossilen Subventionen müssen sofort beendet und der Neubau
37 von fossilen Heizungen bis 2020 verboten werden. Der Ausbau von Power-to-Heat,
38 Solarthermie, Infrarotheizungen, Wasserstoff-Blockheizkraftwerken, Wasser- und
39 Eisspeichern, Wärmepumpen und Wärmenetzen für Fern- und Abwärme ist
40 finanziell zu fördern und für Neubau und Sanierung verpflichtend einzuführen.
41 Holz darf dagegen nur noch verfeuert werden, wenn es nicht mehr als Bau- und
42 Werkstoff nutzbar ist. Wärme- und Gasnetze müssen mit steigenden Anteilen
43 erneuerbarer Energien betrieben werden. Wenn der Bund hier seiner Verantwortung
44 nicht nachkommt, können und müssen die Länder und Kommunen mit Umlagen und
45 Subventionen einspringen.

46 Die Quote der energetischen Sanierung von Häusern liegt bei 1 % pro Jahr –
47 nötig sind aber 10 %. Gebäude müssen mindestens auf Effizienzhaus-55-Standard
48 gebaut werden, öffentliche Gebäude am Besten als Triple-Zero-Häuser (0
49 Emissionen, Energiebedarf und Müll) oder mindestens als Effizienzhaus-70-
50 Standard mit nachhaltig angebautem Holz als Baustoff. Ansonsten ist die
51 Wärmewende nicht zu schaffen.

52 **Treibhausgase brauchen einen Preis!**

53 Wir wollen einen Preis auf alle Treibhausgase (THG), nicht nur CO₂. Dieser
54 sollte zeitnah auf 180 €/t CO₂-Äquivalent steigen, auch wenn dies noch nicht
55 den vollen externen Kosten von 640 €/t entspricht. Langfristig soll CO₂ den
56 Preis zugeschrieben bekommen, der dem realen Wert entspricht. Dazu gehört für
57 uns auch eine Treibhausgas-Grenzausgleichssteuer damit auch Importe den gleichen
58 Beitrag zum Klimaschutz leisten. Außerdem wollen wir alle Wirtschaftsbereiche,
59 inklusive der Landwirtschaft erfassen.

60 Solange der EU-Emissionshandel nicht ausreichend reformiert wird, soll
61 Deutschland mit einer sozial gerechten THG-Steuer voran gehen. Beispielsweise
62 könnte das durch die THG-Steuer eingenommene Geld in gleicher Menge an alle
63 Bürger*innen zurückgezahlt werden. Da die THG-Steuer einen schnelleren
64 Einfluss auf die Menge der Emissionen hat und sozial verträglicher ist,
65 präferieren wir diese. Wird der Emissionshandel reformiert, ist es sinnvoll,

66 Brennstoffe, Stickstoffdünger und andere klimaschädliche Ressourcen mit einer
67 entsprechenden Abgabe zu belegen, anstatt diese auf emittierende Anlagen zu
68 erheben. Auf diese Art und Weise ist es technisch möglich, alle
69 Verbraucher*innen zu erfassen, weil die Durchsetzung der Abgabe an zentralen
70 Punkten erfolgen kann. Außerdem müssen die emittierbaren Zertifikate an das
71 der EU zustehende Budget im Sinne des 1,5-Grad-Ziels angepasst werden. Die
72 Löschung z. B. aufgrund von nationalen Klimaschutzmaßnahmen überschüssiger
73 Zertifikate sollte in Zukunft automatisiert erfolgen.

74 **Zeitlich flexible Strompreise beziehen die Verbraucher*innen** 75 **ein**

76 Bisher ist der Strompreis den ganzen Tag über der selbe. Da Wind- und
77 Sonnenstromproduktion aber schwanken, braucht es auch einen zeitlich
78 schwankenden Strompreis, um die Verbraucher*innen in den Ausgleich der
79 Stromschwankungen einzubeziehen. Wir halten es dabei für sinnvoller, ein
80 Preissignal an die Verbraucher*innen zu senden, die dann zeitlich flexibel Strom
81 kaufen können. So kann z. B. ein Kühlhaus bei niedrigen Strompreisen einen
82 Eisblock auffrieren und dann bei hohen Strompreisen abtauen. Das bidirektionale
83 E-Auto lädt bei niedrigen Strompreisen und kann bei hohen Strompreisen ins Netz
84 zurückspeisen. Die zur Realisierung solcher Tarife neuen Stromzähler (Stupid
85 Meter) müssen dabei so konfiguriert sein, dass nur solche Daten bei den
86 Kund*innen erhoben werden, die zum Anbieten des Tarifes und zur Erhaltung der
87 Netzstabilität unbedingt erforderlich ist.

88 Es ist außerdem nötig, die staatlichen Abgaben und Steuern auf Strom, wie
89 Stromsteuer und Netzentgelte zeitlich zu flexibilisieren.

90 **Wasserstoff und Kohlenwasserstoffe**

91 Neben Strom sind **Wasserstoff** und **klimaneutrale Kohlenwasserstoffe** (also
92 künstliches „Erdgas“, „Kerosin“ usw.) die zentralen Bausteine der
93 Sektorkopplung. Sie können eingesetzt werden, wenn Stromleitungen und Batterien
94 technisch nicht sinnvoll sind, und sie können eingesetzt werden *wann* immer
95 Sonne und Wind kaum Strom produzieren.

96 Es gibt keinen „Wegwerfstrom“ – drei Viertel der Energie werden in Wärme
97 und Verkehr verbraucht. Nachdem sich die Bundesregierung jahrelang geweigert
98 hat, Überschussstrom für die Nutzung bei Wärme und Verkehr freizugeben hat
99 sie dies jetzt nur unter so strengen Auflagen ermöglicht, dass bisher kein
100 einziges Projekt umgesetzt wurde. Die Umwandlung in Wasserstoff ist nach wie vor
101 gar nicht möglich. Das müssen wir ändern, denn bisher gilt: Windanlagen
102 stehen nur still, weil Berlin es so will.

103 Auch müsste Wasserstoff aus erneuerbaren Energien überall zumindest die
104 gleichen Förderkonditionen erhalten wie Biomasse ohne Gülle. Immerhin ist etwa
105 Wasserstoff aus Photovoltaik-Freiflächenanlagen nach Schätzungen um 80 %
106 flächeneffizienter als Biomasse. Das betrifft auch den vorrangig zu
107 verfolgenden Ersatz der Wasserstoffproduktion aus Erdgas für den
108 Industriebedarf, bei der genau so viel CO₂ anfällt wie bei der Verbrennung von
109 Erdgas. Hier ist die gleiche Förderung von erneuerbarem Wasserstoff wie von
110 Biomasse/EE-Wasserstoff im Stromsektor logisch und notwendig. Nötig ist es,
111 neben neuer Wasserstoffinfrastruktur und Innovationen etwa die im Schiffsverkehr
112 bestehende Gasinfrastruktur zumindest bei Sanierungen immer gleichzeitig auf
113 sehr hohe Wasserstoffanteile auszulegen, zum Beispiel bei der gerade
114 stattfindenden Umrüstung von Gasnetzen in NRW, Niedersachsen, Hessen u.a. von
115 L-Gas- auf H-Gas-Standard. Selbst bei derzeit verbauter Technik sind mehr als 5
116 % Wasserstoffanteil im Gasnetz möglich, wie ein Feldversuch in SH mit 10 %
117 eindrücklich bewiesen hat (das technische Maximum liegt bei 15 %).
118 Schlussendlich sollte auch eine Umstellung der Gasimporte auf EE-Wasserstoff
119 bzw. Kohlenwasserstoffe zumindest in Ansätzen begonnen werden, da dies allein
120 aus rechtlicher Sicht viel Zeit in Anspruch nehmen wird.

121 Der Hauptbestandteil von Erdgas ist Methan, dass bei Förderung, Speicherung und
122 Transport teilweise in die Atmosphäre entweicht und so zur Klimaüberhitzung
123 beiträgt. Von der Industrie unabhängige Messungen für die Höhe des
124 Methanschlupfs liegen nur für die USA vor und sind um ein Vielfaches höher als
125 bisher behauptet. **Die Klimaschädlichkeit von anderen Treibhausgasen als CO₂,
126 etwa Methan, muss außerdem endlich mit den aktuellen Werten des IPCC von 2013
127 statt von 2007 berechnet werden!** Dann beträgt die Klimaschädlichkeit von
128 Methan nach 100 Jahren das 34-fache von CO₂ statt nur das 25-fache. Der Wert
129 nach 20 Jahren beträgt allerdings noch 87. Wenn wir in den nächsten 12–32
130 Jahren weltweit klimaneutral werden sollen, ist es aufgrund der Kipppunkte im
131 Klimasystem zweifelhaft, ausschließlich den 100-Jahres-Wert zur Berechnung zu
132 verwenden.

133 Besonders hoch sind die Methanemissionen bei Frackinggas. Deshalb fordern wir
134 alle GRÜNEN dazu auf, den Neubau von LNG-Terminals zu verhindern, bis
135 gesetzlich der Import von Frackinggas verboten worden ist. Weitere Bedingungen
136 sind aus unserer Sicht:

- 137 • umfassende, unabhängige und transparente Messung und größtmögliche
138 Reduktion des sogenannten Methanschlupfs;

- 139 • Einstieg in den Import von klimaneutralen Kohlenwasserstoffen.

140 Um klimaneutrale Kohlenwasserstoffe herzustellen gibt es zwei Wege: die Nutzung

141 von Biomasse und die Synthese aus Wasserstoff und Kohlenstoff bzw. CO₂. Damit
142 dies klimaneutral und ökologisch verträglich geschieht bedarf es einiger
143 Bedingungen, die durch Standards sichergestellt werden müssen:

- 144 • der Flächenverbrauch der Biomasse darf nicht zu Ungunsten des
145 Naturschutzes, der Nutzung von Biomasse als Nahrung oder Bau- und
146 Werkstoff gehen;
- 147 • der Anbau von Biomasse muss möglichst ohne Stickstoffdünger
148 (klimaschädliche Lachgasemissionen), geringem Phosphorverbrauch, usw.
149 geschehen;
- 150 • das verwendete C / CO₂ muss klimaneutral oder irreduzibel und nicht
151 sinnvoller für den Aufbau von Kohlenstoffsinken (also Negativemissionen)
152 verwendbar sein.

153 Im Fall von Biomasse können möglicherweise entsprechende Formen der Algenzucht
154 entwickelt werden. Im Fall von synthetischen Kohlenwasserstoffen könnte Direct
155 Air Capture, also das Absaugen von CO₂ aus der Luft, eine Lösung sein. Diese
156 Technologie verbraucht zurzeit aber noch deutlich zu viel Energie und ist auch
157 zu teuer. Irreduzibel ist etwa ein Teil der Emissionen aus der Zementproduktion.
158 Als weitere Quelle kommt das CO₂ aus der Verbrennung von Biomasse oder
159 synthetischen Kohlenwasserstoffen selbst in Frage, also ein
160 Kohlenstoffkreislauf. Dabei muss aber beachtet werden, dass der Strombedarf für
161 die Rauchgasreinigung nicht zu den Zeiten anfallen darf, wo für dessen Deckung
162 die Verbrennung von Kohlenwasserstoffen nötig wäre, weil Wind und Sonne gerade
163 mal auf sich warten lassen. Bis erwiesen ist, dass die kreislaufförmige Nutzung
164 von CO₂ für eine bestimmte Anwendung möglich ist, ist es sinnvoller, hier auf
165 Batterie oder Wasserstoff zu setzen, weil die anderen Lösungen entweder
166 begrenzt oder noch nicht reif sind. Das betrifft z. B. Schiffe, PKW und LKW,
167 aber evtl. auch dezentrale (Block-)Heizkraftwerke. Die Probleme bei der
168 Flüchtigkeit von Wasserstoff können durch die Bindung an einen Liquid Organic
169 Hydrogen Carrier (LOHC), ein ungiftiges Öl, als Transportmedium gelöst werden.
170 Alle genannten Technologien sind in ihrer Entwicklung und in Pilotprojekten zu
171 fördern.

172 **Negativemissionen**

173 Sogenannte Netto-Negativemissionen dienen als Argument um die notwendigen
174 Klimaschutzmaßnahmen herauszuzögern: Man könne ja später noch CO₂ aus der
175 Luft saugen oder das Klima künstlich verändern. Wetten auf technologische
176 Entwicklungen, die vielleicht noch kommen, oder das Eingreifen in komplexe
177 Systeme, die wir nicht verstehen, halten wir für unverantwortlich! Damit wir
178 auf Nullemissionen kommen können, sind CO₂-Senken allerdings durchaus ein
179 wichtiger Baustein. Die Wiedervernässung von Mooren, Aufforstung und nachhaltig

180 angebautes Holz als Baustoff können bereits jetzt einen riesigen Beitrag
181 leisten und haben nach dem Schutz bestehender Wälder und Moore die oberste
182 Priorität. Dafür muss vielerorts die Bauordnung angepasst werden, außerdem
183 braucht es verlässliche Standards.

184 Geoengineering und Carbon Capture and Storage (CCS) in den Erdboden lehnen wir
185 dagegen ab. Die Umwandlung von CO₂ in Mineralien (Pilotprojekte in Island), oder
186 als sogenanntes Carbon Capture and Usage (CCU) in Feststoffe, entweder als Bau-
187 und Werkstoffe, als Dünger (Pflanzenkohle, Terra Preta), kann dann sinnvoll
188 sein, wenn die entstehenden Verbindungen langfristig stabil und die Klimabilanz
189 insgesamt neutral oder negativ sind. Terra Preta/Pflanzenkohle sollte in die
190 Düngemittelverordnung aufgenommen werden. In Deutschland können wir dies mit
191 Pyrolyseanlagen aus Klärschlamm erzeugen. Zurzeit werden stattdessen überall
192 Monoverbrennungsanlagen geplant und genehmigt, weil ab 2022 der Klärschlamm
193 nicht mehr auf die Felder gekippt werden darf. Hier wollen wir in den Kommunen
194 voran gehen. Langfristig ist der Abbrand von Holzresten zu Terra
195 Preta/Pflanzenkohle möglicher Weise sinnvoller als die Verfeuerung in Kaminen.
196 Für die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit warm-feuchten Gegenden bietet Terra
197 Preta zudem das Potential großer Ertragssteigerungen auf ökologischem Wege.
198

199 Die GRÜNE JUGEND fordert geschlossen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf, bei der
200 Bundesdelegiertenkonferenz vom 15.–17. November in Bielefeld Maßnahmen
201 einzubringen und durchzusetzen, die nötig sind, um schnellstmöglich das Klima
202 und die gesamte Menschheit zu schützen. Wir halten am 1,5-Grad-Ziel fest und
203 setzen uns dafür ein, dass Instrumentarien und ein CO₂-Preis beschlossen
204 werden, die damit vereinbar sind.

V-2 B Für eine soziale und nachhaltige Mobilität: Die Bahn gehört uns allen!

Gremium: Bundesmitgliederversammlung
Beschlussdatum: 03.11.2019
Tagesordnungspunkt: V – Verschiedene Anträge

Antragstext

1 Die GRÜNE JUGEND setzt sich dafür ein, die Deutsche Bahn AG (DB AG) wieder in
2 ein Sondervermögen des Bundes zu überführen. Der Betrieb des Schienen-
3 Personen-Verkehrs (SPV) soll bundesweit verstaatlicht werden, Parallelbetriebe
4 im Fern- und Nahverkehr sind zu vermeiden. Wettbewerb in der Mobilität
5 widerspricht dem Grundprinzip von Mobilität als Teil der staatlich garantierten
6 öffentlichen Daseinsvorsorge. Diese muss auch auf unrentablen Strecken, also
7 zum Beispiel im ländlichen Raum oder spät in der Nacht, garantiert sein.
8 Ticketpreise und die Breite des Angebots (Nachtzüge, Anbindung kleinerer
9 Gemeinden etc.) dürfen nicht von Profitinteressen getrieben sein, sondern
10 müssen sich an der sozialen Lebensrealität der Menschen orientieren. So sollen
11 sich Ticketpreise beispielsweise an der zurückgelegten Strecke orientieren und
12 bei hoher Nachfrage oder kurzfristiger Buchung nicht deutlich ansteigen. Dies
13 fördert eine längst überfällige nachhaltige und ressourcensparende
14 Mobilitätswende.

15 Die Solidarisierung der DB AG muss ein Ende der Wegrationalisierung kleiner
16 Bahnhöfe und weniger ausgelasteter Bahnstrecken nach sich ziehen. Das Motiv
17 muss sein, dass niemand mehr vom Zugverkehr abgekoppelt ist, seien es
18 Bewohner*innen kleinerer Städte und ländlicher Regionen oder Menschen, die
19 außerhalb von Stoßzeiten auf Zugverkehr angewiesen sind. Außerdem wird eine
20 massive Reduktion der Fahrtzeiten von Nah- und (europäischen)
21 Fernverkehrsstrecken angestrebt. Dies soll durch den Bau neuer
22 Hochgeschwindigkeitstrassen erreicht werden. Häufiges Umsteigen mit langen
23 Wartezeiten ist zu vermeiden. So soll der SPV eine echte Alternative zum PKW-
24 und Flugverkehr darstellen. Besonders auf diesen weniger stark frequentierten
25 Regionalstrecken erscheinen zur Steigerung der Verlässlichkeit sowie zur
26 langfristigen Absenkung der Personalkosten außerdem Investitionen in autonome
27 Zugsysteme sinnvoll, die die Anwesenheit von Zugpersonal im regulären
28 Fahrtbetrieb überflüssig machen sollen. Die Überführung der DB AG in ein
29 Sondervermögen des Bundes würde es zudem erleichtern, ticketlosen bundesweiten
30 Nahverkehr sowie moderate Fernverkehrspreise im Sinne einer Mobilitätswende
31 einzuführen.

32 Auch im Güterverkehr gibt es große Chancen bei einer Rückverstaatlichung der
33 DB AG. Längst geschlossene Güterbahntrassen können reaktiviert und die
34 Transportleistung von DB Schenker kann auf die Schiene gebracht werden. Denn
35 aktuell werden in Deutschland nur knapp 20% des Güterverkehrs auf der Schiene
36 abgewickelt, während diese Zahl in der Schweiz mehr als doppelt so hoch ist.
37 Daneben muss die Bundesregierung endlich die Elektrifizierung von Deutschlands
38 Bahnstrecken voranbringen. Die aktuelle Strategie der DB AG und von Andreas
39 Scheuer erreicht einen maximalen Elektrifizierungsgrad von 67%, die GRÜNE
40 JUGEND fordert jedoch 100% bis spätestens 2035. Um dies zu erreichen, kann
41 alternativ auch ein Austausch von bisher genutzten Dieselloks durch klimaneutral
42 betriebene Antriebe durchgeführt werden. Der Strom soll hierbei durch
43 regenerative Energieträger erzeugt werden. Es kann nicht sein, dass im
44 Zeitalter der Klimakatastrophe immer noch Dieselloks durch unsere Lande tuckern,
45 nur weil sich Elektrifizierungen für einen privatwirtschaftlichen Konzern nicht
46 rechnen.

47 Die Rückführung der Bahn in die öffentliche Hand beinhaltet auch, dass die
48 zahlreichen Auslandsfirmen und -beteiligungen der DB AG abgestoßen werden. Denn
49 anstatt sich um Verspätungen und Zugausfälle zu kümmern, hat die DB AG ein
50 weltweites intransparentes Firmennetz aufgebaut und betreibt über Töchter
51 beispielsweise Busse in Brasilien. Dies muss beendet werden. Die Bahn muss sich
52 wieder auf ihr Kerngeschäft, nämlich den Schienenverkehr im Inland,
53 konzentrieren. Europäische Wettbewerbsvorgaben sollen entsprechend auf EU-Ebene
54 verändert werden. Beim Verkauf von DB-eigenen Personenverkehrsunternehmen wie
55 Arriva sollte ebenfalls eine örtliche Verstaatlichung beziehungsweise
56 Eingliederung in die entsprechenden Staatsbahnen priorisiert werden. Die GRÜNE
57 JUGEND fordert, dass die Bundesrepublik als neue Betreiberin der Deutschen Bahn
58 sich dafür einsetzen soll, dass die Abstoßungen möglichst sozialverträglich
59 und nachhaltig im betreffenden Drittstaat durchgeführt werden.

Begründung

In einer global agierenden Welt muss es allen möglich sein, mobil zu sein. Mobilität wird im Arbeits- und Privatleben immer wichtiger. Auch zur Weiterbildung und kulturellen sowie sozialen Teilhabe müssen immer größere Strecken überwunden werden können. Der Ausschluss Ärmere von diesem Privileg verbreitert den Graben zwischen sozialen Schichten. Zudem hat gemäß des Artikels 27 UN-Charta der Menschenrechte jede*r das Recht, "am kulturellen Leben der Gemeinschaft frei teilzunehmen, sich an den Künsten zu erfreuen und am wissenschaftlichen Fortschritt und dessen Errungenschaften teilzuhaben". Auch im Privaten muss es heutzutage möglich sein, Bekannte, Freund*innen und Partner*innen zu besuchen. Dies auf eine klimafreundliche Art und Weise zu tun, wird durch hohe Preise und lange Bahnfahrten weniger wohlhabenden Schichten verwehrt. Außerdem nimmt das Ausweichen auf den Individualverkehr immer mehr zu.

Hier werden die soziale und die ökologische Frage verbunden. Soziale Teilhabe kann ermöglicht werden, wenn die Bahn als klimaverträgliches Verkehrsmittel endlich aus ihrer aktuellen Nebenrolle befreit wird und in das Zentrum von Politik und Gesellschaft gerückt wird. Gesetzliche Leitlinien können die Übervorteilung von

Flug- und Autoverkehr aufbrechen und zusammen mit einem klugen Streckenausbau die Eisenbahn zum beliebtesten Verkehrsträger machen. Selbst Individualverkehr mit batterieelektrischen Autos ist unter dem Strich schlechter für die Umwelt als der ressourcenschonende Schienenverkehr. Menschen, welche die Bahn benutzen und das KfZ dafür stehen lassen, dürfen nicht durch hohe Kosten und verspätete Ankunftszeiten benachteiligt werden. Wirtschaftlicher Gewinn bzw. Verlust ist in diesem Fall nachrangig.

Befürworter*innen einer zunehmenden Liberalisierung, die frei nach dem Motto "Der Markt regelt alles" wirtschaften wollen, ist entgegenzuhalten, dass vollständige Bahnprivatisierungen in Europa bisher nicht erfolgreich verlaufen sind. In Großbritannien, dem Mutterland der Privatisierungen, sind Ticketpreise überdurchschnittlich hoch und die Privatisierung der Infrastruktur hat zu Unfällen mit vielen Toten geführt. Nachdem die Infrastruktur bereits kurz nach ihrer Privatisierung rückverstaatlicht wurde, passiert dies nun auch mit Strecken. Diese Rückverstaatlichung ist auf die Insolvenz der zahlreichen Betreiber auf Nebenstrecken zurückzuführen. Der eigentliche „Wettbewerb“ findet nur um die Filetstücke, also die großen Hauptachsen statt. Alles andere bleibt buchstäblich auf der Strecke. Die Unterhaltung von Bahnverkehr ist teuer und ergibt wirtschaftlich keinen Sinn, was an der hohen Verschuldung der DB AG und ihren Töchtern mehr als deutlich wird. Auch semi-private Modelle haben sich als Misserfolg erwiesen. Wenn nur das Personal aber nicht das Rollmaterial privatisiert wird, wie in beispielsweise Niedersachsen, dann ist dies eine Solidarisierung der Risiken bei gleichzeitigen prekären Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten.

V-3 B Hannibal-Netzwerk und Co zerschlagen!

Gremium: Bundesmitgliederversammlung
Beschlussdatum: 03.11.2019
Tagesordnungspunkt: V – Verschiedene Anträge

Antragstext

1 Ende 2018 wurde die Existenz des extrem rechten, sogenannten „Hannibal“-
2 Netzwerkes, einem Zusammenschluss von aktiven und ehemaligen (Elite)-
3 Soldat*innen, Polizist*innen und Mitarbeiter*innen des Verfassungsschutzes,
4 durch Medienberichte bekannt. Die Mitglieder des Netzwerkes sehen sich als
5 „Prepper“ und bereiten sich auf einen von ihnen angenommenen „Tag X“
6 vor, an dem die öffentliche Ordnung zusammenbrechen werde. Es existierten
7 offensichtlich Listen von politischen Gegner*innen sowie Pläne zur Ermordung
8 der selbigen, es wurden Waffenlager angelegt sowie Ätzkalk und Leichensäcke
9 bestellt. Als zentrale Figuren des Netzwerkes werden u. a. Franco A. und André
10 S. gesehen. Die Personen organisierten sich im von André S. gegründeten Verein
11 „Uniter e. V.“ sowie in verschiedenen Chatgruppen, die unter dem
12 Sammelbegriff „Nordkreuz“ bekannt wurden. Franco A. legte sich eine
13 Identität als syrischer Geflüchteter zu und plante Medienberichten zufolge
14 Anschläge in Berlin sowie möglicherweise auch in Stuttgart und Würzburg, wo
15 er Örtlichkeiten auskundschaftete.

16 Durch die Aufdeckung des Netzwerkes wurde klar, wie eng die extreme Rechte mit
17 den Sicherheitsbehörden verbunden ist. Fast alle bekannten Mitglieder des
18 Netzwerkes arbeiteten für Sicherheitsbehörden. Einige nutzten ihre Stellung
19 aus, um Munition und Waffen zu entwenden, andere wurden von einem Mitarbeiter
20 des Militärgeheimdienstes MAD gewarnt und konnten so vermutlich große Teile
21 des Beweismaterials wegschaffen. Erschreckend ist in diesem Zusammenhang auch
22 der oft mangelnde Aufklärungswille und der mangelnde Schutz betroffener
23 Personen. So wurden die 2017 auf einer der Todeslisten in Mecklenburg-Vorpommern
24 gefundenen Personen erst 2019 über diese Tatsache informiert, sodass diese
25 gefährdeten Personen zwei Jahre unwissend und damit ohne Schutzmaßnahmen
26 blieben.

27 Es darf nicht länger untätig dabei zugesehen werden, wie extrem rechte
28 Netzwerke die Sicherheitsbehörden unterwandern. Die GRÜNE JUGEND fordert
29 deswegen:

- 30 • die vollständige Aufklärung und Offenlegung der Pläne des
31 „Hannibal“-Netzwerkes. Angesichts der offensichtlichen weitreichenden
32 Verstrickung der Sicherheitsbehörden in das Netzwerk sind hierfür
33 Untersuchungsausschüsse im deutschen Bundestag sowie in den primär
34 betroffenen Landtagen notwendig, wobei darauf zu achten ist, dass
35 Mitglieder des Netzwerkes nicht selbst an den Untersuchungsausschüssen
36 dieser Art als Mitglied des Ausschusses, in der Funktion als
37 Mitarbeiter*in oder in anderer Art beteiligt werden, sodass sie Zugriff
38 auf geheime Materialien zwecks Verhinderung der Aufklärung erlangen
39 könnten. Innerhalb der Untersuchungsausschüsse muss insbesondere die
40 zweifelhafte Rolle des MAD und der Polizei aufgeklärt werden, ebenso wie
41 die Verbindung des „Hannibal“-Netzwerks zu anderen extrem rechten
42 Organisationen. Entsprechende Akten der Sicherheitsbehörden müssen
43 freigegeben werden.

- 44 • Aufklärung darüber, ob Franco A. an den Orten, die er auskundschaftete,
45 Helfer*innen hatte.

- 46 • die sofortige Entfernung aller in irgendeiner Art und Weise am
47 „Hannibal“-Netzwerk beteiligten Personen aus den Sicherheitsbehörden,
48 sowie aus anderen sensiblen Ämtern, die aufgrund ihrer weitreichenden
49 Befugnisse oder besonderer Tragweite für die Sicherheit von Belang sind,
50 und die strafrechtliche Belangung dieser Personen, sofern nicht bereits
51 erfolgt.

- 52 • das Verbot und die Auflösung des Vereins „Uniter e. V.“

- 53 • die Information aller Personen, deren Name sich auf den sichergestellten
54 Feindes- oder Todeslisten befindet, sowie die Einleitung ggf. notwendiger
55 Schutzmaßnahmen. In Zukunft sollen Personen, deren Name auf extrem
56 rechten Feindeslisten gefunden wird, sofort informiert und ggf. geschützt
57 werden. Sofern nötig sollte den Betroffenen und ihrem Umfeld auch
58 psychologische Unterstützung zur Verfügung gestellt werden.

59 Das Vertuschen und Kleinreden extrem rechter Netzwerke hat in Deutschland nicht
60 erst seit dem NSU eine unselige Tradition. Es ist klar, dass es weder im Fall
61 „Hannibal“ noch in anderen Fällen wieder so weit kommen darf!

V-6 B Gute Hochschulen für alle statt Elitenförderung

Gremium: Bundesmitgliederversammlung
Beschlussdatum: 03.11.2019
Tagesordnungspunkt: V – Verschiedene Anträge

Antragstext

1 Gute Hochschulen für alle anstatt Elitenförderung. Diese Forderung ist kein
2 aus dem luftleeren Raum gegriffener politischer Anspruch.
3

4 Ganz im Gegenteil leitet sie sich von unserem allgemeinen bildungspolitischen
5 Verständnis ab: Wir verstehen Bildung als einen lebenslangen Prozess für alle
6 Menschen. Dieser ist darauf ausgerichtet, freie Persönlichkeitsentfaltung zu
7 ermöglichen, Talente zu fördern, gesellschaftliche Teilhabe zu garantieren,
8 demokratisches Zusammenleben zu ermöglichen und an der Entwicklung
9 vielfältiger Kompetenzen zu arbeiten. So kann man angesichts sich stetig
10 wandelnder Herausforderungen in einer globalisierten Welt gemeinsam Zukunft
11 gestalten. Neugier, Veränderungsbereitschaft und ein klarer Blick für die
12 großen Linien sind deshalb mehr denn je wichtige menschliche Eigenschaften, die
13 ein Bildungssystem fördern sollte. Voraussetzung dafür ist ein grundlegend
14 transformiertes Bildungsverständnis, dass die individuelle Kompetenzentfaltung
15 jedes Menschen als wichtigste Grundlage für Lebensqualität und Zusammenhalt in
16 der Gesellschaft erkennt und fördert. Letzten Endes bedarf es dafür einer
17 veränderten hervorragenden Infrastruktur in Bildung.
18

19 Explizit Wissenschaft und Forschung kommt nochmals eine eigene Rolle als Teil
20 der Grundlagen unserer Gesellschaft zu. Die Erwartungen und Hoffnungen an
21 Hochschulen, Anhaltspunkte für kluge Antworten auf drängende Fragen zu geben,
22 wachsen im Angesicht von Klimakrise, zunehmender sozialer Ungleichheit und
23 globalen Konflikten. Darum müssen wir für alle Studierenden Bedingungen
24 schaffen, die ihnen einen freien, kritischen und unkonventionellen Blick auf die
25 Welt ermöglichen. Unsere Zukunft wird maßgeblich davon abhängen, welche Rolle
26 wir der Wissenschaft bei der Gestaltung des gesellschaftlichen Strukturwandels
27 zutrauen und wie wir hervorragende Bedingungen für freie Hochschulen und
28 Forschungseinrichtungen schaffen. Wir wollen, dass die Qualität der Lehre
29 endlich die gleiche Aufmerksamkeit und Anerkennung genießt wie hervorragende
30 Forschungsergebnisse. Denn gute Lehre, die begeistert und Lust auf waches Denken
31 macht, ist die Grundlage von eben all diesen Bildungsprozessen.
32

33 Die Ausfinanzierung von Hochschulen, und zwar allen Hochschulen, ist dabei von

34 zentraler Bedeutung. Denn für uns ist das Recht auf hochwertige Bildung eines,
35 welches allen Studierenden zustehen sollte. Diese Ausfinanzierung sämtlicher
36 Universitäten soll u. a. zu mehr barrierefreien Universitäten führen. Gerade
37 weil sich Deutschland zur Einhaltung der UN-Behindertenrechtskonvention
38 verpflichtet hat, ist es besonders wichtig, die Hochschulen dahingehend mit mehr
39 finanziellen Mitteln auszustatten. Genau vor diesem Hintergrund stellen wir uns
40 als GRÜNE JUGEND entschieden der „Exzellenzstrategie“ und die damit
41 einhergehende Förderung einer geringen Zahl an bestimmten Hochschulen entgegen.
42 Die „Exzellenzstrategie“ der Bundesregierung will mehrere Milliarden Euro in
43 Kooperation mit den Ländern auf gewisse Universitäten verteilen. Was im ersten
44 Moment wie ein wünschenswerter Vorgang wirkt, entpuppt sich bei genauerer
45 Betrachtung als Projekt zur Etablierung elitärer Strukturen und sorgt auch
46 bundesweit für die weitere Schwächung bereits strukturschwacher Gebiete. So
47 ist die einzige der 11 Exzellenzuniversitäten in Norddeutschland in Hamburg
48 ansässig, die zwei im Osten in Berlin und Dresden. Knapp die Hälfte ist
49 hingegen aus Süddeutschland. In Mecklenburg-Vorpommern gab es von Anfang an
50 keine Universität, die für eine Förderung in Betracht gekommen wäre. Es ist
51 offensichtlich, dass die Exzellenzinitiative bereits bestehende Ungleichheiten
52 verschärft. Die Gräben tun sich auch insbesondere zwischen den Sozial- und
53 Geisteswissenschaften im Gegensatz zu den ,Lebens- und Ingenieurwissenschaften
54 auf. So sind nur 1/7 der geförderten Cluster aus dem sozial- und
55 geisteswissenschaftlichen Bereich. Gerade in Zeiten zunehmender
56 antidemokratischer Haltungen wird hier eine Lücke offensichtlich. Zugleich
57 lässt sich festhalten, dass auf Bundes- und auf Länderebene derzeit quasi jede
58 Hochschule zu wenig Geld bekommt. Dies schlägt sich vor allem in der Lehre,
59 aber auch in den Studienbedingungen und in der Forschung nieder. Die Ansätze
60 der Bundesregierung, wie die Erhöhung des BAföG und die Forschungsförderung,
61 sind unzureichend und dürften maximal als Tropfen auf den heißen Stein wirken.
62 Die meisten Universitäten bundesweit sind unterfinanziert.

64 Zugleich stellt die „Exzellenzstrategie“ ein klassisches neoliberales
65 Förderungsprinzip, in welchem kritisches Denken und demokratische Beteiligung
66 keinen Platz finden, dar. Damit reiht sie sich in zahlreiche
67 Ökonomisierungsprozesse des Bildungssystems ein. Dies zeigt sich am
68 deutlichsten in Bezug auf die Formulierungen in der Stellungnahme der
69 Hochschulrektorenkonferenz. Dort heißt es, dass “eine dauerhafte
70 wettbewerbliche Fortführung der Exzellenzinitiative [...] zum Erhalt der
71 Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands nötig ist.“ [1] Die Strategie zielt zudem
72 keineswegs darauf ab, langfristig planend in die Hochschullandschaft
73 einzugreifen. Anstelle dessen wird der stets kurzfristig und möglichst
74 ungezügelt ausgerichtete Wettbewerb zur langfristigen Strategie. Dadurch
75 verschärft die Strategie die Strukturprobleme des deutschen Hochschulsystems,
76 statt diese zu lösen. Zugleich ging es bei der „Exzellenzstrategie“ niemals
77 um einen angeblichen zur Verbesserung beitragenden Wettbewerb zwischen den
78 Hochschulen, sondern um das gezielte Stärken einiger weniger Universitäten.
79 Dieser Wettbewerb beruhte schon in der Vergangenheit auf essenziell
80 unterschiedlichen Ausgangssituationen der Hochschulen. Diese Art der Förderung

81 der „Besten“ vertreibt unorthodoxe Wissenschaftsansätze und kritische
82 Wissenschaft, die gerade jetzt in Anbetracht zahlreicher globaler Problematiken
83 und gesellschaftlicher Transformationen in vielen Disziplinen stärker benötigt
84 wird. Deshalb lehnen wir eine Wissenschaftspolitik, die sich als Standortpolitik
85 auf einem Markt „international sichtbarer“, ergo sogenannter
86 Eliteuniversitäten, versteht, ab.

87 Statt der Exzellenzinitiative müssen sich deshalb die grundlegenden Bedingungen
88 des Hochschulsystems ändern. Es benötigt in erster Linie eine bedarfsgerechte
89 Finanzierung, auch und gerade aus Bundesmitteln, für mehr Studienplätze und
90 demokratische Entscheidungsstrukturen, um den Hochschulzugang für alle zu
91 ermöglichen und die strukturelle Diskriminierung, die vielen ein Studium
92 verwehrt, abzuschaffen. Zugleich fordern wir die Abschaffung aller
93 Konkurrenzstrukturen im Hochschulsystem, u. a. durch die Realisierung des 1:1-
94 Bachelor-Master-Übergangs. Darüber hinaus gilt es die inhaltliche (Um-
95)Orientierung von Wissenschaft, Forschung und Lehre von einer Ausrichtung auf
96 Exzellenzanträge auf die humane, demokratische und nachhaltige Entwicklung der
97 Gesellschaft, u. a. durch Zivilklauseln, zu lenken.

98
99 [1] [https://www.hrk.de/positionen/gesamtliste-
100 beschluesse/position/convention/zur-fortfuehrung-der-exzellenzinitiative/](https://www.hrk.de/positionen/gesamtliste-beschluesse/position/convention/zur-fortfuehrung-der-exzellenzinitiative/),
101 28.10.2019

Begründung

Die Exzellenzinitiative der Bundesregierung will mehrere Milliarden Euro in Kooperation mit den Ländern auf gewisse Universitäten verteilen. Was im ersten Moment wie ein wünschenswerter Vorgang wirkt, entpuppt sich bei genauerer Betrachtung als Projekt zur Etablierung elitärer Strukturen und sorgt auch Bundesweit für die weitere Schwächung bereits strukturschwacher Gebiete. So ist die einzige der 11 Exzellenzuniversitäten in Norddeutschland in Hamburg ansässig, die zwei im Osten in Berlin und Dresden. Knapp die Hälfte ist hingegen aus Süddeutschland. In Mecklenburg-Vorpommern gab es von Anfang an keine Universität, die für eine Förderung in Betracht gekommen wäre. Es ist offensichtlich, dass die Exzellenzinitiative bereits bestehende Ungleichheiten verschärft.

V-7 B Ehrenamt im BAföG anerkennen

Gremium: Bundesmitgliederversammlung
Beschlussdatum: 10.11.2019
Tagesordnungspunkt: V – Verschiedene Anträge

Antragstext

1 Die GRÜNE JUGEND fordert, ehrenamtliches Engagement, außergewöhnliche
2 Studienprojekte und die Teilnahme an studentischen Wettbewerben als
3 Verlängerungsgrund für BAföG zu aufnehmen. Eine Verlängerung des BAföG
4 ist bislang nur für inneruniversitäres das Engagement in den Organen der
5 Hochschulen und der Selbstverwaltung von Studierenden möglich.

6 Berücksichtigt werden sollte zukünftig jegliches bürgerschaftliches
7 Engagement, welches freiwillig und nicht auf finanzielle Vorteile ausgerichtet
8 ist und das Gemeinwohl fördert.

9
10 Für BAföG-Empfänger*innen ist es aufgrund ihrer Einkommenssituation eine
11 größere finanzielle Überwindung, sich unentgeltlich zu engagieren. Dieser
12 Umstand wird durch die harten Kriterien des BAföG noch verstärkt: Wer z. B.
13 nach vier Semestern Studium nicht alle Scheine erfüllt hat, die von der
14 Regelstudienzeit vorgegeben sind, erhält ab dem fünften Semester kein BAföG
15 mehr. Durch diesen drohenden Verlust der finanziellen Existenzsicherung steigt
16 die Hürde, sich neben dem Studium außeruniversitär zu engagieren zusätzlich
17 an.

18
19 Wir wollen, dass Menschen bei der Ausführung eines Ehrenamts nicht länger um
20 ihre Existenzgrundlage fürchten. So wird gesellschaftlicher Zusammenhalt
21 gefördert, denn welche Gesellschaft soll es auch widerspiegeln, wenn nur
22 diejenigen sich ehrenamtlich engagieren können, die es sich leisten können?

23
24 Darüber hinaus spricht sich die GRÜNE JUGEND – wie schon in zahlreichen
25 Anträgen
26 der letzten Jahre – für eine grundsätzliche Reform des BAföGs aus, die
27 über eine simple Erhöhung des BAföG-Satzes hinausgeht.

V-11 B Stop Killer Robots – Autonome Waffensysteme verhindern und weltweit ächten

Gremium: Bundesmitgliederversammlung
Beschlussdatum: 03.11.2019
Tagesordnungspunkt: V – Verschiedene Anträge

Antragstext

1 Neue Waffentechnologien haben die Kriegsführung in der Vergangenheit oft
2 verschlimmert und grausamer gemacht. Das gilt insbesondere für die Entwicklung
3 von Massenvernichtungswaffen. Heute stehen wir wieder am Anfang einer neuen
4 folgenschweren Entwicklung. Die Entwicklungen in der Informationstechnologie und
5 der „Künstlichen Intelligenz“ (KI) machen auch vor Waffen und einer
6 militärischen Nutzung nicht halt. Mit den richtigen Regeln und klaren Grenzen
7 gibt es zwar Bereiche, wie das vollautonome Minenräumen, mit potentiellen
8 Chancen für die Sicherheitspolitik, es droht aber gleichzeitig eine
9 Kriegsführung, in der Algorithmen über Leben und Tod entscheiden.

10 Die Forschung an solchen vollautonomen Waffensystemen, so genannten Lethal
11 Autonomous Weapon Systems (LAWS) findet bereits statt. Sie ist finanziell gut
12 ausgestattet und verläuft in rasanter Geschwindigkeit. Es ist drei vor zwölf,
13 da einige Länder in Einzelfällen bereits Systeme in Betrieb nehmen. In Kürze
14 droht, dass in vielen Streitkräften autonome Waffensysteme eine zentrale Rolle
15 einnehmen. LAWS werden sich aufgrund der auf Sekundenbruchteile minimierten
16 Reaktionszeit nur mit anderen LAWS bekämpfen lassen, so dass wir ein massives,
17 ungebremstes Wettrüsten befürchten. Viele Staaten sehen sich daher bereits in
18 einem Sicherheitsdilemma, wenn sie sich diesem Trend entziehen. Diese Situation
19 ist vergleichbar mit ABC-Waffen, wo Lösungen (bei Chemie und Bio-Waffen)
20 ausschließlich durch eine vertragsbasierte Ächtung möglich waren. Die
21 Verbreitung autonomer Waffentechnologien droht die Hemmschwelle für einen
22 Gewalteinsatz weiter zu senken. Durch die Geschwindigkeit von Aktion und
23 Reaktion zwischen LAWS wächst die Gefahr, dass sich konventionelle Konflikte
24 ausweiten und eskalieren. Aber auch der Einsatz von Atomwaffen kann
25 wahrscheinlicher werden, wenn ihr Einsatz durch autonome Systeme ausgelöst
26 werden kann. Außerdem könnten autonome Waffensysteme auch zu Grenzkontrollen,
27 in der Polizeiarbeit oder gegen Demonstrationen eingesetzt werden.

28 Durch den Einsatz autonomer Waffensysteme kämen viele dringende politische,
29 ethische, völkerrechtliche und praktische Fragen und Probleme auf uns zu. Schon

30 heute strukturieren Computer Entscheidungen von Soldat*innen vor. Die Zahl der
31 Funktionen, die Waffensysteme bereits automatisch oder auch autonom ausführen
32 können, nimmt kontinuierlich zu. Sie erkennen anhand von Parametern mögliche
33 Ziele oder gesuchte Objekte. Die letztendliche Entscheidung über den Einsatz
34 tödlicher Gewalt muss aber beim Menschen bleiben. Deshalb stellen wir uns einer
35 schleichenden Abgabe der menschlichen Verantwortung klar entgegen und wollen das
36 humanitäre Völkerrecht stärken.

37 Automatisierte Abläufe – ob durch Technik oder durch Befehlsketten –
38 können ungewollt folgenschwere Eskalationsdynamiken in Gang setzen. Menschen
39 haben ethische Grundsätze, die weit über die rechtlichen Rahmenbedingungen
40 hinausreichen. Sie können auf ihr Gewissen hören. Sie können Gnade walten
41 lassen und sich im Zweifel für das Leben entscheiden. So gab es in den letzten
42 Jahrzehnten mehrere Situationen, in denen menschliches Zögern und nochmaliges
43 Überprüfen eine Eskalation verhinderten. Autonome Waffensysteme verstehen
44 jedoch nicht, was es bedeutet, einen Menschen zu töten. Sie verfügen über
45 kein Gewissen, keine ethischen Grundsätze oder über eine mit der menschlichen
46 Intelligenz vergleichbare Entscheidungskompetenz. Für sie ist auch das
47 menschliche Leben nur ein Datenpunkt. Die Entscheidung zu töten darf niemals
48 durch Algorithmen getroffen werden. Wird ein Mensch zum Objekt einer
49 maschinellen Entscheidung, wird er damit in seiner Menschenwürde verletzt.

50 Wir halten den Einsatz von autonomen Waffen für unvereinbar mit dem
51 humanitären Völkerrecht. Maschinen können nicht die Verhältnismäßigkeit
52 oder die Notwendigkeit eines Angriffs beurteilen. Der Einsatz von autonomen
53 Waffen verstieße daher gegen das völkerrechtliche Gebot zur Verhinderung
54 übermäßigen Leidens. Maschinen können auch nicht zuverlässig zwischen
55 Kämpfer*innen und Zivilist*innen unterscheiden. Darüber hinaus wäre unklar,
56 wer in Fällen unkontrollierter oder fehlerhafter Entscheidungen durch
57 künstliche Intelligenz die Verantwortung übernehmen würde oder übernehmen
58 muss. Durch die technische Komplexität von robotischen Systemen werden
59 Streitkräfte in Zukunft noch abhängiger von privaten Unternehmen. Der Einfluss
60 ziviler Unternehmen, vor allem ziviler Programmierer, auf die militärischen
61 Anwendungen wächst. Wer stünde bei von LAWS begangenen Massakern,
62 Kriegsverbrechen oder anderen dramatischen Aktionen vor Gericht? Sicherlich
63 nicht der*die Hersteller*in der Hardware, der*die Softwareentwickler*in oder
64 auch einfach die Armeeführung oder das Verteidigungsministerium als solches.
65 LAWS würden jahrelange Bemühungen zur Verrechtlichung des Krieges, der
66 Rechenschaftspflicht von Angehörigen der Streitkräfte und der ausgeübten
67 militärischen Gewalt ins Leere laufen lassen.

68 Wir als GRÜNE JUGEND fordern daher ein weltweites präventives Verbot und eine
69 völkerrechtliche Ächtung letaler autonomer Waffensysteme sowie die Festlegung
70 eines Mindestmaßes an menschlicher Kontrolle (meaningful human control) bei
71 jeder Entscheidung über Leben und Tod. Union und SPD haben sich zwei Mal in
72 Folge in ihren Koalitionsverträgen von 2013 und 2018 für eine Ächtung letaler

73 autonomer Waffensysteme ausgesprochen. Auf europäischem und internationalen
74 Parkett waren entsprechende Initiativen der Bundesregierung entweder nicht
75 vorhanden, oder sie kamen zögerlich und hatten zunächst die Absicht eine
76 rechtliche bindende Ächtung durch eine rein deklaratorische Politik
77 aufzuweichen. Mittlerweile hat sich die Gruppe der Regierungsexperten bei den
78 Verhandlungen im UN-Rahmen auf Prinzipien (guiding principles) verständigt und
79 die Absicht bekundet, ein „Rahmenwerk“ (operative and normative framework)
80 zu entwickeln. Dies kann jedoch nur ein erster Schritt sein, hin zu einem
81 völkerrechtlichen Verbot. Ziel muss die internationale Ächtung vollautonomer
82 Waffen sein. Genau daran muss sich diese Initiative messen lassen.

83 Im Europäischen Parlament haben Bündnis 90/Die Grünen bereits im Herbst 2018
84 eine Entschließung mit entsprechender Botschaft initiiert, die von einer
85 überwältigenden Mehrheit von 566 Abgeordneten unterstützt wurde (1). Mit
86 diesem Schwung ist es dann Anfang 2019 gelungen, in zähen Verhandlungen mit Rat
87 und Kommission, autonome Waffensysteme aus dem 13 Milliarden Euro schweren
88 Europäischen Verteidigungsfond auszuschließen (2). In der EU-Verordnung zum
89 Verteidigungsfond steht damit (wohl weltweit einmalig) eine gesetzlich
90 verankerte Definition samt Verbot dieser neuen Technologie (3). Auch die
91 parlamentarische Versammlung der OSZE hat sich im Juli 2019 für eine
92 völkerrechtliche Ächtung von LAWS ausgesprochen. Ebenfalls mahnt der UN-
93 Generalsekretär Zurückhaltung bei der Entwicklung neuer Technologien an,
94 solange deren Vereinbarkeit mit dem humanitären Völkerrecht fraglich ist (4).

95 Für die von uns geforderte Ächtung von letalen autonomen Waffensystemen gibt
96 es eine breite Allianz. Pax Christi, Human Rights Watch, Amnesty International,
97 das Internationale Komitee vom Roten Kreuz, die Gesellschaft für Informatik
98 (GI) und der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) unterstützen eine
99 völkerrechtliche Ächtung von LAWS. Bereits im Juli 2015 haben mehr als 3000
100 Forscher der Fachrichtungen Künstliche Intelligenz und Robotik einen offenen
101 Brief, der die Ächtung von Killerrobotern fordert, unterzeichnet (5). Am 21.
102 August 2017 haben darüber hinaus 116 Gründer*innen führender Unternehmen der
103 Robotik und der künstlichen Intelligenz einen ähnlichen Brief an die UN
104 geschickt, darunter namenhafte Firmeninhaber*innen aus Silicon Valley (6). Von
105 besonderer Bedeutung sind in diesem Zusammenhang die im Frühjahr 2019
106 beschlossenen Ethik-Leitlinien für künstliche Intelligenz der von der
107 Europäischen Kommission eingesetzten hochrangigen Expert*innengruppe, die sich
108 mit Blick auf Killerroboter (Paragraph 134) uneingeschränkt hinter die
109 Forderung des Europäischen Parlaments nach einem Verbot stellt.

110 Um mit der rasanten technologischen Entwicklung Schritt halten zu können, ist
111 daher dringend sofortiges politisches Handeln geboten:

- 112 • Unser Ziel ist die weltweite, völkerrechtliche Ächtung von LAWS.
113 Deutschland und die EU müssen auf Ebene der Vereinten Nationen (VN) im

- 114 Rahmen der Certain Conventional Weapons (CCW) Verhandlungen klar für ein
115 Verbot dieser Waffen aussprechen, auf einen verbindlichen Verbotsvertrag
116 drängen und diesen Prozess zügig vorantreiben. Dabei müssen
117 verbindliche Mindeststandards wirksamer menschlicher Kontrolle definiert
118 werden.
- 119 • Voraussetzung dafür ist eine klare Position der Bundesregierung, die
120 erreichte Verhandlungsziele mitträgt und sich endlich wie Österreich,
121 Brasilien, Chile, Mexiko, oder auch Belgien, Irland und Luxemburg
122 unzweideutig für einen Verbotsvertrag einsetzt.
 - 123 • Eine weitere Voraussetzung für eine effektive internationale Ächtung ist
124 die Erstellung einer formalen und rechtlich bindenden gemeinsamen EU-
125 Position (Gemeinsame Aktion), die nach Innen dazu führt, dass, solange
126 kein internationaler Verbotsvertrag besteht, bei dem die EU-
127 Mitgliedstaaten Vertragsparteien sind, ein Moratorium bezüglich Einsatz
128 und Export von LAWS verhängt wird; für die internationale Ebene muss
129 diese Position das Verhandlungsziel eines Verbotsvertrages explizit
130 festlegen. Durch die Einigung beim Europäischen Verteidigungsfond haben
131 die 28 Mitgliedstaaten sowohl eine Definition von LAWS, als auch die Idee
132 des Verbotes akzeptiert.
 - 133 • Es braucht ähnlich wie beim Nuklearen Nichtverbreitungsvertrag (NVV) eine
134 Organisation, die die Entwicklung von KI im militärischen Bereich
135 kontrolliert. Nur ein wirksames Verifikationsregime wird die Entwicklung
136 auch langfristig stoppen.
 - 137 • Solange internationale Regelungen noch auf sich warten lassen, sollte
138 Deutschland ein nationales Moratorium für die Entwicklung und Beschaffung
139 von LAWS veranlassen. Auch die Organisation für Sicherheit und
140 Zusammenarbeit in Europa (OSZE) kann ein guter Rahmen für regionale
141 Rüstungskontrolle sein.
 - 142 • Die Bundesregierung muss sich auch in der NATO für die Ächtung von LAWS
143 einsetzen und dort gegenüber allen Partnerstaaten deutlich machen, dass
144 sie keine Position unterstützen wird, die im Widerspruch zur
145 Entschließung des Europäischen Parlaments zu autonomen Waffensystemen
146 ([2018/2752\(RSP\)](#)) steht.
 - 147 • Wir wollen jegliche staatliche Förderung von Projekten ausschließen,
148 welche der Entwicklung oder Nutzung von LAWS dienen. Wichtig ist jedoch
149 auch, wie beispielsweise im Umgang mit Chemiewaffen, dass Forschung
150 betrieben wird, wie Menschen sich gegen die Nutzung von LAWS schützen
151 können.

- 152 • Bei jedem potentiell tödlichen Einsatz von KI-Algorithmen in
153 Waffensystemen der Bundeswehr muss volle menschliche Kontrolle, sowohl bei
154 der Entscheidung, als auch bei der Ausführung, gewährleistet sein.
- 155 • In Ethikkommissionen, die sich mit Fragen digitaler Entwicklungen
156 befassen, darf die sicherheitspolitische und militärische Ebene nicht
157 ausgeblendet werden.
- 158 • Als GRÜNE JUGEND unterstützen wir die Arbeit der „Campaign to Stop
159 Killer Robots“.

160 Fußnoten:

161 1) Entschließungsantrag des Europäischen Parlaments zu autonomen
162 Waffensystemen:

163 http://www.europarl.europa.eu/doceo/document/B-8-2018-0308_DE.html

164 2) Entschließung des Europäischen Parlaments vom 12. September 2018 zu
165 autonomen Waffensystemen:

166 http://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-8-2018-0341_DE.html

167 3) Artikel 11(6) EU-Verordnung:

168 [http://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-8-2019-
169 0430_EN.pdf](http://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-8-2019-0430_EN.pdf)

170 4) UN: „Securing our Common future“

171 <https://www.un.org/disarmament/publications/more/securing-our-common-future/>

172 5) Autonomous Weapons: An open letter from AI & Robotics Researchers:

173 <https://futureoflife.org/open-letter-autonomous-weapons/>

174 6) An open letter to the United Nations Convention on Certain Conventional
175 Weapons:

176 <https://www.cse.unsw.edu.au/~tw/ciair//open.pdf>

V-12 B Schluss mit dem Anti-Flüchtlingsdeal mit der Türkei – Für eine friedliche Lösung der kurdischen Frage!

Gremium: Bundesmitgliederversammlung
Beschlussdatum: 03.11.2019
Tagesordnungspunkt: V – Verschiedene Anträge

Antragstext

1 Am 10. Oktober hat die Türkei völkerrechtswidrig einen Militäreinsatz im
2 Norden Syriens eingeleitet. Dem vorausgegangen war ein Truppenabzug der USA aus
3 Nordsyrien. Das Ziel dieses Einsatzes ist die Besetzung der autonomen kurdischen
4 Region Rojava und die Vertreibung der kurdischen Bevölkerungsgruppe aus der
5 Region. Dabei werden kurdische Menschen pauschal als „Terrorist*innen“
6 bezeichnet – und wie die völkerrechtswidrige Besetzung der autonomen
7 kurdischen Region Efrin im Jahr 2018 gezeigt hat, schreckt das Erdoğan-Regime
8 in der Türkei dabei auch nicht vor der Ermordung von Menschen und der
9 Zusammenarbeit mit islamistischen Gruppen, etwa aus dem Umfeld von Al Quaida,
10 zurück.

11 **Dieser Einsatz beendet keinen Terror, er ist Terror**

12 Besonders empörend ist dabei die Begründung des Einsatzes mit der
13 Terrorismusbekämpfung. Jene kurdische Truppen, die nun angegriffen werden,
14 haben ganz konkret den Terror des islamischen Staates bekämpft und beendet. Sie
15 sind dafür verantwortlich, dass unzählige Menschenleben gerettet wurden und
16 ganze Bevölkerungen, wie die Jesid*innen, vor einem Genozid bewahrt wurden.

17 Mit der Destabilisierung der Region durch die Türkei wird nun wieder eine
18 Grundlage geschaffen, auf der sich der islamische Staat ausbreiten kann.
19 Kurdische Truppen werden nun an die Grenze abgezogen. Im Inland entsteht damit
20 ein Machtvakuum für Terroristen. Außerdem können die Gefangenenlager des
21 islamischen Staates nicht mehr kontrolliert werden. IS-Kämpfer und -Angehörige
22 (auch deutscher Staatsangehörigkeit) sind nun entweder frei, um (wieder)
23 Gewalttaten in der Region und in Europa zu begehen, fallen Racheakten zum Opfer
24 oder geraten in syrische Gefangenschaft, wo ihre Menschenrechte in akuter Gefahr
25 sind. Diese Situation ist auch dem Zögern der deutschen und anderen
26 europäischen Regierungen geschuldet, sich um ihre potenziell straffällig
27 gewordenen Bürger*innen zu kümmern, sie zurück zu holen und vor europäische
28 Gerichte zu stellen.

29 Die Situation kann legitimerweise als Totalversagen der NATO verstanden werden
30 und liefert ein weiteres Argument, um die Sinnhaftigkeit ihrer Existenz in Frage
31 zu stellen: Die Organisation, die ihrer Selbstbeschreibung nach an einer
32 friedlicheren Welt arbeitet, zeigt keine effektiven Maßnahmen vor, um den
33 völkerrechtswidrigen Angriffskrieg eines ihrer Mitglieder zu unterbinden oder
34 auch nur zu sanktionieren. Im Gegenteil: Die Mitgliedschaft der Türkei in der
35 NATO wird als Begründung angeführt, um ihr weiter Waffen zu liefern, denen
36 zwangsläufig weitere Menschenleben zum Opfer fallen werden.

37
38 Die technische Ausstattung für diesen Einsatz ist dabei zentral auf
39 Europäische Staaten zurückzuführen. Entgegen anders lautender Ankündigungen
40 genehmigte die Bundesregierung alleine im Jahr 2018 Rüstungsgüter in einem
41 Wert von mehr als 240 Millionen Euro an die Türkei – nach dem ersten
42 völkerrechtswidrigen Einmarsch der Republik Türkei in der Region Efrin.

43 Dass die Europäische Außenpolitik bei der Ermöglichung dieses Vorgehens
44 mitgeholfen hat und sich diplomatisch nicht einmal um eine Verhinderung dieses
45 Einsatzes bemüht, ist in den Augen der GRÜNEN JUGEND ein Skandal.

46 Wir fordern deshalb:

- 47 • die Einleitung von wirtschaftlichen Sanktionen gegen die Türkei, welche
48 vom Umfang her die Türkei zum Einlenken zwingen und erst nach dem
49 vollständigen Abzug der Türkei aus Syrien aufgehoben werden sollen;
- 50 • einen Ausschluss der Türkei aus dem Militärbündnis der NATO;
- 51 • eine sofortige, vollständige Aussetzung der EU-Beitrittsverhandlungen und
52 der Einstellungen aller Zahlungen im Rahm dieser – solange das
53 illegitime AKP-Regime an der Macht ist, darf es keine Normalisierung der
54 Beitrittsverhandlungen geben;
- 55 • eine Aufkündigung des Anti-Flüchtlingsdeals mit der Türkei;
- 56 • ein Exportverbot für jegliche Rüstungsgüter an die Türkei;
- 57 • alle diplomatische Bemühungen zum Stoppen dieses Einsatzes statt
58 Wegschauen durch die Deutsche Bundesregierung und die Europäische Union;
- 59 • Bemühungen der Bundesregierung für eine UN-Resolution gegen diesen
60 Einsatz;
- 61 • die Prüfung eines UN-Mandats für das Grenzgebiet zwischen der Türkei
62 und Syrien, dass die kurdische Bevölkerungsgruppe schützt und

63 menschenrechtswidrige Abschiebungen in das Gebiet verhindert – die
64 Kurd*innen dürfen nicht zum Opfer des Deals zwischen Erdoğan, Assad und
65 Putin werden;

- 66 • Bemühungen der Bundesregierung für ein Verfahren gegen den Türkischen
67 Staatspräsidenten Erdoğan vor dem internationalen Gerichtshof in Den
68 Haag;
- 69 • die Einstellung von allen Zahlungen an die Türkei, etwa im Rahmen der EU-
70 Beitrittsverhandlungen.

71 **Dieser Einsatz ist ein faschistischer Angriff auf alle** 72 **Kurd*innen**

73 Vor allem stehen wir aber in diesen Tagen an der Seite der Zivilbevölkerung in
74 Nordsyrien, die diesen brutalen Allmachtsphantasien, bei Ignoranz der Deutschen
75 Bundesregierung und der Europäischen Union, ausgeliefert ist. Alle Menschen in
76 der Region, ganz egal, welcher Bevölkerungsgruppe sie angehören, haben unsere
77 volle Solidarität.

78 Im Kern dieses Einsatzes steht jedoch die kurdische Frage. Bekannt gewordene
79 Umsiedlungspläne der Türkischen Regierung zeigen, dass es dem Erdoğan-Regime
80 im Kern um eine ethnische Säuberung der Region geht. Kurdinnen und Kurden, die
81 schon im Inland der Türkei massivstem, staatlich organisiertem Terror
82 ausgesetzt sind, sollen nun auch aus rassistischen Gründen im Ausland
83 vertrieben werden, um Erdoğan's Phantasie einer großen, islamischen und
84 ethnisch einheitlichen Türkei zu weichen.

85 Diese tragische Eskalation ist auch deshalb zu Stande gekommen, weil die
86 Anliegen der Kurdinnen und Kurden über Jahrzehnte durch die westliche
87 Außenpolitik vernachlässigt wurden. Dabei tragen die ehemaligen
88 Kolonialmächte eine besondere Verantwortung, da sie mit dem Vertrag von
89 Lausanne 1923 die Idee eines kurdischen Staates endgültig in den Boden
90 stampften und die kurdischen Gebiete auf den Irak, Syrien und die Türkei
91 aufteilten. Dass der Nahe Osten heute eine Krisenregion ist, kommt nicht von
92 ungefähr – eine koloniale Verantwortung müssen die ehemaligen
93 Kolonialmächte dabei eingestehen. Die kurdischen Minderheitenrechte spielen nun
94 auch bei den EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei nur eine untergeordnete
95 Rolle. Auch der Truppenabzug der USA aus Nordsyrien und die damit einhergehende
96 Ermöglichung dieses Massenmordes bestätigt das Muster der starken
97 Vernachlässigung der kurdischen Frage.

98 Die GRÜNE JUGEND steht an der Seite der kurdischen Bevölkerungsgruppe und
99 ihrer vielen politischen Akteur*innen, die um eine friedliche Lösung der

100 kurdischen Frage bemüht sind. Wir wollen sie nicht länger ignorieren, sondern,
101 um Freiheit, Selbstbestimmung und Frieden in der Region zu schaffen an einem
102 kurdischen Staat festhalten.

103 Wir fordern deshalb:

- 104 • einen kurdischen Staat, der die kurdischen Minderheiten sowohl in der
105 Türkei als auch im Iran, in Syrien und dem Irak, auf Grundlage des
106 kurdischen Siedlungsgebietes, angemessen berücksichtigen soll;
- 107 • verstärkte diplomatische Beziehungen zur Regierung der Autonomieregion
108 Rojava;
- 109 • die Wahrung der kurdischen Minderheitenrechte als Priorität Europäischer
110 Türkeipolitik;
- 111 • eine Aufhebung der Verbote kurdischer Organisationen und Symbole in
112 Deutschland und in der EU;
- 113 • einen sofortigen Stopp von behördlicher Zusammenarbeit mit Erdoğan's
114 Vorfeld- und Lobbyorganisationen, insbesondere mit der Ditib.

115 Mit wachsender Sorge beobachten wir außerdem die Entwicklungen ab dem 13.
116 Oktober. Die Bündnispartnerschaft, welche die kurdischen Streitkräfte mit der
117 Regierung Assad geschlossen haben, mag nach Abzug der US-Truppen und dem
118 Ausbleiben ernsthafter diplomatischer Konsequenzen aus militärischer Sicht
119 strategisch richtig, wahrscheinlich sogar überlebensnotwendig gewesen sein, um
120 den türkischen Angriffskrieg aufzuhalten.

121 In letzter Konsequenz bedeutet diese ungleiche Partnerschaft für die Regierung
122 in Damaskus jedoch die Wiedererlangung ihrer Kontrolle über die kurdischen
123 Gebiete und damit die faktische Aufgabe der erlangten Teilautonomie. Assad,
124 dessen Regierung zahllose Menschenrechtsverstöße vorzuwerfen sind, die 2011
125 zum Ausbruch des Bürgerkriegs in Syrien führten, wird seine Position dadurch
126 erheblich verbessern können; eine Welle neuer Menschenrechtsverletzungen, bis
127 hin zu politischen Morden, ist nun auch in Rojava zu befürchten.
128 Gleichsam fatal wird diese Entwicklung für die Stabilität der gesamten Region
129 sein. Assad gilt als traditioneller Verbündeter Russlands und des Irans. Mit
130 steigendem Einfluss Russlands wird nicht nur jener der NATO-Bündnispartner
131 sinken, das Interesse des Irans an Syrien gilt insbesondere einem direkten Weg
132 für Waffenlieferungen an die Hisbollah im Libanon, die diese wiederum für
133 ihren Terror gegen den israelischen Staat nutzt. Ein wiedererstarkter Assad
134 bedeutet in diesem Sinne also zugleich auch eine Bedrohung der Souveränität
135 Israels.

136 Aus diesem Grund fordern wir, die syrische Regierung zu einer offiziellen
137 Bestätigung der Autonomie der kurdischen Gebiete aufzufordern, um in der
138 Folge sämtliche Truppen des Regimes kontrolliert aus diesen abzuziehen.

V-13 B Rechtsruck stoppen – Zivilgesellschaft stärken!

Gremium: Bundesmitgliederversammlung
Beschlussdatum: 03.11.2019
Tagesordnungspunkt: V – Verschiedene Anträge

Antragstext

1 Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) ist in
2 Deutschland an vielen Stellen für die Finanzierung von zivilgesellschaftlichen
3 Organisationen zuständig. Organisationen, die unschätzbar wichtige Arbeit für
4 die Gesellschaft leisten, aber nicht allein überleben können, werden hier
5 gefördert.

6 Vor kurzem haben das BMFSFJ und das Finanzministerium nun entschieden, in der
7 kommenden Förderperiode die Mittel zu kürzen, die Förderstruktur zu
8 verändern und insgesamt deutlich weniger Organisationen zu unterstützen. Damit
9 ziehen die Ministerien vielen zivilgesellschaftlichen Akteur*innen den Boden
10 unter den Füßen weg – ein offener Schlag ins Gesicht von Exit, Amadeu
11 Antonio Stiftung und vielen Weiteren. Angesichts des massiven Rechtsrucks ist
12 das auch eine unverantwortliche Sabotage von und Ignoranz gegenüber allen, die
13 sich aktiv gegen Nazis einsetzen, und Personen, die von rechter Gewalt betroffen
14 sind.

15 Organisationen, die seit Jahren Nazis den Ausstieg aus der Szene ermöglichen.
16 Organisationen, die präventiv mit vielen Jugendlichen arbeiten, um ihnen das
17 Erkennen von nationalistischen und rassistischen Argumentationen zu ermöglichen
18 sowie das Abrutschen in Nazi-Strukturen zu verhindern. Organisationen, die
19 messerscharfe wissenschaftliche Analysen zur Entwicklung von Nationalismus,
20 Rassismus und Antisemitismus in Deutschland erstellen. Kurzum – Der Staat hat
21 bisher diese zentralen Aufgaben, vor allem über das „Demokratie leben“-
22 Projekt, an zivilgesellschaftliche Organisationen ausgelagert und weigert sich
23 nun, die Erfüllung dieser übernommenen Aufgaben angemessen zu finanzieren.

24 Die ersten Folgen davon sind bereits sichtbar. So berichtet die
25 Aussteiger*innen-Hilfe *Exit*, dass sie die bereits betreuten Personen noch
26 „abwickeln“ könne, diese durch das abrupte Ende der Förderung aber völlig
27 allein gelassen werden und dadurch in Gefahr geraten.

28 Zwar hat das BMFSFJ nach einem heftigen Aufschrei jetzt vorerst zugesagt, die

29 betroffenen Organisationen zumindest im nächsten Jahr weiter zu finanzieren.
30 Was danach kommt, ist allerdings völlig unklar. Deswegen bedarf es jetzt einer
31 grundlegenden strategischen Neuausrichtung, anstatt die alten Fehler zu
32 wiederholen. Denn das Festhalten des BMFSFJ an der neuen Förderstruktur ist
33 wesentlich daran Schuld, dass viele Organisationen leer ausgehen sollten. Die
34 Beschränkung auf 100 Modellprojekte und 14 Kompetenzzentren hat zu einem
35 Rückzug aus der Fläche geführt. Es wurden unnötig Mittel verschwendet,
36 dadurch, dass zivilgesellschaftliche Organisationen miteinander konkurrieren
37 mussten. Außerdem hat die Modellprojekt-Struktur dazu geführt, dass sich
38 erfolgreiche Projekte in der aktuellen Form nicht einfach wieder bewerben
39 konnten, sondern neue und andere Wege gehen mussten, um weiterhin förderfähig
40 zu sein – völlig absurd bei gut funktionierenden Projekten. Ebenso kritisieren
41 wir die völlig willkürliche Vermischung von Prävention und Deradikalisierung
42 scharf. Von vormals in der präventiven Jugendarbeit tätigen Organisationen zu
43 verlangen, nun auf einmal mit Aussteiger*innen zu arbeiten, die Jahrzehnte in
44 der Nazi-Szene aktiv waren, gefährdet die Prävention massiv und reißt
45 jahrelange Aufbauarbeit ein.

46 Deshalb fordern wir:

- 47 • Das BMFSFJ muss jetzt sofort gegensteuern, bevor es zu spät ist. Eine
48 umfassende Aufstockung der Mittel ist dringend erforderlich. Im zweiten
49 Schritt bedarf es einer problemorientierten Verteilung dieser Mittel.
50 Projekte, die direkt mit Aussteiger*innen arbeiten, sind hier an die erste
51 Stelle zu setzen.

- 52 • Erfolgreiche Projekte, entweder der Deradikalisierung oder der
53 Präventionsarbeit, dürfen durch ein Fördermodell nicht gezwungen
54 werden, an den fundamentalen Stützen ihres eigenen Erfolges zu sägen,
55 indem sie sich für die erneute Beantragung von Fördermitteln unnötig
56 neue Konzepte ausarbeiten müssen.

- 57 • Alle Bundestagsabgeordneten müssen sich dringend für eine Aufstockung
58 und Neuverteilung der Mittel einsetzen. Sollte die Verteilung der
59 „Demokratie leben“-Mittel entgegen der Ankündigung des Ministeriums
60 entlang des ursprünglichen Vorschlags bestehen bleiben, fordern wir die
61 Bundestagsabgeordneten von Bündnis 90/Die Grünen dazu auf, auch aufgrund
62 dieses Punktes gegen den Bundeshaushalt 2020 zu stimmen.

- 63 • Die Bundesländer müssen, sollte die Finanzierung durch den
64 Bundeshaushalt nicht sichergestellt werden, die Finanzierungslücken durch
65 ihre Landeshaushalte auffangen, um so zumindest die schwerwiegendsten
66 Folgen etwas abzuschwächen.

- 67 • Sowohl für Deradikalisierungsarbeit als auch für Präventionsarbeit

68 müssen genügend Gelder zur Verfügung gestellt werden. Diese Bereiche
69 dürfen nicht miteinander vermischt, vor allem aber nicht gegeneinander
70 ausgespielt werden.

71 Im kommenden Jahr werden wir deshalb auch nach Bündnispartner*innen suchen, um
72 gemeinsam für die Verankerung einer dauerhaft auskömmlichen Finanzierung zu
73 streiten.

Begründung

erfolgt mündlich.